



^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliche Fakultät

**Institut für Politikwissenschaft
(IPW)**

Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat 1996-2005

Studie im Auftrag der Parlamentsdienste
der schweizerischen Bundesversammlung

Daniel Schwarz, lic. rer. soc.

Projektleitung: Prof. Dr. Wolf Linder

Bern, Juli 2006

Lerchenweg 36, Postfach
CH-3000 Bern 9

www.ipw.unibe.ch
Tel. +41 (0)31 631 83 31

Inhaltsverzeichnis

Illustrationen.....	iii
Abkürzungen.....	vi
1. Zum Inhalt der Studie.....	1
2. Mehrheits- und Koalitionsbildung aus theoretischer Perspektive	2
2.1 Koalitionen und Mehrheitsbildung: Definition	2
2.2 Koalitionstheorien zur Erklärung der Regierungsbildung	5
2.3 Koalitionsbildung als Resultat des institutionellen Arrangements	8
2.4 Mehrheitsbildung als konstante Aushandlungsprozesse im Parlament.....	10
3. Fokus Schweiz: Hypothesen zur Koalitionsbildung im Nationalrat	16
3.1 Rolle institutioneller Faktoren.....	16
3.2 Rolle parteiideologischer Faktoren.....	20
3.3 Rolle von Stimmentausch und Porkbarrel-Politik	21
4. Empirische Auswertungen	23
4.1 Vorbemerkungen zum Datenbestand und den nachfolgenden Auswertungen.....	23
4.2 Deskriptive Auswertungen.....	24
4.2.1 Fallzahlen.....	24
4.2.2 Fraktionen	25
4.2.3 Abstimmungs- und Geschäftstypen.....	26
4.2.4 Politikbereiche	28
4.3 Analyse der Koalitionsmuster.....	29
4.3.1 Fraktionserfolg und Koalitionsfähigkeit	29
4.3.2 Koalitionsmuster nach Legislaturperiode	33
Analyse ohne Einbezug von Gegenkoalitionen	33
Analyse unter Einbezug von Gegenkoalitionen.....	38
4.3.3 Koalitionsmuster nach Geschäftskategorie	40
4.3.4 Koalitionsmuster innerhalb von Gesetzgebungssequenzen.....	43
Häufigkeit der Koalitionsmuster innerhalb der vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte	43
Erfolgsquote der Koalitionsmuster innerhalb der vom Bundesrat eingebrachten	
Geschäfte	46
4.3.5 Koalitionsmuster nach Themenbereich	50
Häufigkeit der Koalitionsmuster nach Themenbereich	50
Erfolgsquote der Koalitionsmuster nach Themenbereich.....	65
4.4 Überprüfung der Hypothesen	68
4.4.1 Institutionelle Faktoren	68

4.4.2	Parteiideologische Faktoren.....	77
4.4.3	Stimmentausch und Porkbarrel-Verhalten.....	81
5.	Schlussfolgerungen	83
6.	Literatur.....	86
7.	Anhang	94

Illustrationen

Abbildung 4-1	Nationalratsfraktionen nach Fraktionserfolg, isolierten Positionsbezügen und Fraktionsgrösse (Flächen): 45. und 47. Legislaturperiode im Vergleich (Basis: sechs Fraktionen)	32
Abbildung 4-2	Nationalratsfraktionen nach Fraktionserfolg, isolierten Positionsbezügen und Fraktionsgrösse (Flächen): 45. und 47. Legislaturperiode im Vergleich (Basis: vier BR-Fraktionen)	33
Abbildung 4-3	Auswirkung unterschiedlicher Mehrheitskriterien auf die Anzahl einbezogener Fälle (ausgewählte Koalitionsmuster).....	34
Abbildung 4-4	Ausgewählte Koalitionsmuster mit zwei bis fünf Fraktionen: Häufigkeit nach Legislaturperiode	38
Abbildung 4-5	Ausgewählte Koalitionsmuster mit Gegenkoalition: Häufigkeit nach Legislaturperiode	39
Abbildung 4-6	Ausgewählte Koalitionsmuster mit zwei bis fünf Fraktionen: Häufigkeit bei den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften nach Legislaturperiode	42
Abbildung 4-7	Ausgewählte Koalitionsmuster bei den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Häufigkeit nach Gesetzgebungssequenz	45
Abbildung 4-8	Fraktionserfolgsrate und durchschnittliche Fraktionsgrösse (Kugelflächen) in den Gesetzgebungssequenzen bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften	48
Abbildung 4-9	Koalitionshäufigkeit von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich	52
Abbildung 4-10	Koalitionsprofile von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP in acht Themenbereichen.....	53
Abbildung 4-11	Koalitionshäufigkeit von GP und SP nach Themenbereich	54
Abbildung 4-12	GP-SP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen	55
Abbildung 4-13	Koalitionshäufigkeit von SP und CVP nach Themenbereich.....	56
Abbildung 4-14	SP-CVP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen.....	57
Abbildung 4-15	Koalitionshäufigkeit von FDP und SVP nach Themenbereich.....	58

Abbildung 4-16	FDP-SVP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen.....	59
Abbildung 4-17	Koalitionshäufigkeit von CVP und SVP nach Themenbereich	60
Abbildung 4-18	CVP-SVP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen.....	61
Abbildung 4-19	Koalitionshäufigkeit von CVP und FDP nach Themenbereich	62
Abbildung 4-20	CVP-FDP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen.....	63
Abbildung 4-21	Durchschnittliche Koalitionshäufigkeit und Veränderung über die Zeit von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich.....	65
Abbildung 4-22	Prozentpunkt-Differenz von Koalitionserfolg und -häufigkeit von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich in Bezug auf vom Bundesrat eingebrachte Geschäfte	66
Abbildung 4-23	Zeitliche Veränderung des Koalitionserfolgs von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich	68
Abbildung 4-24	Veränderung von Sitzanteil und Erfolgsquoten der vier Bundesratsfraktionen zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode	80
Tabelle 4-1	Fallzahlen im Untersuchungsdatensatz.....	25
Tabelle 4-2	Fraktionen im Nationalrat (November 1996 bis Oktober 2005)	26
Tabelle 4-3	Häufigkeiten nach Abstimmungs- und Geschäftstypen	27
Tabelle 4-4	Häufigkeiten nach Politikbereichen (in Bezug zu Geschäften und Abstimmungen) ..	29
Tabelle 4-5	Fraktionserfolg nach Legislaturperiode	30
Tabelle 4-6	Isolierte Positionsbezüge nach Legislatur (sechs Fraktionen)	31
Tabelle 4-7	Isolierte Positionsbezüge nach Legislatur (vier Bundesratsfraktionen)	31
Tabelle 4-8	Koalitionsmuster mit zwei Fraktionen: Häufigkeit nach Legislaturperiode.....	36
Tabelle 4-9	Ausgewählte Koalitionsmuster mit drei bis fünf Fraktionen: Häufigkeit nach Legislaturperiode	37
Tabelle 4-10	Ausgewählte Koalitionsmuster mit Gegenkoalition: Häufigkeit nach Legislaturperiode	39
Tabelle 4-11	Ausgewählte Koalitionsmuster: Häufigkeit nach ausgewählten Geschäftskategorien.....	41
Tabelle 4-12	Ausgewählte Koalitionsmuster bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Häufigkeit nach Legislaturperiode	42
Tabelle 4-13	Ausgewählte Koalitionsmuster bei den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Häufigkeit nach Gesetzgebungssequenz	44
Tabelle 4-14	Ausgewählte Koalitionsmuster bei Gesamt- und Schlussabstimmungen zu vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Häufigkeit nach Legislatur	46
Tabelle 4-15	Ausgewählte Koalitionsmuster bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Erfolgsquote der Koalitionen nach Gesetzgebungssequenzen	49

Tabelle 4-16	Ausgewählte Koalitionsmuster bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Anteil erfolgreicher Abstimmungen nach Koalitionsmuster und Gesetzgebungssequenzen	50
Tabelle 4-17	Agreement-Index (Mittelwerte) nach Referendumsfähigkeit in Gesamt- und Schlussabstimmungen.....	70
Tabelle 4-18	Korrelation zwischen dem Grad der Referendumsfähigkeit und dem Agreement-Index (Gesamt- und Schlussabstimmungen)	71
Tabelle 4-19	Anzahl zustimmende Fraktionen (Mittelwert und Median) nach Referendumsfähigkeit in Gesamt- und Schlussabstimmungen	71
Tabelle 4-20	Korrelation zwischen dem Grad der Referendumsfähigkeit und der Anzahl zustimmender Fraktionen (Gesamt- und Schlussabstimmungen)	72
Tabelle 4-21	Anzahl zustimmende Fraktionen (Mittelwert und Median) nach Legislaturperiode in Gesamt- und Schlussabstimmungen	73
Tabelle 4-22	Korrelation zwischen der Legislaturperiode und der Anzahl zustimmender Fraktionen.....	73
Tabelle 4-23	Anzahl gescheiterte Vorlagen nach Legislaturperiode in Gesamt- und Schlussabstimmungen.....	74
Tabelle 4-24	Erklärung übergrosser Koalitionsmehrheiten: drei Regressionsmodelle	76
Tabelle 4-25	Anteile aller acht möglichen Koalitionsmuster (inkl. Gegenkoalition) unter den vier Bundesratsparteien nach Themenbereich (in Prozent).....	78
Tabelle 4-26	Agreement-Index in Abstimmungen mit und ohne Finanzbezug, aufgeschlüsselt nach Fraktionen	82
Tabelle 7-1	Sitzverteilung im National- und Ständerat nach Parteien 1975-2003	94
Tabelle 7-2	Ausgewählte Koalitionsmuster bei Bundesratsgeschäften: Erfolgsquote nach Abstimmungstyp	95
Tabelle 7-3	Ausgewählte Koalitionsmuster: Häufigkeit nach Themenbereich	96
Tabelle 7-4	Ausgewählte Koalitionsmuster: Häufigkeit (in %) nach Themenbereich und Legislatur	97
Tabelle 7-5	Ausgewählte Koalitionsmuster in vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Erfolgswahrscheinlichkeit nach Themenbereich und Legislatur	99

Abkürzungen

Abs.	Absatz
AI	Agreement-Index
Anz.	Anzahl
AP	Autopartei
Art.	Artikel
BFS	Bundesamt für Statistik
BR	Bundesrat
BV	Bundesverfassung (SR 101)
CSP	Christlich-soziale Partei
CVP	Christlich-demokratische Volkspartei
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EU	Europäische Union
EVP	Evangelische Volkspartei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
FF	Freies Forum
FPS	Freiheits-Partei der Schweiz (vormals AP)
GP	Grüne Partei
GRN	Geschäftsreglement des Nationalrats (SR 171.13)
LdU	Landesring der Unabhängigen
Leg.	Legislaturperiode
Lega	Lega dei Ticinesi
LPS	Libérale Partei der Schweiz
MNC	minimum necessary coalition
MWC	minimum winning coalition
n.a.	nicht verfügbar
NR	Nationalrat
ParlG	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz) (SR 171.10)
PdA	Partei der Arbeit
RC	Rational Choice
SD	Schweizer Demokraten
SGA	Sozialistisch Grüne Alternative
SP	Sozialdemokratische Partei
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SVP	Schweizerische Volkspartei
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
vgl.	vergleiche
vs.	versus

1. Zum Inhalt der Studie

Die Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung untersucht die Mehrheits- und Koalitionsbildung im Nationalrat der Periode November 1996 bis Oktober 2005. Dies umfasst die letzten drei Jahre der 45. Legislaturperiode, die gesamte 46. Legislaturperiode sowie die erste Hälfte der 47. Legislaturperiode. Grundlage bildet die Analyse von sämtlichen durch das elektronische Abstimmungssystem des Nationalrats erfassten Abstimmungen, d.h. der namentlichen sowie der nicht-namentlichen Abstimmungen.

Die forschungsleitenden Hauptfragen lauten:

- Welche Mehrheitsbildungs- und Koalitionsmuster haben sich im Untersuchungszeitraum hauptsächlich herausgebildet?
- Sind Veränderungen in der Mehrheits- und Koalitionsbildung zwischen den Legislaturperioden festzustellen?

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird ein Überblick zur internationalen Literatur in Bezug auf Koalitions- und Mehrheitsbildungstheorien geboten (Kapitel 2). Dieser wird anschliessend mit der bisherigen Forschung zum parlamentarischen Koalitionsbildungsverhalten in der Schweiz verknüpft (Kapitel 3). Kapitel 4 nimmt einerseits eine explorative Analyse der Koalitionsbildungsmuster vor und überprüft andererseits die im vorangegangenen Kapitel formulierten Hypothesen. Kapitel 5 schliesslich synthetisiert die vielfältigen Resultate und stellt sie in einen parlamentarischen Gesamtkontext.

Als Vertiefung zu dieser Studie ist für das Jahr 2007 eine Untersuchung zum Verhältnis der Fraktionsdisziplin zu regionalen und verbandspolitischen Interessenbindungen geplant.

2. Mehrheits- und Koalitionsbildung aus theoretischer Perspektive

2.1 Koalitionen und Mehrheitsbildung: Definition

Parlamentarische Koalitionen sind zeitlich befristete Verbindungen, die dem Zweck der Mehrheitsbildung dienen. Diese sehr allgemein gehaltene Definition dürfte sowohl bei Koalitionstheoretikern als auch unter politischen Beobachtern Zustimmung finden, ungeachtet des konkreten Untersuchungskontextes. Vergleicht man die Verwendung des Koalitionsbegriffs in unterschiedlichen institutionellen Umfeldern, treten allerdings erhebliche Differenzen hervor, die sich vor allem in den folgenden Punkten manifestieren:

- *Formalisierungsgrad der Koalition:* Ist ein Koalitionsvertrag erforderlich oder gelten auch informelle bzw. ad hoc oder unkoordiniert gebildete Verbindungen als Koalitionen?
- *Lebensdauer bzw. Stabilität der Koalition:* Wie lange muss, wie kurz darf die erwähnte zeitliche Befristung bzw. Lebensdauer ausfallen, um als Koalition zu gelten?
- *Beteiligte Gruppen:* Müssen ganze Parteien bzw. Fraktionen an den Absprachen beteiligt sein oder kann sich eine Koalition auch aus individuellen Parlamentsmitgliedern mit gleichgerichteten Interessen zusammensetzen?
- *Geschlossenheit der Koalition:* Wie diszipliniert müssen die beteiligten Gruppen auftreten, damit sie als Koalition definiert werden?

Die internationale politikwissenschaftliche Literatur beantwortet diese Fragen unterschiedlich, wobei zwei Faktoren bestimmend sind: das politische System, auf welches die Koalitionsdefinition angewandt werden soll, sowie die politische Institution, die den Forschungsgegenstand bildet (vgl. Laver/Shepsle 1990).

In Bezug auf die politischen Systeme stehen auf der einen Seite diejenigen, deren Legislative und Exekutive sich durch ausgeprägte Gewaltenteilung und/oder Gewaltenschränkung auszeichnen. Dies betrifft typischerweise *Präsidialsysteme mit institutionellen Elementen der sogenannten „checks and balances“*, wie wir sie in beinahe idealtypischer Form z.B. in den USA vorfinden.¹ Die einzelnen Staatsgewalten besitzen in solchen Systemen eine voneinander unabhängige Legitimationsbasis (separate Volkswahl von Parlament und Regierung), was einerseits die gegenseitige Kontrollfunktion stärken, andererseits die Anhäufung einer als zu gross empfundenen Machtfülle innerhalb einer einzigen Staatsgewalt verhindern soll (vgl. Schmidt 2004). Mangels regierungsbildender Funktion des Parlaments ist hier der Koalitionsbegriff sehr stark auf die gesetzgebenden Prozesse ausgerichtet. Der Schwerpunkt liegt auf dem Verhalten und den Aushandlungsprozessen zwischen den einzelnen Abgeordneten bzw. Fraktionen sowie auf dem Zusammenspiel der Staatsgewalten. Der Umstand, dass die Exekutive weder vom Parlament bestellt wird noch von diesem mittels eines einfachen Verfahrens abberufen werden kann, hat auch zur Folge, dass die in der

¹ Wenn im vorliegenden Bericht von „präsidientellen Systemen“ oder „Präsidentialismus“ die Rede ist, wird stets auf Gewaltenteilungssysteme Bezug genommen.

Regierung vertretenen politischen Kräfte im Parlament keinem unmittelbaren Zwang zur Geschlossenheit ausgesetzt sind. Dies gilt sowohl für das Verhältnis zwischen den an der Regierung beteiligten Parlamentsfraktionen (im Falle von Mehrparteienregierungen) als auch für die Beziehungen innerhalb einer Parlamentsfraktion. In Gewaltenteilungssystemen sind daher formelle Koalitionsvereinbarungen, die wirksam durchgesetzt werden können, selten. Die parlamentarische Mehrheitsbildung erfolgt eher nach dem Prinzip wechselnder Mehrheiten als nach einem immergleichen, vertraglich abgesicherten Schema.

Demgegenüber versteht die Forschung in rein *parlamentarischen Systemen* die Koalitionsbildung sehr viel stärker als einen Mechanismus zur Erreichung konstanter Mehrheiten mit dem Ziel der stabilen Regierungsbildung. Nicht die konstante Suche nach Mehrheiten in einem heterogenen institutionellen Umfeld, sondern die einmalige Bestimmung der Regierungszusammensetzung mit permanenter, disziplinierter Parlamentsmehrheit bilden hier das Hauptaugenmerk. Die parlamentarische Logik, wonach die Regierung teil der Parlamentsmehrheit und von dieser gewählt ist, schliesst mit ein, dass die Regierungskoalition zerbricht, wenn die Parlamentsmehrheit verloren geht. Daraus folgt, dass formelle, die lange Lebensdauer der Regierung bezweckende Koalitionsvereinbarungen eine grosse Rolle spielen. Die Hauptakteure sind klar die Partei- bzw. Fraktionsleitungen der beteiligten Partner, die nach Abschluss der Koalitionsvereinbarung auch für die Durchsetzung der Parteidisziplin im Sinne der Regierungspolitik besorgt sein müssen.

Aus schweizerischer Perspektive ergibt sich daraus ein reizvoller Kombinationseffekt. Denn die vergleichende Forschung bekundete bisher etliche Mühe, das schweizerische System im Kontinuum zwischen Präsidialismus und Parlamentarismus zu verorten. Viele sprechen von einem Misch- oder hybriden System (z.B. Lijphart 1984, 1999), welches auf das Direktorialsystem der Helvetischen Republik zurückgeht (Lauvaux 1990; Kriesi 1995; Schmidt 2004). Andere verweisen auf die verfassungsgeschichtlichen Querbezüge zu den USA (vgl. Kölz 1992, 1998) und beurteilen das schweizerische Regierungssystem als quasi-präsidentielles System (Steffani 1992). Verantwortlich für diese unterschiedlichen Beurteilungen sind weniger die Elemente der direkten Demokratie, des Föderalismus und der Konkordanz - alles Institutionen, die auch in anderen Staaten in mehr oder weniger ausgeprägter Form vorgefunden werden können -, sondern vor allem die in der Regierungssystemlehre unübliche Mischung aus präsidentiellen und parlamentarischen Merkmalen: Die Wahl des schweizerischen Bundesrates erfolgt zwar durch das Parlament, dieser ist danach aber während vier Jahren nicht mehr auf die Unterstützung durch die Parlamentsmehrheit angewiesen. Umgekehrt läuft das schweizerische Parlament keine Gefahr, mit der Ablehnung von Regierungsvorlagen den Sturz der Exekutive oder Neuwahlen zu provozieren. Mit anderen Worten, die vom Parlament gewählte Regierungszusammensetzung bildet letztlich eine (mangels Koalitionsvertrag der beteiligten Parteien bislang informell konzipierte) Koalition - auch wenn dieser Begriff im schweizerischen Jargon eher unüblich ist. Diese „Regierungskoalition“ sieht sich anschliessend wie in präsidentiellen Gewaltenteilungssystemen einem unabhängig agierenden Parlament mit wechselnden Mehrheiten gegenüber. Aufgrund dieser grundlegenden Merkmale sind für die Erforschung der Koalitions- und Mehrheitsbildung in der Schweiz grundsätzlich beide zuvor skiz-

zierten Forschungskontexte von Belang und können bzw. müssen in die Analyse einbezogen werden.

Aus diesen Überlegungen gelten in der vorliegenden Studie folgende Eckpunkte der Koalitionsdefinition:

- *Keine formelle Koalitionsvereinbarung:* Der Koalitionsbegriff wird nicht von der Existenz einer verbindlichen Vereinbarung zwischen den Parteien bzw. Fraktionen abhängig gemacht. Das Schweizer System folgt in dieser Beziehung einem gewaltenteiligen Muster, weshalb lediglich eine unverbindliche „Legislaturplanung“ besteht, jedoch kein Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien. Daraus folgt, dass auch ad hoc gebildete oder unkoordiniert zustande gekommene Parlamentsmehrheiten als Koalitionen bezeichnet werden.
- *Wechselnde Koalitionen von Abstimmung zu Abstimmung möglich:* Der zeitliche Horizont einer Koalition entspricht demjenigen einer einzelnen Abstimmung. Innerhalb eines Gesetzgebungsprozesses können sich somit sehr unterschiedliche Koalitionen bilden, die jeweils nur für eine Abstimmung halten (wechselnde Mehrheiten).
- *Fraktionen als Hauptakteure:* Im Rahmen der vorliegenden Studie werden die Parlamentsfraktionen als Untersuchungseinheiten definiert. Die Koalitionsbildung bezieht sich somit immer auf die Frage, welche Fraktionen bzw. Fraktionsmehrheiten bei welchen Gelegenheiten zusammenspannen.
- *Koalitionen als qualifizierter Mehrheitsbildungsprozess:* Die hier verwendete Koalitionsdefinition setzt an verschiedenen Stellen qualifizierte Mehrheitserfordernisse ein, um sich von der einfachen parlamentarischen Mehrheitsbildung abzuheben. Die Koalitionsbildung bildet somit eine Form einer qualifizierten Mehrheitsbildung. Da die Fraktionen die Untersuchungseinheiten der Studie bilden, fragt sich, welches Mehrheitskriterium angewandt werden soll, um zu bestimmen, ob sich „die Fraktionsmehrheit“ für oder gegen eine Vorlage gestellt hat. Um dies an einem Extremfall zu veranschaulichen: Wenn sich die Haltung einer Fraktion in einer Ja-Stimme, keiner Nein-Stimme und 39 Enthaltungen ausdrückt, kann man dann von einer Ja-Mehrheit dieser Fraktion sprechen? Bildet eine solche Fraktion mit einer anderen, die möglicherweise zu hundert Prozent Ja gestimmt hat, eine Koalition?
- *Keine Abwesenheits- und Stimmenthaltungskoalitionen:* Es werden nur Koalitionen berücksichtigt, die sich aus Ja- bzw. Nein-Stimmen ergeben; Abwesenheiten bleiben gänzlich unberücksichtigt und Stimmenthaltungen werden nur für die Bestimmung des Mehrheitskriteriums in die Berechnungen einbezogen (d.h. unter „Mehrheit“ wird immer das Vorliegen einer absoluten Mehrheit in Bezug auf alle Stimmenden, inklusive Enthaltungen, verstanden).

Soweit die grundlegenden Eckpunkte des hier verwendeten Koalitionsbegriffs, der im weiteren Verlauf der Studie je nach untersuchter Fragestellung weitere Konkretisierungen erfahren wird, die sich auf folgende Punkte beziehen:

- *Tatsächlich angewandtes Mehrheitskriterium für den Einbezug einzelner Fraktionen in eine Koalition:* Wie gross muss der Anteil der Fraktionsmitglieder sein, der dieselbe Position einnimmt, damit eine Fraktion einer bestimmten Koalition zugerechnet werden kann? Die

Studie stützt sich je nach Fragestellung entweder auf das Zweidrittelquorum oder auf die absolute Mehrheit der Stimmenden.

- *Frage der Exklusivität der an einer Koalition beteiligten Koalitionspartner:* Eine exklusive Koalitionsdefinition besteht dann, wenn nur die genannten Fraktionen das Integrationskriterium erfüllen und alle Koalitionsformen, in denen die genannten plus allfällig weitere Fraktionen daran beteiligt sind, ausgeschlossen werden. Ein Beispiel: Eine exklusiv definierte CVP-FDP-Koalition bedeutet, dass weder die SVP noch die SP mit der erforderlichen Mehrheit dieselbe Position wie CVP und FDP einnehmen. Bei einer nicht-exklusiven Definition können entsprechend auch weitere Parteien (neben den direkt betrachteten) dieselbe Position einnehmen.
- *Frage der definierten Gegenkoalitionen:* Koalitionsmuster können entweder nur mit Blick auf die eine Position definiert werden, wodurch die Frage allfälliger Gegenkoalitionen, welche dieselben Mehrheitskriterien auf der Gegenseite erfüllen, unbeachtet bleiben. Alternativ können Koalition und Gegenkoalition gleichzeitig definiert werden. Der Vorteil der ersten Variante liegt darin, dass sie sich für die Abbildung des politischen Übereinstimmungsgrads zwischen den betrachteten Fraktionen besser eignet, während die zweite Variante die Gesamtkonstellation beim Koalitionsverhalten besser berücksichtigt, indem sie nicht nur die Frage „Wer mit wem?“, sondern auch die Frage „Wer gegen wen?“ beantwortet.

Die zur Anwendung gelangenden spezifischen Kriterien variieren teilweise und sind bei den empirischen Auswertungen entsprechend vermerkt.

2.2 Koalitionstheorien zur Erklärung der Regierungsbildung

Die Abschnitte 2.2 bis 2.4 sollen in erster Linie das Spektrum und die Entwicklung der Koalitionstheorien aus internationaler Perspektive aufzeigen. Die vorgestellten Ansätze sind für die schweizerische Koalitionsforschung zwar von höchst unterschiedlicher Relevanz, werden aber dennoch kurz dargestellt, um ein möglichst umfassendes Bild des Forschungsstands zu vermitteln. Die Verknüpfung der internationalen Ansätze mit dem schweizerischen System findet in Kapitel 3 statt.

Die Koalitionsforschung zu parlamentarischen Systemen versteht unter Koalitionsbildung hauptsächlich den Zusammenschluss von im Parlament vertretenen Parteien mit dem Ziel der dauerhaften Regierungsbildung. Die entscheidende Frage lautet, welche Faktoren die Bildung (oder das Auseinanderbrechen) einer Koalition bestimmen.

Es stehen sich zwei Schulen gegenüber, die den Abgeordneten unterschiedliche Motive bei der Koalitionsbildung unterstellen. Die erste geht von der Annahme aus, dass Parlamentarier sogenannte „office-seekers“ sind, also vor allem die Annehmlichkeiten der mit der Regierungsbildung verbundenen politischen Ämter suchen (Riker 1962; Baron/Ferejohn 1989; Baron 1998). Da man den Nutzen, den ein Regierungsamt mit sich bringt, nur ungern auf mehr Köpfe als unbedingt notwendig verteilt, um die eigenen Vorteile zu maximieren, sagt dieser Ansatz die Bildung kleinstmöglicher Koalitionsmehrheiten, „minimum winning coalitions“ (MWC), voraus.

Auf der anderen Seite stehen Ansätze, welche die Verwirklichung von politischen Programmen als Hauptmotiv für die Bildung von Koalitionen betrachten, dass also die Abgeordneten primär „policy-seekers“ sind (Axelrod 1970; Powell 1982). Ein Hauptargument für diese Sicht bildet die offensichtliche empirische Evidenz, da seit dem Zweiten Weltkrieg weniger als 50 Prozent der Regierungsbildungen in europäischen Demokratien dem MWC-Kriterium folgten (Druckman/Thies 2002). Zudem wiesen bereits in den 1970er Jahren einige Autoren empirisch nach, dass politische Positionen bei der Koalitionsbildung eine bedeutende Rolle einnehmen (Browne 1970; de Swaan 1973; Taylor/Laver 1973). Dies bedeutet hingegen nicht, dass das Office-Seeking-Motiv für Parteien und Abgeordnete keine Rolle spielen oder dass Koalitionen nicht nach innerer Kompaktheit streben würden. Nur beschränkt sich dies nicht auf eine rein arithmetische Formel, sondern stützt sich stärker auf politische Kriterien.

Diese politischen Kriterien werden im Wesentlichen durch zwei Faktorgruppen geprägt: die ideologische Positionierung der Parteien und die institutionelle Ausgestaltung des Entscheidungsprozesses. In diesem Abschnitt wird nur auf erstere eingegangen, während sich der nächste Abschnitt 2.3 separat mit institutionellen Ansätzen befasst, da diese weniger eng an die Regierungsbildung in parlamentarischen Systemen gebunden sind und auch im Rahmen von Entscheidungsprozessen mit wechselnden Mehrheiten geeignete Anwendung finden können.

„Gleich und gleich gesellt sich gern“, besagt ein Sprichwort, dem sich auch die Koalitionsbildungspraxis nicht verschessen kann. Dies wurde von Axelrod (1970) in ein theoretisches Modell gefasst, das von der plausiblen Annahme ausgeht, dass Parteien, die sich ideologisch nahe stehen, eher eine Koalition eingehen als Parteien, zwischen denen eine grössere politische Distanz liegt. Innerhalb dieses Prozesses werden jedoch nicht einfach MWC-Lösungen unter der Bedingung politischer Nähe gesucht, sondern oftmals ähnlich gesinnte Parteien ebenfalls „mit ins Boot“ geholt, auch wenn daraus übergrosse Koalitionen (sogenannte „oversized coalitions“) entstehen. Dies erhöht gemäss Axelrod die Durchsetzungsfähigkeit der Koalition, ohne dass die ideologische Varianz wesentlich zunimmt. Gegen das Modell von Axelrod lässt sich allerdings einwenden, dass es - wie viele andere Modelle auch - von einer stark vereinfachenden, eindimensionalen Präferenzverteilung ausgeht.² Gleichwohl bildete Axelrods Grundmodell eine bedeutende Erweiterung der damaligen, allzu einfach gestrickten MWC-Ansätze.

Neben der Eindimensionalität des politischen Raums stellt auch das Bild der Parteien als einheitlich agierende, ideologisch homogene Gruppen eine gebräuchliche Vereinfachung dar. Parteiforscher gehen heute eher vom Gegenteil aus (vgl. Katz/Mair 1992: 6), was zur Forderung führte, dass dies auch auf die Formulierung von Koalitionstheorien Auswirkung haben müsse (vgl. Pridham 1988; Laver/Shepsle 1990). Die Vermutung liegt daher nahe, dass der Grad der internen Heterogenität der Parteien (d.h. die Präsenz starker Parteiflügel) die Bildung und das Scheitern von

² D.h. dass alle Parteien auf einer Geraden politisch verortet werden können (z.B. auf einer herkömmlichen Links-rechts-Achse). In der Realität spielt hingegen die Mehrdimensionalität von Präferenzmustern eine wesentliche Rolle (Stokes 1963), weshalb eine zusätzliche Partei in einer Koalition in der Regel auch eine spürbare Erhöhung der Varianz der politischen Positionen mit sich bringt.

Koalitionen beeinflusst. Groennings (1970) stellt zudem einen Bezug zur Parteiorganisation her, indem er die Unfähigkeit zur Formulierung einer gemeinsamen Koalitionspolitik als eine direkte Folge von heterogen bzw. nicht-zentralistisch strukturierten Parteien sieht. Dies erlaubt den verschiedenen Machtzentren in der Gesamtpartei, stetigen Druck auf die oberste Parteiführung auszuüben und diese einer ständigen Zerreihsprobe auszusetzen. In einer empirisch vergleichenden Studie von Druckman (1996) wird denn der Einfluss parteiinterner Heterogenität in politischer und struktureller Hinsicht auf die Koalitionsstabilität bestätigt. Laver/Shepsle (1990) schliesslich präsentierten einen eigenen Ansatz, der die Rolle parteiinterner Konflikte für die Bildung und das Auseinanderbrechen von Koalitionen berücksichtigt und sich dabei an den Portfolios und der Parteiflügelzugehörigkeit der mit Ministerposten betrauten Parteixponenten orientiert (vgl. auch Laver/Shepsle 1996). Koalitionen stehen in einem Spannungsfeld zwischen drei Polen, die unter Umständen in unterschiedliche Richtungen ziehen: Erstens, die aus unterschiedlichen politischen Flügeln bestehende Parteibasis, die sich alle in der Regierung vertreten sehen möchten; zweitens, die Minister, die in ihrem Verwaltungsbereich die Erwartungen „ihres“ Flügels in die Politik einfließen lassen müssen; drittens die Koalitionspartner, gegenüber denen man Koalitionsvereinbarungen einzuhalten hat.³ Die Bildung und die Stabilität einer Koalition hängen somit im Wesentlichen davon ab, wie gut die beteiligten Parteien (und deren Exponenten) diese Eckpunkte miteinander in Einklang zu bringen vermögen. Das grösste Problem dieses Ansatzes liegt im immensen Bedarf an komplexen Informationen bezüglich vorhandener Parteiflügel und ihrer relativen Bedeutung, der politischen Positionierung der Flügel, der Zuordnung der Parteixponenten, etc. Einer vergleichenden empirischen Überprüfung mit konventionellen Datensätzen entzieht sich das Modell daher weitgehend (vgl. Volden/Carrubba 2004).

Andere Ansätze versuchen eine Anwendung unter der Bedingung der Mehrdimensionalität. Gleichzeitig wird versucht, Policy-Seeking mit Elementen des Office-Seeking zu ergänzen. Zwei solche Modelle wurden von Crombez (1996) und Baron/Diermeier (2001) entworfen. Crombez' Ansatz geht von einer Situation kurz nach den Wahlen in einem aus drei Parteien gebildeten Parlament aus, in dem die grösste Partei das Vorrecht zur Regierungsbildung besitzt. Je mehr Sitze diese Partei hält und je stärker im politischen Zentrum sie angesiedelt ist, desto mehr Freiheiten genießt sie bei der Auswahl ihrer Koalitionspartner, da die anderen (im Modell deutlich kleineren) Parteien ebenfalls vom Nutzen einer Regierungsbeteiligung profitieren wollen, aber in einer solchen Situation jederzeit fürchten müssen, dass eine Koalition auch ohne sie zustande kommen könnte. In einer solchen Konstellation werden MWC oder sogar Minderheitsregierungen wahrscheinlich. Befindet sich die grösste Partei hingegen ideologisch auf einer Extremposition und/oder sind alle drei Parteien in etwa gleich stark, dann wird eine übergrosse Koalition umso wahrscheinlicher. Eine ähnliche Ausgangsstellung liegt beim Modell von Baron/Diermeier (2001) vor: Eine im politischen Zentrum stehende Partei, die mit der Regierungsbildung beauftragt ist, kann umso leichter eine mit wenigen oder gar keinen Zugeständnissen an andere Parteien verbundene, übergrosse Koalition

³ Als viertes Element könnte die Wählerbasis hinzugefügt werden, die zumindest indirekt bei der nächsten Wahl über das Schicksal einer Regierungskoalition entscheiden kann.

schmieden, je extremer bzw. ideologisch weiter entfernt der Status quo der aktuellen Politik von den Positionen der Koalitionspartner liegt. Denn unter diesen Bedingungen ist jede mit dem aktuellen Status quo unzufriedene Partei bereit, mit ihrem Stimmengewicht zum Gelingen einer Reform beizutragen, auch wenn sie keinen weiteren Nutzen (z.B. in Form von Ministerposten) daraus zieht.

Die Liste der Ansätze zur Regierungsbildung liesse sich beliebig erweitern. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Bildung von Zusammenschlüssen erklären, die zumindest im Prinzip für die Dauer einer Legislaturperiode einen Zustand stabiler Mehrheitsverhältnisse im Parlament garantieren sollen. Zudem gehen diese Ansätze in der Regel stillschweigend davon aus, dass nur eine für die Politikdurchsetzung relevante Parlamentskammer besteht, in der die Mehrheitskoalition ohne wesentliche institutionelle oder politische Einschränkungen die Politik bestimmen kann. Diese strikten Annahmen, die selbst im idealtypischen parlamentarischen Westminster-Modell nach britischem Vorbild nicht voll auf der Realität entsprechen, werden von den nachfolgend beschriebenen institutionellen Koalitionstheorien erweitert.⁴

2.3 Koalitionsbildung als Resultat des institutionellen Arrangements

Die institutionelle Ausgestaltung eines politischen Systems wirkt sich auch auf die Mehrheits- und Koalitionsbildung in Parlament und Regierung aus. Diese These bildet die Basis der institutionellen Ansätze.⁵ Institutionen können verstanden werden als „a set of rules used to aggregate the preferences of the individuals in the system into the choice of policy“ (Hammond/Butler 2003: 147). Die institutionellen Koalitionstheorien basieren auf einem „rational choice“-Ansatz (RC) und versuchen zu ergründen, wie sich unterschiedliche institutionelle Arrangements auf die politischen Entscheidungen einzelner Akteure (und die Ergebnisse der kollektiven Entscheidungsfindung) auswirken. Die hier vorgenommene Separierung institutioneller Ansätze von den Theorien zur Regierungsbildung (vgl. den vorangehenden Abschnitt) und den Theorien legislativer Aushandlungsprozesse (vgl. den nachfolgenden Abschnitt) ist zugegebenermaßen weniger strikt als hier dargestellt, da sich einzelne Elemente institutioneller Erklärungsansätze - wie im vorangehenden Abschnitt bereits gesehen - auch in anderen Modellen häufig finden lassen. In diesem Abschnitt stehen daher nicht institutionelle Faktoren an sich im Vordergrund, sondern jene institutionellen Modelle, die sich weder als Regierungsbildungsansatz noch als Aushandlungsansatz bezeichnen lassen und aus diesem Grund eine eigene Kategorie bilden.

⁴ So weisen empirische Studien darauf hin, dass bereits die bloße Existenz einer zweiten Parlamentskammer - unabhängig von den konkreten Mitentscheidungsrechten - einen signifikanten Effekt auf den politischen Output bewirkt (Druckman/Thies 2002).

⁵ Die Begriffe „institutionell“ bzw. „Institutionalismus“ werden hier als Oberbegriffe für alle institutionellen Ansätze verwendet. Wissenschaftsgeschichtlich besteht allerdings ein Unterschied zwischen dem eher qualitativ-deskriptiven „historischen Institutionalismus“ der 1920er und 1930er Jahre und den empirisch-analytisch angelegten institutionellen Ansätzen, die seit den späten 1970er Jahren unter der Bezeichnung „Neo-Institutionalismus“ eine Renaissance erfahren haben (vgl. Hall/Taylor 1996; Hammond/Butler 2003).

Die aus heutiger Sicht umfassendste Theorie in diesem Bereich bildet der „veto player“-Ansatz von Tsebelis (1995, 2000, 2002). Vetospieler werden definiert als „individual or collective decisionmakers whose agreement is required for the change of the status quo“ (Tsebelis 2000: 442). Die Zusammensetzung der Vetospieler kann dabei sowohl zwischen politischen Systemen als auch innerhalb eines Systems von Vorlage zu Vorlage unterschiedlich ausfallen (in Bezug auf Anzahl, Durchsetzungsfähigkeit, Homogenität, etc.). Je mehr Veto-Positionen ein System aufweist, desto schwieriger ist die Veränderung des aktuellen Status quo. Daraus folgt, dass Systeme mit wenigen Veto-Positionen ganz unabhängig von ihrer sonstigen Charakterisierung als parlamentarisches oder präsidentielles System zu Entscheidungen unter MWC-Bedingungen tendieren, während viele (und politisch differierende) Veto-Positionen auf die Bildung übergrosser Koalitionen hinwirken, da sich der Status quo nur auf diese Weise verändern lässt:

„In the case of an oversized coalition, many parties participate in government but not all of them are necessary in any particular vote. I have made the argument in the past that although not numerically necessary, parties are politically necessary for the coalition (...). However, occasionally it may be the case that a government party disagrees with some policy without wanting to cause a government crisis. In this case, this particular party is not a veto player, since its agreement for a change of the status quo is not necessary, neither arithmetically nor politically“ (Tsebelis 2000: 458).

Die Mehrheits- und Koalitionsbildung sind gemäss der Vetospieler-Theorie Produkte eines institutionellen Rahmens, der für die sichere Durchsetzung einer Politik (bzw. Änderung des Status quo) in wichtigen Fällen mehr als eine knappe einfache Mehrheit verlangt. Der innovativste Part des Ansatzes liegt in der Überwindung einer schematischen Denkweise in der Regierungssystemlehre, die lange Zeit über den Versuch einer starren Kategorienbildung (z.B. in parlamentarische Systeme, Präsidialsysteme, Mischsysteme, Konkordanzsysteme) funktionierte, anstatt das Gewicht auf die politischen Prozesse selbst zu legen. In Tsebelis' Ansatz können vormals unterschiedlich kategorisierte Regierungssysteme eine ähnliche Funktionsweise aufweisen (und umgekehrt), je nachdem, ob und wie sie sich institutionell in der Vetospieler-Struktur unterscheiden.

Ein kleiner, aber für die Gruppe der institutionellen Koalitionstheorien keinesfalls unbedeutender Ansatz bildet die Forschung in Bezug auf die Wirkungen bikameraler Entscheidungsstrukturen. Einer der ersten, der die Wirkung des Bikameralismus auf die Koalitionsbildung thematisierte, war Lijphart (1984), später gefolgt von Sjölin (1993). Die Grundthese des Bikameralismus-Ansatzes lautet, dass Koalitionsmehrheiten in Zweikammersystemen desto grösser ausfallen müssen, je stärker die politischen Mehrheiten in den beiden Kammern auseinanderklaffen (d.h. je inkongruenter sie sind) und je ähnlicher die Gesetzgebungskompetenzen der beiden Kammern ausfallen (d.h. je symmetrischer sie sind).⁶ Selbstverständlich kann die Existenz von Zweikammerstrukturen auch

⁶ Die bereits bei den Regierungsbildungstheorien im vorangehenden Abschnitt erwähnte Studie von Druckman/Thies (2002) verwirft diese Hypothese zwar, doch verstehen die beiden Autoren den Begriff „Koalition“ auch sehr eng als Koalition zur Regie-

unter dem grossen Dach der Vetospieler-Theorie abgehandelt werden. Gleichwohl werden hier die Bikameralismus-Ansätze als eigenständige Modelle präsentiert, da dem Aspekt der politisch inkongruenter werdenden Kammern der schweizerischen Bundesversammlung für die Mehrheits- und Koalitionsbildung eine eindeutig wachsende Bedeutung zukommt und sich in der Zukunft zu einer schweizerischen Form des „divided government“ entwickeln könnte.⁷

2.4 Mehrheitsbildung als konstante Aushandlungsprozesse im Parlament

Den stärksten Bezug zur Legislative an sich sowie zum individuellen und kollektiven Entscheidungsverhalten der Ratsmitglieder stellen diejenigen Theorien her, welche die fallweise, auf einzelne Vorlagen fokussierte und von wechselnden Zusammensetzungen geprägte Mehrheits- und Koalitionsbildung zum Gegenstand haben. Diese Ansätze bilden somit das eigentliche Gegenstück zu den Regierungsbildungsansätzen (vgl. Abschnitt 2.2). Nicht das Zustandekommen (oder der Bruch) stabiler Koalitionsmehrheiten soll erklärt werden, sondern das Koalitionsverhalten von individuellen Abgeordneten oder Parteien und Fraktionen unter den Bedingungen eines vom Verhalten der Exekutive nicht direkt abhängigen Parlaments. Da diese Bedingung auf parlamentarische Regierungssysteme in der Regel nicht zutrifft, ist die Forschung bislang weitgehend auf den U.S.-Kongress fokussiert geblieben.

Die Aushandlungstheorien sind stark auf des Verhalten einzelner Ratsmitglieder ausgerichtet und gehen von der Annahme aus, dass neben den institutionellen Rahmenbedingungen des Systems (d.h. die strukturierende Wirkung insbesondere von Verfahrensregeln und des Kommissionssystems)⁸ nur wenige zusätzliche Faktoren im Parlament selbst vorhanden sind, die das individuelle Entscheidungsverhalten entgegen den persönlichen Interessen des Ratsmitglieds beeinflussen können. Dies gilt insbesondere für die Parteistrukturen, denen im Vergleich zu parlamentarischen Systemen aufgrund der oft sichtlich tieferen Fraktionsgeschlossenheit (vgl. Epstein 1980) eine geringere Bedeutung zugeschrieben wird.⁹ Die Frage lautet daher: Wie kommen in einem relativ gering struk-

rungsbildung (und nicht zur Durchsetzung von Gesetzesprojekten im Parlament). Zudem haben sie ihre Analyse auf lediglich zehn parlamentarische Systeme (ohne die Schweiz) beschränkt.

⁷ Als „divided government“ wird in der U.S.-amerikanischen Politik der Zustand bezeichnet, in welchem das Präsidentenamt, das Repräsentantenhaus und/oder der Senat von unterschiedlichen Parteimehrheiten angeführt werden. Während diese Konstellation lange Zeit als unerwünscht betrachtet wurde (Cutler 1988; Ginsberg/Shefter 1990), da sie gegenseitige Blockaden fördert (sogenannte „gridlocks“), kommen neuere Untersuchungen interessanterweise eher zum gegenteiligen Schluss: empirisch fällt die Blockadewirkung in Perioden des „divided government“ sehr gering aus, während die positiven Wirkungen institutioneller Bremsen bislang eher unterschätzt wurden (Krehbiel 1998; Mayhew 1991; Fiorina 1996; Edwards et al. 1997).

⁸ Die Existenz solcher Institutionen bzw. deren Wirkung auf das Verhalten rationaler Akteure wird als ein wichtiges Element zur Verhinderung des Problems zyklischer Mehrheiten bei Abstimmungen betrachtet (Shepsle 1979, 1986; Hoenack 1983; Strom 1990; Cox/McCubbins 1995; vgl. zum Begriff der zyklischen Mehrheiten Mackie 2003). Nicht dieser Meinung sind die Verfechter eines rationalistischen Ansatzes wie z.B. Riker (1962, 1980), die selbst den institutionellen Rahmen als durch Mehrheitsentscheide jederzeit veränderbar und daher dem Problem der Instabilität von Abstimmungsverfahren ebenfalls ausgesetzt erachten.

⁹ Der Einfluss der Parteistrukturen auf das Stimmverhalten im U.S.-Kongress ist jedoch umstritten. Während sie von den einen als praktisch irrelevant betrachtet werden (Mayhew 1974; Krehbiel 1993, 1998), anerkennen andere eine (im Vergleich zu europäischen Parlamenten allerdings begrenzte) Rolle der Partei (Weingast 1979; Cox/McCubbins 1993, 1995; Nokken 2000; Anso-

turierten Parlament endgültige Mehrheitsentscheidungen zustande, die stabil sind und gleichzeitig die Präferenzordnungen der Stimmenden hinreichend genau abbilden und darum als Auswahlverfahren breite Akzeptanz finden?

Einige strukturierende Faktoren wurden bereits erwähnt: die Existenz eindeutiger Verfahrensregeln, das Kommissionssystem sowie die Durchsetzung der Parteidisziplin. Dabei handelt es sich um Institutionen, welche die Zahl möglicher Alternativen einschränken bzw. die Reihenfolge der Abstimmungen vorgeben, was die Umwandlung der Einzelpräferenzen in endgültige, stabile Mehrheiten entscheidend begünstigt (vgl. Senti 1998: 6). Ein interessanter Nebenstrang soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben: die Wirkung bikameraler Systeme. Levmore (1992) wie auch Riker (1992) gehen davon aus, dass ein symmetrischer und nicht-kongruent ausgestalteter Bikameralismus Entscheidungsergebnisse hervorbringen kann, die stärker immun gegenüber strategischen Stimmverhaltens sind.

Weitere bedeutende Erklärungsstränge können einerseits im Verhalten unter Unsicherheit (Shepsle 1972; Shepsle/Weingast 1981) und andererseits in Stimmentausch-Prozessen, dem sogenannten „log rolling“ oder „vote trading“ (Buchanan/Tullock 1962; Tullock 1967, 1981), ausgemacht werden.¹⁰ Logrolling bezeichnet einen informellen, zeitlich und inhaltlich begrenzten Austausch von gegenseitiger politischer Unterstützung (daher der deutsche Begriff des Stimmentauschs). Logrolling ist somit eine begrenzte Koalition von Minderheiten, die erfolgreich Mehrheitsstatus erreicht. Demgegenüber wird der alternative Begriff des Vote-Trading als allgemeine Bezeichnung für den Vorgang des Stimmentauschs - unabhängig vom Erfolg oder den genaueren Umständen - benutzt (Miller 2001). In sequenzieller Hinsicht können zwei Spielarten des Stimmentauschs unterschieden werden; die eine bezeichnet das Anreichern einer einzelnen Vorlage oder mehrerer eng verbundener Vorlagen, über die gleichzeitig im Parlament abgestimmt wird („universaler Stimmentausch“), die andere ist unter dem Begriff „reziproker Stimmentausch“ bekannt und meint Logrolling-Prozesse, die sich über unverbundene bzw. aus unterschiedlichen Politikfeldern stammende Vorlagen hinweg ziehen (vgl. Weingast 1979).

Eng mit Logrolling verknüpft ist der Begriff der „pork-barrel politics“.¹¹ Porkbarrel-Politik steht für das Streben nach vom Zentralstaat finanzierten Projekten, die nur in einem eng definierten geografischen Gebiet (z.B. einem einzelnen Wahlkreis) Nutzen stiften (Miller 2001). Erfolgreiche Porkbarrel-Politik führt daher in den meisten Fällen über Logrolling-Prozesse, um die notwendigen Mehrheiten für die spezifischen Interessen zu erreichen. Während heute meist leichtfertig jede in einer Gesetzesvorlage verpackte Ansammlung von wahlkreisspezifischen „Geschenken“ als Porkbarrel-Politik bezeichnet wird, steht der Begriff in seiner ursprünglichen Bedeutung nur für „ineffiziente“

labehere et al. 2001; Lawrence et al. 2006). Dem Parteeinfluss werden in der Literatur häufig die Einstellung der Wählerschaft im Heimwahlkreis sowie die Eigenpräferenzen des Abgeordneten als Alternativen gegenüber gestellt (vgl. z.B. Arnold 1990: 5).

¹⁰ Die Bezeichnung „log rolling“ geht auf die gegenseitige Hilfe von amerikanischen Blockhüttenerbauern beim Herbeischaffen von Baumstämmen („logs“) zurück in wird seit Beginn des 19. Jahrhunderts auf Stimmentausch in der U.S.-amerikanischen Politik angewendet (vgl. Miller 2001).

¹¹ „Pork-barrel“ verweist auf die Zeit der Sklaverei in den USA, als die Plantagenbesitzer den Arbeitern gepökelttes Schweinefleisch aus Holzfässern („barrels“) schöpften.

Gesetzespakete, d.h. wenn die der Allgemeinheit aufgebürdeten politischen oder finanziellen Gesamtkosten den politischen oder wirtschaftlichen Gesamtnutzen übersteigen (Shepsle/Weingast 1981). Die beiden Autoren argumentieren darum auch, dass Porkbarrel-Politik zu drei negativen Konsequenzen führt: Erstens, die angebotenen Ausgaben übersteigen die eigentliche Nachfrage in den Wahlkreisen; zweitens, die Programme sind inhaltlich meist hochspezifisch auf einen bestimmten Wahlkreis ausgerichtet (was positive Spillover-Effekte in andere Gebiete verhindert); drittens, die Ausgabenprogramme beginnen klein, steigen danach über die Jahre stark an und können kaum mehr gestoppt werden. Stein/Bickers (1995) widersprechen dieser Auffassung teilweise und sehen das Hauptproblem von Porkbarrel-Politik an anderer Stelle. Gemäss ihrer Analyse sind die Ausgabenprogramme finanziell meist sehr bescheiden, zeitlich oft limitiert und wachsen umfangmässig in der Regel nicht an. Es zeigt sich auch, dass die Wiederwahlchancen des betreffenden Abgeordneten nicht vom finanziellen Umfang, sondern eher von der blossen Anzahl solcher Programme, die der Abgeordnete auslösen kann, abhängt.¹² Bestätigt wird hingegen der von Shepsle und Weingast (1981) negativ angeführte Spezialisierungsgrad der Programme auf einzelne Wahlkreise. Während also Stein/Bickers (1995) die Resultate der Porkbarrel-Politik ökonomisch weniger negativ beurteilen, haben sie umso grössere Bedenken demokratietheoretischer Art. Aufgrund ihrer Analyse hat der Anreiz zur Porkbarrel-Politik in den USA zur Entwicklung eigentlicher Politik-Subsysteme geführt, in denen Abgeordnete, Interessengruppen und Verwaltungsstellen Hand in Hand zusammenarbeiten und sich der Kontrolle durch die Regierungsspitze (den Stab des Präsidenten) weitgehend entziehen. Demokratiepoltisch ebenfalls negativ beurteilt wird, dass von diesen Subsystemen immer nur die Amtsinhaber profitieren, indem sie dadurch Ressourcen für den eigenen Wahlkampf generieren können, was das Aufkommen starker Widersacher im eigenen Wahlkreis in der Regel verhindert. Und als letztes verstärken die beiden Autoren das erste Argument von Shepsle/Weingast (1981), indem das Angebot an staatlichen Programmen durch Porkbarrel-Politik nicht nur übersteigert, sondern häufig gänzlich überflüssig sei und keiner Nachfrage seitens der Wählerschaft entspreche.

Im Kontrast zur Porkbarrel-Politik ist der Logrolling-Begriff gegenüber Effizienzüberlegungen neutral; es ist das Parlamentarierverhalten an sich, das hier im Zentrum steht. Im Kontext sequenzieller Logrolling-Prozesse wird häufig auf die Entstehung einer Gefangenendilemma-Situation hingewiesen: Wenn der Nutzen jedes zusätzlich aufgenommenen Logrolling-Partners für die bestehende Gruppe negativ wird, dann wird irgendwann ein Punkt erreicht, wo es für alle Beteiligten besser gewesen wäre, der Stimmentausch hätte nie stattgefunden (vgl. Schattschneider 1935; Riker/Brams 1973).¹³ Da beim Logrolling aber insgesamt sowohl die positiven als auch die negativen

¹² Die Untersuchung zeigt auch, dass offenbar nur Abgeordnete aus Wahlkreisen mit knappen Mehrheiten von solchen Programmen profitieren können (vgl. Stein/Bickers 1995: 141).

¹³ Das Gefangenendilemma („prisoners' dilemma“) ist eine bekannte Figur der Spieltheorie, mit der die Konsequenzen unkooperativen Verhaltens in der Politik aufgezeigt werden: Zwei Kriminelle werden von der Polizei festgenommen und im Gefängnis in getrennten Zellen untergebracht. Die Polizei vermutet, dass die beiden an einem schweren Verbrechen beteiligt waren, hat aber keine genügenden Beweise hierfür. Sicher bewiesen ist jedoch, dass die beiden Gefangen an einem anderen, minder schweren Verbrechen beteiligt waren. Der Kommissar bietet in der Folge beiden Gefangen denselben Deal an: Verrät ein Gefangener den

Effekte überwiegen können, ist eine prinzipielle normative Verurteilung des Stimmentauschs (z.B. als „politischer Kuhhandel“ oder „Päckli-Politik“) unzweckmässig. Dies gilt nicht nur aus einer ökonomischen Effizienz­sicht, sondern kann ebenso aus demokratiethoretischer Warte postuliert werden:

"Log-rolling is a term of opprobrium. This is because it is used mainly with reference to its grosser forms. But grossness as it is used in this connection merely means that certain factors which we regard as of great importance are treated by the legislator as of small importance and traded off by him for things which we regard as a mess of pottage, but which he regards as the main business of his activity. Log-rolling is, however, in fact, the most characteristic legislative process. When we condemn it 'in principle,' it is only by contrasting it with some assumed pure public spirit which is supposed to guide legislators, or which ought to guide them, and which enables them to pass judgment in Jovian calm on that which is best 'for the whole people.' Since there is nothing which is best literally for the whole people, group arrays being what they are, the test is useless, even if one could actually find legislative judgments which are not reducible to interest-group activities. And when we have reduced the legislative process to the play of group interests, then log-rolling, or give and take, appears as the very nature of the process. It is compromise, not in the abstract moral form, which philosophers can sagely discuss, but in the practical form with which every legislator who gets results through government is acquainted. It is trading. It is the adjustment of interests" (Bentley 1908: 370-371).

Die Verbreitung von Logrolling-Prozessen hängt hauptsächlich von folgenden Merkmalen ab (vgl. auch Miller 2001): Stimmentausch ist umso häufiger,

- je kleinräumiger die Wahlkreisstruktur ausgestaltet ist;
- je grösser die Gesetzgebungsfreiheiten des Parlaments gegenüber der Regierung sind;
- je grösser die minimal notwendige Koalition ausfällt;
- je schwächer die Parteidisziplin ist.

Es ist daher kein Zufall, dass die reichhaltigste Forschungstätigkeit bisher zum U.S.-Kongress zu verzeichnen ist, der diesen genannten Kriterien in idealtypischer Weise entspricht. Doch auch für die schweizerische Bundesversammlung, besteht anhand der Kriterien Grund zur Annahme, dass Logrolling, Porkbarrel-Politik und strategisches Stimmverhalten keine Ausnahme darstellen.

Welche Aussagen lassen sich aus den bisherigen Ausführungen zu legislativen Aushandlungsprozessen für die Mehrheits- und Koalitionsbildung machen? Frühe Studien kamen zum Schluss, dass in einem Parlament mit nur wenig strukturbildenden Institutionen die Mehrheitsbildung dem MWC-

anderen, kommt der Verräter frei und der Verratene muss lebenslänglich hinter Gitter. Verraten die beiden einander gegenseitig, kommen beide lebenslänglich ins Gefängnis. Gesteht keiner, dann werden beide wegen des minder schweren Verbrechens zu fünf Jahren verurteilt. Das Modell zeigt, dass unkooperatives Verhalten zwischen den beiden Gefangenen bloss solange funktioniert, wie nur einer der Gefangenen sich so verhält (Trittbrettfahrer), während bei einem Verrat durch beide die schlechteste aller Varianten eintritt. Kooperatives Verhalten (d.h. Stillschweigen) bringt demgegenüber das objektiv effizienteste Ergebnis mit sich (zweimal fünf Jahre gegenüber einmal bzw. zweimal lebenslänglich).

Kriterium folgt, da die Abgeordneten solange Logrolling betreiben würden, bis eine knappe Mehrheit für eine Vorlage erreicht ist. Sofern es sich um einen universalen Stimmentausch handelt, beginnt das Logrolling-Spiel bei der nächsten Vorlage wieder von vorne (Buchanan/Tullock 1962; Riker 1962). Unter diesen Voraussetzungen sind keine stabilen Mehrheiten zu erwarten. In späteren empirischen Studien fiel jedoch auf, dass Logrolling-Verhalten oft zu übergrossen, in der Zusammensetzung wechselnden Abstimmungsmehrheiten im U.S.-Kongress führte. Ferejohn (1974) vermutete hinter dieser Verhandlungsdynamik institutionelle Faktoren wie z.B. die Rolle von Agendasetting- und Veto-Positionen, die mit den Argumenten der heutigen institutionellen Ansätze durchaus vergleichbar sind (vgl. Abschnitt 2.2). Shepsle (1972) sowie Shepsle/Weingast (1981) zogen demgegenüber zur Erklärung übergrosser Koalitionen das spieltheoretische Argument der latenten Ungewissheit der Abgeordneten über die tatsächlich herrschenden Mehrheitsverhältnisse heran. Da die Ratsmitglieder das Risiko scheuen, dass ein ihnen wichtiges Geschäft keine ausreichende Mehrheit finden könnte, werden als Absicherung lieber einige zusätzliche Teilnehmer in den Logrolling-Prozess aufgenommen, auch wenn dies den Nutzen für den Einzelnen tendenziell schmälert.

Eine Weiterentwicklung und Verallgemeinerung finden diese Ansätze in der Logrolling-Theorie von Carubba/Volden (2000) bzw. Volden/Carrubba (2004). Sie gehen in ihrer Analyse von reziproken Stimmentausch-Situationen aus, d.h. dass Logrolling über mehrere Vorlagen hinweg stattfindet. Da über diese „verbundenen“ Vorlagen jedoch nicht gleichzeitig, sondern sequenziell abgestimmt wird, erhöht sich in der Theorie der Anreiz eines Ausscherens entgegen den Abmachungen für jene Ratsmitglieder, die „ihre“ Vorlage bereits im Trockenen wähen. Solche Treuebrüche sind in der Praxis jedoch selten zu beobachten. Die Logrolling-Theorie von Carrubba und Volden sieht vor allem im Umstand, dass Stimmentausch-Prozesse keine einmalige Angelegenheit sind, sondern von denselben Akteuren im Parlament wiederholt durchgeführt werden, den Grund für die vorgefundene Stabilität: Die Akteure möchten nicht nur einmal, sondern immer wieder in Logrollings integriert werden. Die anderen Ratsmitglieder würden jedoch einen Kollegen, der wiederholt wortbrüchig geworden ist, in Zukunft meiden.

Dennoch können die Anreize zum Abweichen stärker sein als diejenigen zum Einhalten der Abmachung. Ein Beteiligter wird dann ein Ausscheren in Betracht ziehen, wenn die erwarteten Kosten des Ausschlusses aus zukünftigen Stimmentausch-Prozessen kleiner sind als der Nutzen des Verbleibens im aktuellen Prozess. Die Grösse einer Koalition ist daher gemäss Logrolling-Theorie hauptsächlich von diesem Kosten-Nutzen-Verhältnis abhängig: je höher die zukünftigen Kosten und je geringer der aktuelle Nutzen eines abweichenden Verhaltens sind, desto eher werden bei der Mehrheitsbildung die MWC-Kriterien erfüllt, da für die einzelnen Akteure kaum Anreize für einen Wortbruch bestehen und somit keine Gefahr besteht, dass durch das Ausscheren eines einzelnen Mitglieds die gesamte Mehrheit verloren geht. Im umgekehrten Fall, wenn der aktuelle Nutzen des Ausscherens die zukünftigen Kosten aufwiegt, sind die Architekten eines Stimmentauschs darauf bedacht, eine übergrosse Koalition zu schmieden, so dass die Mehrheit selbst bei einigen

„Querschlägern“ gesichert bleibt.¹⁴ Dieses Konzept der wechselnden minimalen Koalitionsgrösse bezeichnen Carrubba/Volden (2000: 262) als „minimum necessary coalition“ (MNC).

Auf einen allgemeinen Nenner gebracht, sind gemäss der Logrolling-Theorie Koalitionen umso grösser (Volden/Carrubba 2004: 526):

- je grösser die Anzahl und die Diversität der Akteure im Parlament sind (da mehr Interessen im Logrolling-Prozess berücksichtigt werden müssen, was auch den Anreiz des Ausscherens begünstigt);
- je schwieriger die Durchsetzung von Gesetzesvorlagen ist (da dies den erwarteten Nutzen aus zukünftigen Logrollings schmälert und somit ein Ausscheren begünstigt);
- je kostspieliger (bzw. weniger nutzbringend) der aktuelle Logrolling-Prozess ausfällt.

¹⁴ Dies hat zwei zusätzliche Auswirkungen: einerseits bleibt die Koalition dadurch gegenüber Erpressungsversuchen einzelner immun (vgl. auch Luebbert 1986), andererseits entsteht eine Gefangenendilemma-Situation zwischen potenziellen Abwechslern, da ein Abweichen von einer Abmachung zum Ausscheren mit einer anderen Partei wieder nutzbringend in Bezug auf die Integration in zukünftige Logrolling-Prozesse sein kann (Volden/Carrubba 2004).

3. Fokus Schweiz: Hypothesen zur Koalitionsbildung im Nationalrat

Welche Bedeutung erlangen die in Kapitel 2 vorgestellten theoretischen Ansätze aus der internationalen Parlamentsforschung für die Analyse der Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat? Die folgenden Abschnitte verknüpfen die internationalen Ansätze mit den schweizerischen Parlamentsprozessen und formuliert einige Hypothesen, die daraus gewonnen werden können.

3.1 Rolle institutioneller Faktoren

Wie bereits in Kapitel 2 geschildert, gilt die institutionelle Ausgestaltung der Beziehungen zwischen schweizerischer Bundesversammlung und Bundesrat im internationalen Vergleich vielen als eigenartliches Mischsystem. Hinzu kommen die Praxis der Konkordanz, die direktdemokratischen Rechte sowie der ausgeprägte Föderalismus, was insgesamt dazu führt, dass die Schweiz in Wissenschaftskreisen als eher sperriger Fall gilt, der in statistischen Modellen oft eine Ausreisserposition einnimmt und sich der Erklärung mittels einfacher theoretischer Ansätze entzieht. Tatsache ist, dass das schweizerische Regierungssystem eine starke Komponente der Gewaltenteilung aufweist und somit einen Gegensatz zur rein parlamentarischen Mehrheitsdemokratie steht (vgl. Steffani 1992). Nicht dem Idealtypus eines Gewaltenteilungssystems entspricht allerdings die Wahl des Bundesrats durch das Parlament (vgl. Abschnitt 2.1).

Der gewaltenteilige Charakter des schweizerischen Staatsaufbaus spiegelt sich auch im Verhalten und der Rolle der Parteien im Parlament wider: Die hiesige Fraktionsdisziplin gilt im internationalen Vergleich als relativ tief – ein Merkmal, das typischerweise Checks-and-Balances-Systemen zugeschrieben wird (vgl. Schmidt 2000: 310). Gemäss einer frühen Studie von Hertig (1978: 63-64) ist dies jedoch nicht nur auf die fehlende „Schicksalsgemeinschaft“ von Regierung und Parlament zurückzuführen, sondern auch auf die etablierte Praxis der fallweisen parlamentarischen Opposition, die ein wesentliches Merkmal des hiesigen Konkordanzsystems darstellt, sowie auf das wenig zentralisierte Parteiensystem, das einen starken föderalistischen Bezug zu lokalen und regionalen Identitäten beibehalten hat. Von den Regierungsparteien wiesen in Hertigs Studie die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) und die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) eine sehr tiefe Fraktionsgeschlossenheit auf, während die Parlamentsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei (SP) eine für schweizerische Verhältnisse sehr hohe Einigkeit an den Tag legten. Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (SVP) bewegte sich im Mittelfeld (vgl. auch Vasella 1956).

Dieses grundsätzliche Bild wurde auch in einer späteren Untersuchung von Lüthi et al. (1991) bestätigt, in der alle namentlichen Abstimmungen im Nationalrat zwischen 1920 und 1989 ausgewertet wurden. Allerdings stellte die Autorengruppe eine Tendenz zu geschlossenerem Fraktionsverhalten und verschärfter Parteikonkurrenz seit Mitte der 1970er Jahre fest, was hauptsächlich auf das Ende des Wirtschaftsbooms in dieser Zeitperiode zurückgeführt wurde. Lüthi et al. (1991: 62) stellten zusätzlich fest, dass sich die SP-Abgeordneten nicht nur relativ fraktionstreu verhielten, sondern auch eine höhere Enthaltungsrate aufwiesen als die Mitglieder anderer Fraktionen. Offenbar ent-

halten sich SP-Parlamentsmitglieder lieber, als dass sie sich offen gegen die Mehrheitsposition der eigenen Fraktion stellen.

Neben der Geschlossenheit untersuchten Lüthi et al. (1991) auch das Koalitionsverhalten der Fraktionen. Unter dem Vorbehalt, dass die Analyse der Koalitionsbildungsmuster wegen der Beschränkung auf namentliche Abstimmungen, die vor 1995 nur auf Verlangen durchgeführt wurden, tendenziell ein zu polarisiertes Bild des Nationalrats ergeben könnte, kommen die Autoren zu folgenden Ergebnissen: Von 1971 bis 1989 zeigt sich im parlamentarischen Koalitionsverhalten eine klare Aufteilung in ein etwa gleich starkes bürgerliches (CVP, FDP, SVP) und ein links-grünes Koalitionsmuster, bestehend aus SP, der Grünen Partei (GP) sowie dem inzwischen aufgelösten Landesring der Unabhängigen (LdU). Die klarste Veränderung über die Zeit ging vom LdU aus, der sich bis 1983 noch jeweils gleich häufig entweder dem links-grünen oder dem bürgerlichen Lager angeschlossen hatte, danach aber klar als Partner der links-grünen Seite auftrat. Betrachtet man nur die Allianzen unter den vier Bundesratsparteien, so stand die SP seit 1975 deutlich häufiger allein da als zuvor. Daran zeigt sich auch, dass in den von den namentlichen Abstimmungen erfassten Fragen die auf Regierungsebene bestehende Konkordanz im Parlamentsbetrieb keine Rolle spielte; im Untersuchungszeitraum traten Koalitionen mit SP-Beteiligung und zwei oder drei bürgerlichen Partnern - also eigentliche „Konkordanz-Koalitionen“ - sehr selten auf.

Acht Jahre später gingen Lanfranchi/Lüthi (1999) in einer weiteren Studie den Fragen der Parteilkohäsion und der Koalitionsbildung im Nationalrat nach. Ihre Untersuchung basierte auf den namentlichen Abstimmungen des Nationalrats zwischen 1991 und 1994. In Bezug auf die Parteidisziplin sind ihre Feststellungen mit denjenigen früherer Studien vergleichbar: Bürgerliche Parteien weisen eine tiefere Geschlossenheit auf als die SP; am tiefsten ist die Parteidisziplin innerhalb der CVP. Hinsichtlich des Koalitionsverhaltens stellen die Autorinnen fest, dass in nur 8.3 Prozent aller untersuchten Fälle eine „grosse Koalition“, bestehend aus mindestens zwei bürgerlichen Parteien und der SP, spielte. Eine rein bürgerliche Allianz kam demgegenüber in 44.4 Prozent der Fälle zustande. Rein links-grüne Koalitionen fanden sich in rund 27 Prozent der Fälle, während sich links-grüne Koalitionen mit CVP-Beteiligung in knapp 14 Prozent zeigten. Selten waren demgegenüber andere Koalitionsformen wie z.B. FDP-SP-Koalitionen oder Allianzen zwischen der SVP und dem linken Lager (zusammen nur 6.2 Prozent). Stellt man auf den Erfolg der einzelnen Koalitionsformen ab, so zeigt sich, dass grosse Koalitionen aufgrund ihrer numerischen Stärke immer erfolgreich waren, während rein bürgerliche Koalitionen dieselbe Erfolgsrate aufwiesen wie links-grüne Koalitionen mit CVP-Beteiligung (jeweils 66.7 Prozent). Reine links-grüne Koalitionen waren hingegen mit knapp sieben Prozent kaum je erfolgreich (angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament keine Überraschung), während die Erfolgsrate anderer Koalitionsformen (u.a. FDP-SP oder SVP-SP) bei immerhin 15 Prozent lag.

Diese Ergebnisse werden auch in der Untersuchung von Jegher (1999), die sich auf namentliche Abstimmungen der Jahre 1995 bis 1997 bezieht, grösstenteils gestützt (vgl. auch Linder 1999: 214-215). Wiederum traten am häufigsten Koalitionsmuster auf, in denen sich entweder links-grüne oder die bürgerlichen Bundesratsparteien fanden (jeweils zwischen 23 und 25 Prozent aller Koalitionsbildungen). Daneben koalierte in rund 11 Prozent der Fälle die CVP mit der links-grünen Seite

und in acht Prozent der Fälle bildeten SP/GP, CVP und FDP eine Allianz. Andererseits bildeten sich in ca. 26 Prozent der Fälle rechts-bürgerliche Koalitionstypen unter Ausschluss von CVP (und teilweise auch der FDP). Das Muster einer grossen „Konkordanz-Koalition“ war auch in dieser Untersuchung praktisch inexistent. Wirklich erfolgreich mit einer Quote von 100 Prozent erwiesen sich nur drei Koalitionstypen: bürgerliche Regierungskoalitionen (CVP, FDP, SVP) sowie links-grüne Koalitionen, sofern sich die CVP und/oder die FDP daran beteiligten.

Ebenfalls aufgrund von namentlichen Abstimmungen, diesmal der Jahre 1995 bis 1999, haben Hermann et al. (1999) bzw. Kriesi (2001) das Koalitionsverhalten analysiert. Im Zentrum des Interesses stand die Erfolgsrate der Nationalratsfraktionen in den Parlamentsabstimmungen. Die Analyse zeigt, dass die moderaten Mitteparteien CVP (in fast 90 Prozent der Fälle) und FDP (in rund 80 Prozent der Fälle) im Untersuchungszeitraum am häufigsten zu den Gewinnerinnen zählten, während das linke Lager aus SP und GP sowie das rechts-konservative Lager der SVP nur zu jeweils 60 bis 65 Prozent auf der Gewinnerseite standen. Aufgeschlüsselt nach Koalitionsmustern, gewann eine rein bürgerliche Koalition in 75 Prozent der Fälle, während Koalitionen zwischen dem Mitte- (CVP, teilweise FDP) und dem links-grünen Lager in 98 Prozent der Fälle obsiegte. Es ist allerdings anzumerken, dass sich letztere in absoluten Zahlen weit weniger häufig gebildet hatten als bürgerliche Koalitionsmuster.

Die Resultate der Nationalratswahlen 1995 scheinen sich deutlich auf die Koalitionserfolge ausgewirkt zu haben, wenn man die Ergebnisse von Lanfranchi/Lüthi (1999) und Hermann et al. (1999) vergleicht.¹⁵ Durch das gleichzeitige Erstarken von SP und SVP, die Stagnation bei den Mitteparteien CVP und FDP sowie die Verluste unter den kleineren Nichtregierungsparteien haben die beiden erfolgreichsten Koalitionsmuster (neben der „grossen Koalition“, die ohnehin immer gewinnt) ihre Erfolgsrate erheblich steigern können: die rein bürgerliche Allianz von 67 auf 75 Prozent, die links-grüne Koalition mit CVP-Beteiligung gar auf fast 100 Prozent.

Hermann/Leuthold (2003) haben das Koalitionsverhalten im Nationalrat aufgrund der namentlichen Abstimmungen der Jahre 1999 bis 2003 weiterverfolgt und sind zum Schluss gekommen, dass sich die Mehrheitsbildung nach dem Wahlsieg der SVP und den Verlusten der SP in den Wahlen 1999 erneut verändert hat, allerdings etwas überraschend zu Ungunsten der SVP, die gemäss der beiden Autoren seit 2001 einen eigenen rechts-konservativen Pol mit einer deutlichen ideologischen Lücke zu den übrigen bürgerlichen Parteien bildet. Profiteur dieser Situation war im genannten Untersuchungszeitraum das links-grüne Lager, welches häufiger Koalitionen mit FDP und vor allem CVP eingehen konnte. Die CVP stimmte zwischen 2001 und 2003 gar häufiger mit der SP als mit der SVP. Dass die SVP nach 2001 als Koalitionspartnerin zunehmend gemieden wurde, zeigt auch ein Vergleich der Erfolgsquoten: Während die SVP zwischen 1999 und 2001 rund 23 Prozent der Abstimmungen verlor und die SP deren 27 Prozent, kehrte sich das Verhältnis zwischen 2001 und 2003 um: 35 Prozent gingen für die SVP verloren, 28 Prozent für die SP.

¹⁵ Vgl. für eine Übersicht der Sitzverteilung im National- und Ständerat zwischen 1975 und 2003 die Tabelle 7.1 im Anhang.

Eine weitere, nach 1995 feststellbare Entwicklung ist offenbar ein wesentlich homogeneres Fraktionsverhalten, wie eine Studie von Clavel (2004) festhält. Die Fraktionsdisziplin war in der Periode 1995 bis 2003 bei allen Parteien ausser der SVP sehr hoch, selbst bei den oft als heterogen gescholtenen Mitteparteien CVP und FDP. Die CVP überflügelte diesbezüglich gar die SP. Ob die Heterogenität der SVP, die bis zu Beginn der 1990er Jahre noch eine höhere Disziplin aufwies als ihre bürgerlichen Partner (vgl. Lüthi et al. 1991; Lanfanchi/Lüthi 1999), als Ausdruck des rasanten Fraktionswachstums gewertet werden kann, wird von der Studie nicht beantwortet. Der Vergleich zwischen den Fraktionsdisziplin-Berechnungen unterliegt jedoch der Einschränkung, dass Clavel (2004) lediglich Schlussabstimmungen betrachtet hat, in denen sich regelmässig eine höhere Fraktionsgeschlossenheit zeigt als bei namentlichen Abstimmungen innerhalb der Detailberatungsphase von Gesetzesvorlagen. Frühere Studien nahmen jeweils alle namentlichen Abstimmungen als Basis ihrer Auswertungen.

Welche Schlüsse lassen sich aus all den beschriebenen Ergebnissen der schweizerischen Koalitionsforschung unter Beizug der in Kapitel 2 diskutierten koalitionstheoretischen Ansätze ziehen? Als erstes wird nochmals die Ausgangslage unterstrichen, dass die Mehrheitsbildung in der schweizerischen Bundesversammlung nicht stabilen Koalitionsvereinbarungen entspringt, sondern sich pragmatisch von Fall zu Fall neu bildet. Allerdings erfolgt die Mehrheitsbildung nicht einfach „zufällig“; bisherige Koalitionsstudien zeigen, dass sich einige Koalitionsmuster häufiger bilden als andere. Dies gilt insbesondere für die klassische Konstellation mit den drei bürgerlichen Parteien auf der einen Seite und den rot-grünen Parteien auf der anderen. Die jüngst feststellbare Polarisierung im schweizerischen Parteiensystem ist für solche Blockbildungen somit nicht primär verantwortlich; dennoch fragt sich, wie sich die Verschiebung der Kräfteverhältnisse der letzten zehn Jahre auf die Koalitionsbildung im Nationalrat ausgewirkt hat.

Als zweites hat sich gezeigt, dass die Parlamentskoalitionen auffallend oft der MWC-Charakteristik folgen - zumindest erscheint dies anhand der Darstellung der genannten Forschungsergebnisse so. Ausgehend von den nationalrätlichen Mehrheitsverhältnissen, wo in der Regel die Zustimmung von mindestens drei Parteien für die Annahme einer Vorlage notwendig ist, erfolgt in mehr als 50 Prozent aller Fälle die Koalitionsbildung nach dem (fraktionsbasierten) MWC-Kriterium. Im Unterschied zu den in Abschnitt 2.2 vorgestellten MWC-Theorien zur Regierungsbildung sind diese Koalitionen allerdings nicht stabil, und anders als die aushandlungstheoretischen MWC-Ansätze in Abschnitt 2.4 basieren sie nicht auf einem individualistischen Konzept, wo jedes Ratsmitglied für sich selbst den Einbezug in einen Logrolling-Prozess anstrebt, sondern stützen sich in wesentlichen Teilen auf die strukturierte Ebene der Fraktionen. Selbstverständlich können Stimmentausch-Prozesse auch auf dieser aggregierten Ebene angesiedelt sein, was insbesondere die Logrolling-Theorie von Carrubba/Volden (2000), die sowohl auf MWC- als auch übergrosse Koalitionen Anwendung findet, ausdrücklich zulässt.

Einen interessanten Berührungspunkt hat die Logrolling-Theorie (sowohl gemäss Carrubba/Volden 2000 als auch Ferejohn 1974) mit der Vetoplayer-Theorie von Tsebelis (1995, 2000, 2002). Denn beide Ansätze sehen u.a. im institutionell bedingten Schwierigkeitsgrad, eine Vorlage erfolgreich durchzubringen, einen wesentlichen Faktor zur Erklärung der Koalitionsbildung. In der Schweiz, wo

die Regierung anders als in den USA keine formelle Veto-Position gegenüber Parlamentsentscheidungen besitzt, bezieht sich dies vor allem auf die Wirkungen des symmetrischen und inkongruenten Bikameralismus sowie auf die direktdemokratische Einwirkung des Stimmvolks. In Bezug auf die koalitionsbildenden Einflüsse des Bikameralismus spielt zudem auch der Ansatz von Lijphart (1984) bzw. Sjölin (1993) eine bedeutsame Rolle. Und um den Bogen abzuschliessen, kann die institutionelle Wirkung von Volksabstimmungen, die einen zusätzlichen „Unsicherheitsfaktor“ im parlamentarischen Streben nach erfolgreichen Koalitionen darstellen, gemäss der RC-Ansätze von Shepsle (1972) bzw. Shepsle/Weingast (1981) beurteilt werden. Die genannten Theorien führen in der Konsequenz zu folgenden Hypothesen:

- H1:** Im Falle von Vorlagen, die entweder dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen, sind häufiger übergrosse Koalitionsmehrheiten im Parlament zu erwarten als bei Vorlagen, die dieser Hürde nicht ausgesetzt sind.
- H2:** Mit der zunehmenden politischen Inkongruenz zwischen National- und Ständerat (ausgeprägt seit den Wahlen 2003) ist entweder eine verstärkte Tendenz zu übergrossen Mehrheiten oder ein vermehrtes Scheitern von Vorlagen im Differenzbereinigungsverfahren zu erwarten.

3.2 Rolle parteiideologischer Faktoren

Welche Rolle spielt bei diesen Überlegungen die Komponente des Policy-Seeking (d.h. der Realisierung politischer Programme, die einer bestimmten Werthaltung bzw. Ideologie entsprechen)? Offensichtlich erscheint, dass für das heterogene schweizerische Parteiensystem die Eindimensionalität von Axelrods (1971) Modell zu kurz greift, während dessen Grundgedanke, dass sich in Koalitionen vor allem Parteien bzw. Ratsmitglieder mit ähnlichen (kurzfristigen) politischen Zielen¹⁶ versammeln, ein wichtiges Element darstellt. Letzteres legen auch die empirischen Resultate der Studien von Lüthi et al. (1991) und Lanfranchi/Lüthi (1999) nahe. Da das schweizerische Parlament unabhängig von der Regierung agiert, dient die Freiheit zu wechselnden Koalitionsmustern für die mehrdimensionale Ausrichtung der Parteienlandschaft als notwendiger Spielraum, dessen Nutzung ohne unmittelbare Auswirkung auf die Regierungsstabilität bleibt. Die genannten empirischen Studien sehen für die Zeit bis Ende der 1990er Jahre die bürgerliche Dreierkoalition zwischen CVP, FDP und SVP als „Regelfall“, während es jedem Partner erlaubt ist, bei ideologischen Überlappungen (aufgrund der genannten Mehrdimensionalität des Parteiensystems) auch eine Koalition mit der links-grünen Ratsseite einzugehen. Eine leicht abgewandelte Hypothese nach dem Grundgedanken von Axelrod (1971) wäre somit:

¹⁶ Die Beschränkung auf kurzfristige Zielübereinstimmung schliesst auch „unheilige Allianzen“ als Koalitionsform mit ein, da sich die Koalitionspartner in einem solchen Fall in der kurzfristigen Verhaltensweise - der gemeinsamen Befürwortung oder Ablehnung einer Vorlage - einig sind. Dies stellt insofern kein Problem für die Analyse dar, als dass sich die ansonsten vorhandenen Unterschiede in Bezug auf die langfristigen Ziele im unterschiedlichen Stimmverhalten bei anderen Vorlagen zeigt.

H3: Die Muster der Koalitionsbildung fallen themenspezifisch stabil aus, d.h. dass innerhalb der Themenbereiche wechselnde Koalitionsmehrheiten sehr viel seltener sind als über alle Vorlagen hinweg betrachtet.

Die Anschlussfrage lautet, bei welchen Themen welche Koalitionen erwartet werden können bzw. welche Parlamentsfraktionen bei welchen Themenbereichen ideologische Gemeinsamkeiten aufweisen und aus diesem Grund zusammenspannen. Diese Frage kann sowohl deduktiv (z.B. über einen Bezug zu den Ergebnissen der bisherigen schweizerischen Konfliktlinienforschung) als auch induktiv-explorativ über die Auswertung von Parlamentsabstimmungen angegangen werden. Den zweiten Weg schlug Jegher (1999) ein, die anhand von 89 namentlichen Abstimmungen der Jahre 1995 bis 1997 die Frage der Themenabhängigkeit der Koalitionsbildung untersuchte. Die Autorin fand folgende Ergebnisse, die aufgrund der geringen Fallzahlen jedoch statistisch auf unsicherer Basis stehen: In den Politikfeldern „Staatsordnung“, „Wirtschaft“ sowie etwas abgeschwächt auch bei Finanzfragen zeigten sich in den Koalitionen die klassischen Gegensätze zwischen der linken und der rechten Ratsseite, während die Sozialpolitik und teilweise auch Infrastrukturvorhaben stärker von Koalitionen geprägt waren, in denen die Mitteparteien mit der linken Seite zusammenspannten.

Koalitionstheoretisch interessant ist die Beobachtung von Hermann/Leuthold (2003), dass die SVP trotz erstarkter Position seit Mitte der 46. Legislaturperiode weniger Abstimmungen gewinnen konnte und die bürgerlichen Parteien im Zentrum zunehmend mit dem linken Lager Koalitionen zu suchen begannen (vgl. Abschnitt 3.1). Eine theoretische Erklärung hierfür bietet der Koalitionsansatz von Crombez (1996), der ein Zusammenspannen von ideologisch nicht sehr nahe stehenden, aber inhaltlich „moderaten“ Parteien dann als wahrscheinlich erachtet, wenn die grösste Partei im Parlament ideologisch „extreme“ Positionen einnimmt. Übertragen auf die Verhältnisse im schweizerischen Parlament, wo weniger die Bildung und Stützung der Regierung, sondern eher die erfolgreiche Mehrheitsbildung von Vorlage zu Vorlage im Zentrum steht, kann man daher folgende verallgemeinerte Hypothese formulieren:

H4: Das Erstarren der grossen Parteien an den politischen Polen führt zu einer höheren Misserfolgsrate dieser Parteien in denjenigen Politikbereichen, in denen sie nach Auffassung der übrigen Parteien nicht kompromissfähige Positionen einnehmen.

3.3 Rolle von Stimmentausch und Porkbarrel-Politik

Neben institutionellen und ideologischen Faktoren können auch Logrolling-Prozesse als mögliche Erklärung für das parlamentarische Koalitionsverhalten herangezogen werden. Dies wird hier mit Rückgriff auf die Mechanismen der in Abschnitt 2.4 beschriebenen Porkbarrel-Politik gemacht, die für regional wirksame zentralstaatliche Ausgabenprogramme ein Koalitionsverhalten jenseits von Parteizugehörigkeit oder institutionellen Überlegungen postuliert. Stattdessen steht die Begünsti-

gung des eigenen Wahlkreises im Vordergrund. Porkbarrel-Politik ist somit vor allem bei Vorlagen zu erwarten, die nicht allen Landesregionen bzw. Kantonen einen (zumindest potenziell) gleichmässigen Nutzen versprechen, bzw. wenn regional- und kantonspezifische Ansprüche in einem Stimmentausch-Prozess solange ausbalanciert werden, bis das Erreichen der Parlamentsmehrheit gesichert erscheint.

Die Relevanz von Porkbarrel-Politik und Stimmentausch in der Schweizer Politik kann am offensichtlichsten an Beispielen aus dem Infrastrukturbereich demonstriert werden. So liegt es nahe, den Entscheid zum Bau von zwei NEAT-Röhren durch Gotthard und Lötschberg als eine Folge von Logrolling und wahlkreisspezifischen Rücksichtnahmen einzustufen. Ebenso dürfte der Entscheid des Parlaments zu den Bauvorhaben im Bereich der Hochgeschwindigkeitsverbindungen der Bahn, wo Ost- und Westschweiz gleichermaßen begünstigt wurden, einen Logrolling-Bezug aufweisen. Ähnliches könnte bei der vor einigen Jahren erfolgten Standortauswahl für die beiden neu geschaffenen Bundesgerichtsabteilungen in St.Gallen und Bellinzona vermutet werden. Diese Beispiele, von denen sich vor allem im Investitions- und Subventionsbereich viele finden lassen, begründen die starke Vermutung, dass die Mehrheitsbildung in der Bundesversammlung nicht nur institutionellen oder parteiideologischen Motiven folgt, sondern hin und wieder Koalitionen auch mit Blick auf die elektorale „Heimbasis“ geschmiedet werden.

Porkbarrel-Politik bezieht sich definitionsgemäss auf regional- bzw. wahlkreisspezifische Interessen der Ratsmitglieder, welche sonstige ideologische bzw. parteispezifische Präferenzen zu überspielen vermögen. Diese Sichtweise ist für die schweizerische Politik nicht neu, sondern wurde für die Mitglieder in kantonalen Parlamenten von Vatter (1994) bereits einmal diskutiert. Er kam zum Schluss, dass wahlkreisspezifische Ansprüche das Stimmverhalten von kantonalen Parlamentariern vor allem dann beeinflussen konnten, wenn es sich dabei um Infrastrukturprojekte (regional wirksame Ausgabenprogramme) handelte.

In Bezug auf die Logrolling-Theorie und in Verbindung mit dem Porkbarrel-Politik-Ansatz kann folgende Hypothese formuliert werden:

- H5:** Bei zentralstaatlichen Ausgabenprogrammen mit regionalspezifischen Bezügen folgt die Koalitionsbildung vermehrt einem Logrolling-Verfahren, in welchem die regionale Herkunft der Ratsmitglieder parteiideologische Merkmale überdeckt.

Da sich die vorliegende Studie auf das Koalitionsverhalten von Fraktionen bezieht, die Überprüfung der Hypothese H5 hingegen den Einbezug des individuellen Stimmverhaltens der einzelnen Ratsmitglieder verlangt, wird die Hypothese im nachfolgenden empirischen Kapitel nur darauf hin untersucht, ob sich allgemeine Hinweise auf Logrolling finden lassen. Eine tiefer greifende Beschäftigung mit dem Logrolling-Phänomen im schweizerischen Kontext bleibt somit Gegenstand der zukünftigen Forschung.

4. Empirische Auswertungen

4.1 Vorbemerkungen zum Datenbestand und den nachfolgenden Auswertungen

Die Studie analysiert erstmals den gesamten elektronisch verfügbaren Datensatz aller im Nationalrat durchgeführten Abstimmungen. Dies umfasst den Zeitraum von November 1996 bis Oktober 2005 und schliesst sowohl namentliche als auch nicht-namentliche Abstimmungen ein. Die Studie schliesst dadurch eine bedeutende Forschungslücke der schweizerischen Parlamentsforschung, da bisher über das Stimm- und Koalitionsverhalten ausserhalb des Bereichs der namentlichen Abstimmungen kaum systematisch aufbereitete Informationen vorhanden waren. Mit guten Grund konnte von statistisch signifikanten Verzerrungen in namentlichen Abstimmungen ausgegangen werden, was sich in wissenschaftlichen Studien denn auch bestätigt hat (Schwarz 2005; Hug 2005; Carrubba et al. 2004; VanDoren 1990). Die Untersuchung von Schwarz (2005) stellte insbesondere folgende Unterschiede fest:

- Die *Fraktionsgeschlossenheit* erwies sich in namentlichen Abstimmungen höher als wenn alle Abstimmungen in Betracht gezogen werden. Besonders deutlich zeigte sich dieser Effekt bei CVP und FDP, während er bei SP und GP in geringerem Ausmass und bei der SVP gar nicht festgestellt werden konnte.
- Namentliche Abstimmungen decken die *Politikfelder* ungenügend ab, indem v.a. aussenpolitische und verkehrspolitische Themen überrepräsentiert sind, während finanz- und wirtschaftspolitische Fragen zu kurz kommen.
- Namentliche Abstimmungen zeichnen vom Nationalrat ein konsensuelleres Bild als es in Wirklichkeit vorherrscht. Insbesondere die *politische Distanz* zwischen den klassischen Parteiblöcken (d.h. CVP, FDP und SVP auf der einen Seite und SP/GP auf der anderen) wird in namentlichen Abstimmungen unterschätzt.

Der von den Parlamentsdiensten zur Verfügung gestellte Datensatz wurde am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern von Fehleinträgen bereinigt und validiert, so dass für die Untersuchung des Koalitionsverhaltens auf einen verlässlichen Datenbestand zurück gegriffen werden konnte. Da vom elektronischen Abstimmungssystem jedoch nur erfasst werden kann, was im Nationalratssaal tatsächlich zur Abstimmung gelangt, sind zwei Einschränkungen anzubringen: Einerseits sind zur Frühjahrssession 2001, die in Lugano stattfand, keine Abstimmungsdaten vorhanden, andererseits wird im Ratsbetrieb über unbestrittene Anträge bzw. Vorlagen in der Regel keine formelle Abstimmung durchgeführt.¹⁷ Zu diesen „Beschlüssen“ finden sich ebenfalls keine Einträge in der elektronischen Datenbank.

¹⁷ Aufgrund Art. 78 Abs. 4 Parlamentsgesetz (ParlG); dies betrifft nicht Gesamt- und Schlussabstimmungen sowie Abstimmungen zur Ausgabenbremse und zur Dringlichkeitserklärung.

Die nachfolgenden Tabellen und Grafiken sind in aller Regel selbsterklärend bzw. werden im Lauf-text erläutert und interpretiert. Im Text wird jeweils auch auf die angewandte Koalitionsdefinition Bezug genommen. Die beiden Buchstaben „N“ bzw. „n“ bezeichnen jeweils die Gesamtzahl (N) bzw. die Teilmenge (n) der einbezogenen Abstimmungen. Wo in der Tabellen- bzw. Abbildungs-überschrift nichts anderes angegeben ist, beziehen sich die Illustrationen auf sämtliche Abstimmungen in der Periode November 1996 bis Oktober 2005.

4.2 Deskriptive Auswertungen

4.2.1 Fallzahlen

Der Gesamtdatensatz umfasst 7'997 nationalrätliche Abstimmungen (vgl. Tabelle 4-1). Dies entspricht durchschnittlich 886 Abstimmungen pro Jahr. Da sich die Untersuchungsperiode ungleichmässig über die drei Legislaturperioden verteilt, entfallen unterschiedliche Anteile auf die drei Wahlperioden: rund 35 Prozent der Abstimmungen entstammen den drei Untersuchungsjahren aus der 45. Legislaturperiode (November 1996 bis Oktober 1999) und knapp 41 Prozent den vollen vier Jahren der 46. Legislaturperiode (bis Oktober 2003). Die restlichen rund 24 Prozent der Abstimmungen gehören zu den beiden Jahren aus der 47. Legislaturperiode (bis Oktober 2005).

Die namentlichen Abstimmungen – d.h. die Gruppe der Abstimmungen, bei denen das individuelle Stimmverhalten der Nationalratsmitglieder veröffentlicht wird – machen rund einen Drittel aller elektronisch erfassten Abstimmungen aus. Mit anderen Worten: in rund zwei Dritteln aller Abstimmungen blieb bislang das individuelle Stimmverhalten aufgrund der Bestimmungen des nationalrätlichen Geschäftsreglements (GRN) unveröffentlicht.

Unter den namentlichen Abstimmungen kommen knapp 42 Prozent auf Verlangen von mindestens 30 Nationalratsmitgliedern zustande. Der grössere Rest (58 Prozent) betrifft die Gruppe der automatisch publizierten namentlichen Abstimmungen (Gesamt- und Schlussabstimmungen, Dringlichkeitsabstimmungen sowie seit Dezember 2003 auch die Abstimmungen zur Überwindung der Ausgabenbremse).

Die 7'997 Abstimmungen sind mit insgesamt 1'649 Parlamentsgeschäften verbunden, d.h. im Durchschnitt fanden pro Geschäft 4.8 Abstimmungen statt, wobei diese Zahl zwischen den Legislaturen erheblich variiert (von 4.0 bis 5.5).

Tabelle 4-1 Fallzahlen im Untersuchungsdatensatz

	45.-47. Leg. (Nov.96-Okt.05)	45. Leg. (Nov.96-Okt.99)	46. Leg. (Dez.99-Okt03)	47. Leg. (Dez.03-Okt.05)
Anz. Abstimmungen				
- insgesamt	7'997	2'789	3'262	1'946
- Spalten-%	100.0	34.9	40.8	24.3
- ø pro Jahr	886	930	816	973
Anzahl namentliche Abstimmungen				
- insgesamt	2'691	937	1'179	575
- ø pro Jahr	299	312	295	288
- in % aller Abstimmungen	33.7	33.6	36.1	29.5
Anzahl namentliche Abstimmungen auf Verlangen *				
- insgesamt	1'126	373	493	260
- ø pro Jahr	125	124	123	130
- in % aller namentl. Abstimmungen	41.8	39.8	41.8	45.2
Anzahl betroffene Geschäfte				
- insgesamt	1'649	505	823	371
- ø Anz. Abstimmungen / Geschäft	4.8	5.5	4.0	5.2

* Namentliche Abstimmungen, die nicht einer der folgenden Kategorien angehören: Gesamt- und Schlussabstimmungen, Abstimmungen über die Dringlichkeitserklärung sowie seit Inkrafttreten des neuen Geschäftsreglements am 1. Dezember 2003 auch Abstimmungen zur Überwindung der Ausgabenbremse.

4.2.2 Fraktionen

In der nachfolgenden Tabelle 4-2 sind die Fraktionen der 45. bis 47. Legislaturperiode aufgeführt, zusammen mit der Anzahl Sitze, die sie im Nationalrat gehalten haben bzw. immer noch halten. Es zeigt sich die stetig abnehmende Zahl der Fraktionen, die innerhalb der Untersuchungsperiode von neun auf sechs gesunken ist. Bedeutungsvoll ist auch die Frage nach der internen Heterogenität der Fraktionen, was deren parteimässige Zusammensetzung anbelangt. Den grösseren, durch eine einzige Parteifamilie geprägten Fraktionen (CVP, FDP, GP, SP und SVP) stehen kleine, selten mehr als fünf Mitglieder zählende und meist durch Einzelvertreter unterschiedlicher Parteien gebildete Fraktionen gegenüber (im Sinne von „Zweckbündnissen“, um in den Genuss der Vorteile des Fraktionsstatus zu gelangen). Eine Ausnahme unter diesen kleinen Fraktionen bildet diejenige der Liberalen Partei (LPS), deren Vertreter bis Ende der 46. Legislaturperiode aus eigener Kraft Fraktionsstatus erreichten und seither Teil der FDP-Fraktion bilden. Für die Analyse des Koalitionsverhaltens macht es nur Sinn, den Blick auf die grösseren Fraktionen (plus teilweise die LPS-Fraktion) zu richten. Die anderen Fraktionen stellen zu kleine, zu heterogen und instabil zusammengesetzte Gruppen dar, als dass man über ihr Koalitionsverhalten statistisch verlässliche und inhaltlich sinnvolle Aussagen machen könnte.

Tabelle 4-2 Fraktionen im Nationalrat (November 1996 bis Oktober 2005)

	Verwendete Abkürzung ¹⁸	Anzahl Sitze pro Leg.			Beteiligte Partei(en) und Einzelpersonen
		45.	46.	47.	
Christlichdemokratische Fraktion	CVP	34	35	28	CVP; bis 31.12.98 inkl. CSP-NR H. Fasel)
Freisinnig-demokratische Fraktion	FDP	45/44	43/42	40	FDP; seit 47. Legislatur inkl. LPS
Grüne Fraktion	GP	10/11	10	15/14	GP; seit 1.1.1999 inkl. CSP-NR H. Fasel; seit 47. Legislatur inkl. SGA-NR J. Lang; 1.12.03 bis 18.8.04 inkl. GLP-NR M. Bäumle
Liberale Fraktion	LPS	7	6	-	LPS
Sozialdemokratische Fraktion	SP	58/57	53/52	52	SP; 45.-46. Legislatur bis 4.10.01 inkl. PdA-NR J. Spielmann
Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	SVP	29-31	44/45	56	SVP; seit 47. Legislatur inkl. Lega
Demokratische Fraktion ¹⁹	-	5/0	-	-	SD, Lega und FDP-NR M. Pini
Fraktion der Freiheits-Partei der Schweiz	-	6-9	-	-	FPS und seit Dez. 1998 Lega/SD
LdU/EVP-Fraktion	-	5/6	-	-	LdU, EVP
Evangelische und Unabhängige Fraktion	-	-	5	-	EVP, EDU und parteiloser bzw. FF-NR FDP. Wiederkehr
EVP-EDU Fraktion	-	-	-	5	EVP, EDU
ohne Fraktionszugehörigkeit	-	4/1	4/5	4/5	

4.2.3 Abstimmungs- und Geschäftstypen

Aufgeschlüsselt nach den unterschiedlichen Abstimmungstypen zeigt sich, dass Abstimmungen innerhalb der Detailberatungsphase mit knapp 59 Prozent den Hauptanteil ausmachen; erst mit grossem Abstand folgen auf den nächsten Plätzen die Gesamt- und Schlussabstimmungen mit rund 13 bzw. 6 Prozent (vgl. Tabelle 4-3, linke Seite). Da der Abstimmungstypus von den Parlamentsdiensten nicht erfasst wird, stellt die hier erfolgte Einteilung das Ergebnis einer nachträglich computergestützt durchgeführten Codierung dar, die sich möglichst nahe an den Kategorien des Parlamentsgesetzes orientiert. Geringfügige Abweichungen sind aber nicht auszuschliessen.

¹⁸ Es werden hier die allgemein gebräuchlichen Abkürzungen der Parteien verwendet, die sich von den offiziellen Abkürzungen der Parlamentsdienste unterscheiden. Fraktionen, die in der Studie nicht berücksichtigt sind, werden keine eigenen Kürzel zuge-
teilt.

¹⁹ Bis 18. Dezember 1998.

Einfacher als bei den Abstimmungskategorien gestaltet sich die Einteilung der Geschäftstypen, da auf entsprechende Angaben im Originaldatensatz zurückgegriffen werden konnte. Den grössten Anteil bilden die vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte²⁰ mit rund 39 Prozent, gefolgt von den Motionen (27.3 Prozent) und den Parlamentarischen Initiativen (20.7 Prozent). Der Gesamtanteil von denjenigen Geschäften, die direkt vom Parlament ausgehen (insbesondere Parlamentarische Initiativen, Motionen und Postulate), beträgt gegen 60 Prozent. Darin enthalten sind nur Geschäfte, über die mindestens eine vom elektronischen Abstimmungssystem erfasste Abstimmung durchgeführt wurde (was sich insbesondere bei der Zahl der Interpellationen auswirkt, über die nur auf Ratsbeschluss hin eine nachträgliche Diskussion stattfindet).

Tabelle 4-3 Häufigkeiten nach Abstimmungs- und Geschäftstypen

Abstimmungstypen	Anzahl	in %	Geschäftstypen	Anzahl	in %
Abschreibung	10	0.1	Erklärung	1	0.1
Ausgabenbremse	275	3.4	Geschäft des Bundesrats	644	39.1
Detailberatung	4'703	58.8	Geschäft des Parlaments	5	0.3
Diskussionsantrag	39	0.5	Interpellation	39	2.4
Dringlichkeitserklärung	29	0.4	Motion	450	27.3
Eintreten	194	2.4	Parlamentarische Initiative	341	20.7
Folge geben ²¹	261	3.3	Petition	14	0.8
GesamtAbstimmung	1'015	12.7	Postulat	122	7.4
Immunität aufheben	4	0.1	Standesinitiative	33	2.0
Motion ²²	470	5.9	Total	1'649	100.0
Ordnungsantrag	162	2.0			
Petition	14	0.2			
Postulat	122	1.5			
Rückweisungsantrag	187	2.3			
Schlussabstimmung	492	6.2			
Total	7'997	100.0			

²⁰ Vom Bundesrat eingebrachte Geschäfte müssen nicht notwendigerweise auf die Initiative von Bundesrat und Verwaltung zurückgehen (z.B. wenn der Bundesrat aufgrund einer Motion oder eines Postulats dem Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet). Die gebräuchlichen Bezeichnungen „Bundesratsgeschäft“ bzw. „Geschäft des Bundesrats“, die sich u.a. in der Curia Vista-Geschäftsdatenbank der Parlamentsdienste finden und auch in den tabellarischen Darstellungen im vorliegenden Bericht verwendet werden, können daher irreführend wirken.

²¹ Im Rahmen von Parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen.

²² Dass 470 Abstimmungen zu Motionen stattfanden, aber nur 450 Motionen als Geschäfte verzeichnet sind, liegt daran, dass auch Abstimmungen wie z.B. die Überweisung einer Motion als Postulat unter diese Abstimmungskategorie fallen. Aus diesem Grund sind in dieser Kategorie mehr Abstimmungen als Geschäfte zu verzeichnen.

4.2.4 Politikbereiche

Über welche Themen wird im Nationalrat beraten? Zur Klärung dieser Frage wird auf ein System von 20 thematischen Deskriptoren zurückgegriffen, das von den Parlamentsdiensten im Rahmen des offiziellen Thesaurus der Curia Vista-Datenbank angewandt wird (basierend auf dem „Helvetosaurus“-Schlagwortverzeichnis²³). Die thematischen Begriffe beziehen sich immer auf das Gesamtgeschäft und nicht auf die einzelne Abstimmung (d.h. dass beispielsweise Abstimmungen zum Bundesbudget gesamthaft unter der Kategorie „Finanzwesen“ laufen). Die thematischen Kategorien waren ursprünglich nur für Geschäfte erhältlich, die nach Oktober 2000 eingereicht wurden. Um eine einheitliche Basis für den gesamten Datensatz herzustellen, sind die zwischen November 1996 und Oktober 2000 behandelten Geschäfte mit Hilfe eines computerunterstützten Verfahrens nachcodiert worden.

Parlamentsgeschäfte sind selten monothematisch; einem Geschäft werden in der Regel zwei bis drei Politikfelder zugeordnet. Die untenstehende Tabelle stellt die Häufigkeiten der 20 Politikbereiche sowohl in Bezug zur Anzahl der Geschäfte als auch zur Anzahl der Abstimmungen dar. Im Durchschnitt werden jedem Geschäft zwei Themenbereiche zugeordnet, während es pro Abstimmung im Schnitt 2.4 Themenbereiche sind. Da jede Einzelabstimmung dieselben Deskriptoren wie das Gesamtgeschäft zugeordnet erhalten hat, bedeutet dies, dass zu Geschäften mit mehreren zugeordneten Politikbegriffen in der Regel mehr Abstimmungen stattfinden. Dies ist plausibel, da es sich bei solchen Geschäften häufig um umfangreichere Vorlagen handelt.

Es zeigt sich, dass der mit 13.1 Prozent meist verwendete Deskriptor der Begriff „Finanzwesen“ ist. Dieses Politikfeld wurde zudem knapp 26 Prozent aller Geschäfte zugeordnet. Nimmt man die einzelnen Abstimmungen als Basis, so sind es gar ca. 36 Prozent, die (unter anderen) dem Finanzwesen zugeordnet wurden. Dies ist nicht erstaunlich, da einerseits der gesamte Budgetprozess mit zahlreichen Abstimmungen in der Detailberatungsphase darin enthalten ist und andererseits auch andere Vorlagen oft eine starke finanzpolitische Komponente aufweisen, was mit dem entsprechenden Deskriptor vermerkt wird. Relativ breit angewandt werden auch die Kategorien „Wirtschaft“, „Recht“, „Politischer Rahmen“ (d.h. im Wesentlichen Vorlagen staatspolitischen Inhalts) sowie „Soziale Fragen“. Am anderen Ende der Skala rangieren die Begriffe „Energie“, „Kultur und Religion“, „Raumplanung/Wohnungswesen“, „Europapolitik“ sowie „Wissenschaft/Forschung“. Jeweils weniger als vier Prozent aller Geschäfte sind einem dieser Politikbereiche zugeordnet.

²³ Die Begriffsstruktur des Helvetosaurus ist abrufbar unter:
http://www.parlament.ch/afs_intra/forms/thesaurus/index_d.html?textfield=f_thesaurus_1_text_opt&idfield=f_thesaurus_1

Tabelle 4-4 Häufigkeiten nach Politikbereichen (in Bezug zu Geschäften und Abstimmungen)

Politikbereich (offiz. Code)	Anz. Nennungen in den Geschäften		Anteil betr. Geschäfte	Anzahl Nennungen in den Abstimmungen		Anteil betr. Abstimm.
	n	in %	in %	n	in %	in %
Politischer Rahmen (04)	311	9.6	18.9	1'942	10.2	24.3
Parlament (0421)	81	2.5	4.9	294	1.5	3.7
Internationale Politik (08)	184	5.7	11.2	573	3.0	7.2
Sicherheitspolitik (09)	137	4.2	8.3	632	3.3	7.9
Europapolitik (10)	58	1.8	3.5	471	2.5	5.9
Recht (12)	402	12.4	24.4	2'858	15.1	35.7
Wirtschaft (15)	413	12.7	25.0	1'917	10.1	24.0
Finanzwesen (24)	426	13.1	25.8	2'856	15.0	35.7
Soziale Fragen (28)	309	9.5	18.7	1'466	7.7	18.3
Migration, Ausländer- u. Asylpol. (2811)	78	2.4	4.7	567	3.0	7.1
Kultur und Religion (2831)	46	1.4	2.8	138	0.7	1.7
Gesundheit (2841)	125	3.9	7.6	596	3.1	7.5
Raumplanung/Wohnungswesen (2846)	57	1.8	3.5	565	3.0	7.1
Bildung (32)	77	2.4	4.7	491	2.6	6.1
Medien/Kommunikation (34)	84	2.6	5.1	631	3.3	7.9
Wissenschaft/Forschung (36)	60	1.9	3.6	471	2.5	5.9
Verkehr (48)	172	5.3	10.4	827	4.4	10.3
Umwelt (52)	108	3.3	6.5	563	3.0	7.0
Landwirtschaft (55)	77	2.4	4.7	580	3.1	7.3
Energie (66)	38	1.2	2.3	545	2.9	6.8
Total	3'243	100.0	196.7	18'983	100.0	237.4
			<i>N=1'649</i>			<i>N=7'997</i>

4.3 Analyse der Koalitionsmuster

4.3.1 Fraktionserfolg und Koalitionsfähigkeit

Als Einstieg in die Thematik der Koalitionsanalyse beschäftigt sich dieser Abschnitt mit der Durchsetzungskraft (d.h. dem Erfolg) der einzelnen Fraktionen, vorerst ohne Rücksicht auf die Frage, mit wem die Fraktionen in den Abstimmungen koalieren.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erfolgswerte für die sechs grösseren bzw. intern homogenen Fraktionen über die drei Legislaturperioden dargestellt. Als Erfolg gilt, wenn die absolute Mehrheit der stimmenden Fraktionsmitglieder mit dem Gesamtergebnis der Abstimmung übereinstimmt (d.h. es gelangt das 50%-Kriterium zur Anwendung, wobei als Berechnungsbasis die Summe aus Ja-, Nein- und Enthaltung-Stimmen verwendet wird). Auf den ersten Blick wird ersichtlich, weshalb sich eine vertiefte Analyse des Koalitionsverhaltens lohnt: In der Tabelle zeigt sich nämlich, dass der erzielte Erfolg einer Fraktion nur sehr bedingt mit deren Grösse zusammenhängt. Gerade die gebeutelten Parteien im politischen Zentrum – die CVP, die FDP sowie auch die inzwischen aufgelöste LPS-Fraktion – weisen über alle Legislaturen hinweg die höchsten Erfolgsraten auf. Auf der anderen Seite können die vom Wahlvolk begünstigten Parteien ausserhalb des Zentrums – SP, SVP

und seit 2003 auch wieder die GP-Fraktion – offenbar nicht direkt von ihren Zugewinnen profitieren. Der Schlüssel zu diesem Phänomen muss im unterschiedlichen Koalitionsverhalten der Fraktionen liegen.

Tabelle 4-5 Fraktionserfolg nach Legislaturperiode

	Gesamt	45. Leg.	46. Leg.	47. Leg.
	in %	in %	in %	in %
CVP	90.1	89.9	91.3	88.3
GP	52.8	55.1	52.3	50.1
LPS*	78.1	76.1	79.9	*
FDP	81.4	78.9	82.9	82.6
SP	56.6	57.4	57.4	54.4
SVP	67.0	67.3	66.9	66.8
	<i>N=7'997</i>	<i>N=2'789</i>	<i>N=3'262</i>	<i>N=1'946</i>

* Die LPS-Mitglieder haben sich in der 47. Legislaturperiode der FDP-Fraktion angeschlossen.

Einen ersten allgemeinen Eindruck über die „Koalitionsfähigkeit“ der einzelnen Fraktionen vermitteln die Tabellen 4-6 und 4-7. Als koalitionsfähig wird hier eine Fraktion definiert, wenn sie mit ihrer Mehrheitsposition (50%-Kriterium, vgl. oben) nicht allein dasteht, sondern weitere Fraktionen findet, die sich mehrheitlich ihr anschliessen. Den Gegensatz dazu bildet die isolierte Position, welche in den Tabellen in Prozent aller Abstimmungen dargestellt ist; sie geben somit an, wie häufig eine Fraktion ohne Verbündete dastand.

Tabelle 4-6 stellt die Häufigkeit isolierter Positionsbezüge unter Einschluss aller sechs Fraktionen dar. Unter diesen Bedingungen zeigt sich, dass isolierte Positionen fast ausschliesslich ein SVP-Phänomen darstellen: Nahm die Partei in der 45. Legislaturperiode noch in 5.4 Prozent der Abstimmungen eine isolierte Position ein, stieg der Anteil in der ersten Hälfte der 47. Legislaturperiode auf rund einen Sechstel aller Abstimmungen. Bei den übrigen Fraktionen bewegt sich die Koalitionsfähigkeit auf einem sehr hohen Niveau, wenn auch – mit Ausnahme der SP – mit leicht sinkender Tendenz. Die relativ hohe Koalitionsfähigkeit der beiden Fraktionen im linken politischen Spektrum mag erstaunen, ist jedoch nicht darauf zurück zu führen, dass GP und SP im bürgerlichen Lager gut integriert wären, sondern dass sie gegenseitig häufig koalieren. Auf diese Weise sind sie zwar selten vollständig isoliert, aber dennoch häufig auf verlorenem Posten (vgl. die Erfolgswahrscheinlichkeit in Tabelle 4-5). Eindrücklich zeigt sich dies, wenn man statt der sechs nur die vier Fraktionen der im Bundesrat vertretenen Parteien in die Analyse einbezieht (Tabelle 4-7). Die Isolation der SP-Fraktion unter den Bundesratsparteien fällt nun mit rund 40 Prozent erheblich höher aus, während die Werte von CVP und FDP auf demselben tiefen Niveau wie in Tabelle 4-6 verharren. Die Werte der SVP steigen in dieser Auswertung ebenfalls nochmals leicht an – ein Hinweis auf gelegentliche Koalitionen allein mit der LPS (seltener mit den Grünen).

Tabelle 4-6 Isolierte Positionsbezüge nach Legislatur (sechs Fraktionen)

	Gesamt		45. Legislatur		46. Legislatur		47. Legislatur	
	n	in %	n	in %	n	in %	n	in %*
CVP	49	0.6	19	0.7	14	0.4	16	0.8
GP	140	1.8	45	1.6	53	1.6	42	2.2
LPS*	54	0.9	27	1.0	27	0.8	*	*
FDP	51	0.6	10	0.4	16	0.5	25	1.3
SP	55	0.7	22	0.8	24	0.7	9	0.5
SVP	802	10.0	152	5.4	329	10.1	321	16.5
	N=7'997 (6'051)		N=2'789		N=3'262		N=1'946	

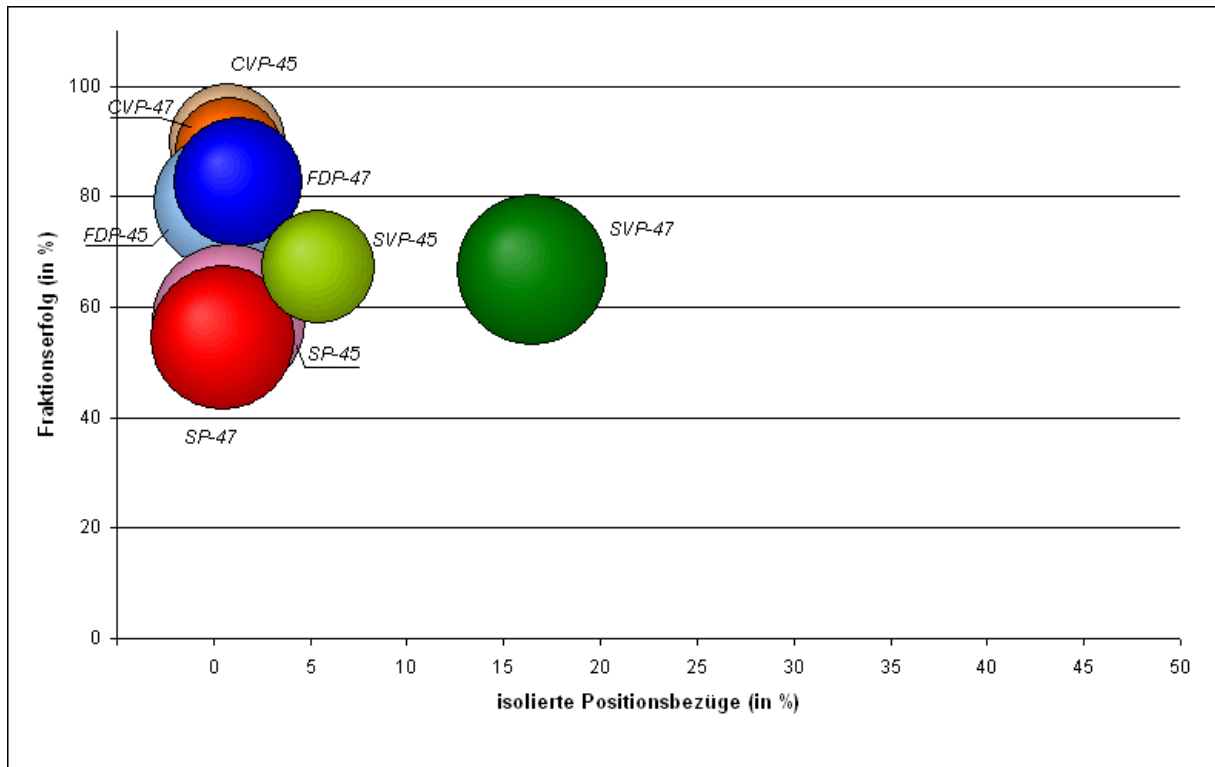
* Die LPS-Mitglieder haben sich in der 47. Legislatur der FDP-Fraktion angeschlossen.

Tabelle 4-7 Isolierte Positionsbezüge nach Legislatur (vier Bundesratsfraktionen)

	Gesamt		45. Legislatur		46. Legislatur		47. Legislatur	
	n	in %	n	in %	n	in %	n	in %*
CVP	92	1.2	36	1.3	35	1.1	21	1.1
FDP	88	1.1	27	1.0	32	1.0	29	1.5
SP	3'169	39.6	1'171	42.0	1'235	37.9	763	39.2
SVP	1'097	13.7	274	9.8	478	14.7	345	17.7
	N=7'997		N=2'789		N=3'262		N=1'946	

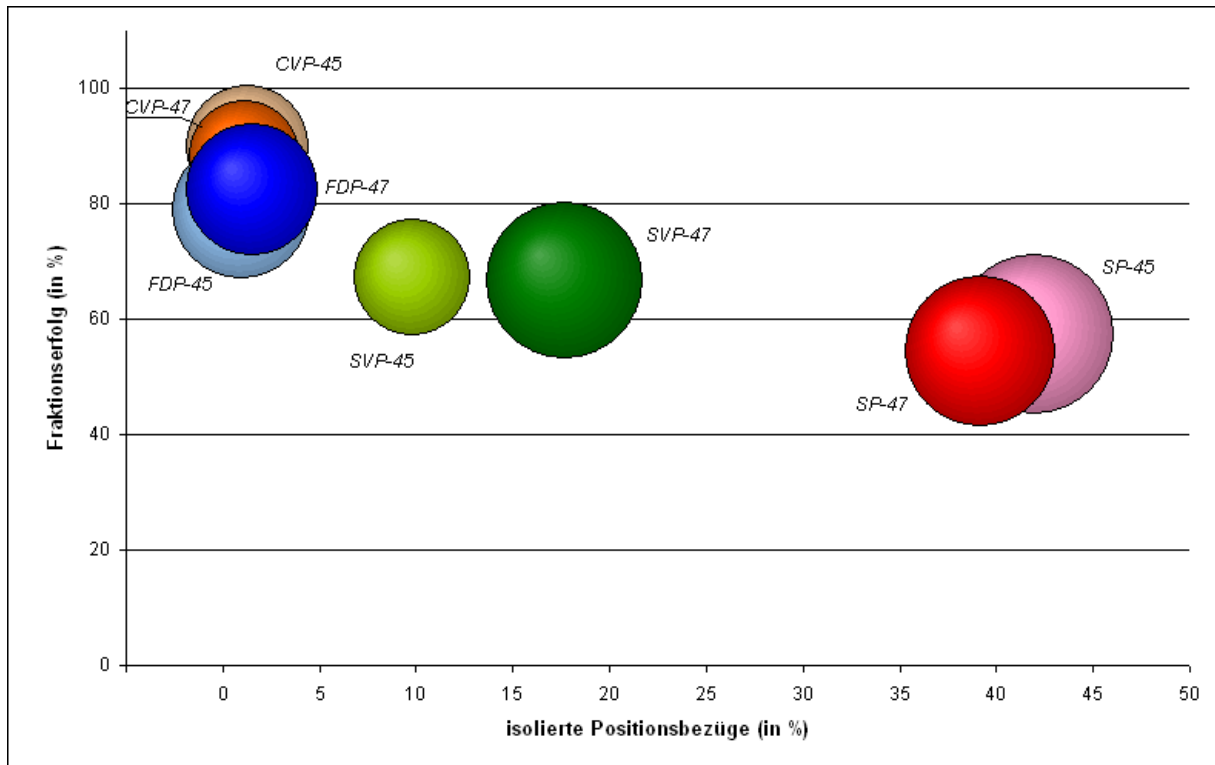
Abbildung 4-1 enthält einen Vergleich zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode in Bezug auf den Fraktionserfolg, den Anteil isolierter Positionsbezüge sowie die Fraktionsgrösse. Die Berechnung der isolierten Position erfolgte auf Basis aller sechs Fraktionen (vgl. Tabelle 4-6), wobei nur die grossen vier (CVP, FDP, SP und SVP) abgebildet sind. Die heller eingefärbten Symbole beziehen sich jeweils auf die 45. Legislaturperiode. Es zeigt sich dabei eindrücklich, dass sich die SVP-Fraktion im Gleichschritt mit der Zunahme der Sitzzahl deutlich vom (bürgerlichen) Konsens abgewandt hat – was ihr in Bezug auf die Erfolgsquote weder genützt noch geschadet hat.

Abbildung 4-1 Nationalratsfraktionen nach Fraktionserfolg, isolierten Positionsbezügen und Fraktionsgrösse (Flächen): 45. und 47. Legislaturperiode im Vergleich (Basis: sechs Fraktionen)



Anders präsentiert sich die Lage in Abbildung 4-2, die denselben Vergleich auf der Berechnungsbasis von vier Bundesratsfraktionen darstellt. Die SP-Fraktion ist unter den Bundesratsparteien eindeutig am häufigsten isoliert in ihren Positionsbezügen, wobei eine leicht abnehmende Tendenz festzustellen ist. Demgegenüber weist wiederum die SVP den grössten Einbruch bei der Koalitionsfähigkeit aus. Auch in dieser Grafik zeigt sich indes, dass zwischen der Entwicklung der Koalitionsfähigkeit und dem Fraktionserfolg kein sichtbarer Zusammenhang besteht. Dasselbe gilt für die Fraktionsgrösse und den Erfolg. Allerdings ist anzumerken, dass das Vertreten kompromissloser Positionen nicht endlos gesteigert werden kann, ohne dass am Ende eine tiefere Erfolgsrate resultiert; die SVP-Fraktion hat diesbezüglich aus ihrer Sicht bisher das Optimum erreicht.

Abbildung 4-2 Nationalratsfraktionen nach Fraktionserfolg, isolierten Positionsbezügen und Fraktionsgrösse (Flächen): 45. und 47. Legislaturperiode im Vergleich (Basis: vier BR-Fraktionen)



4.3.2 Koalitionsmuster nach Legislaturperiode

Analyse ohne Einbezug von Gegenkoalitionen

In dieser Auswertung gelten folgende Koalitionskriterien (vgl. auch Abschnitt 2.1):

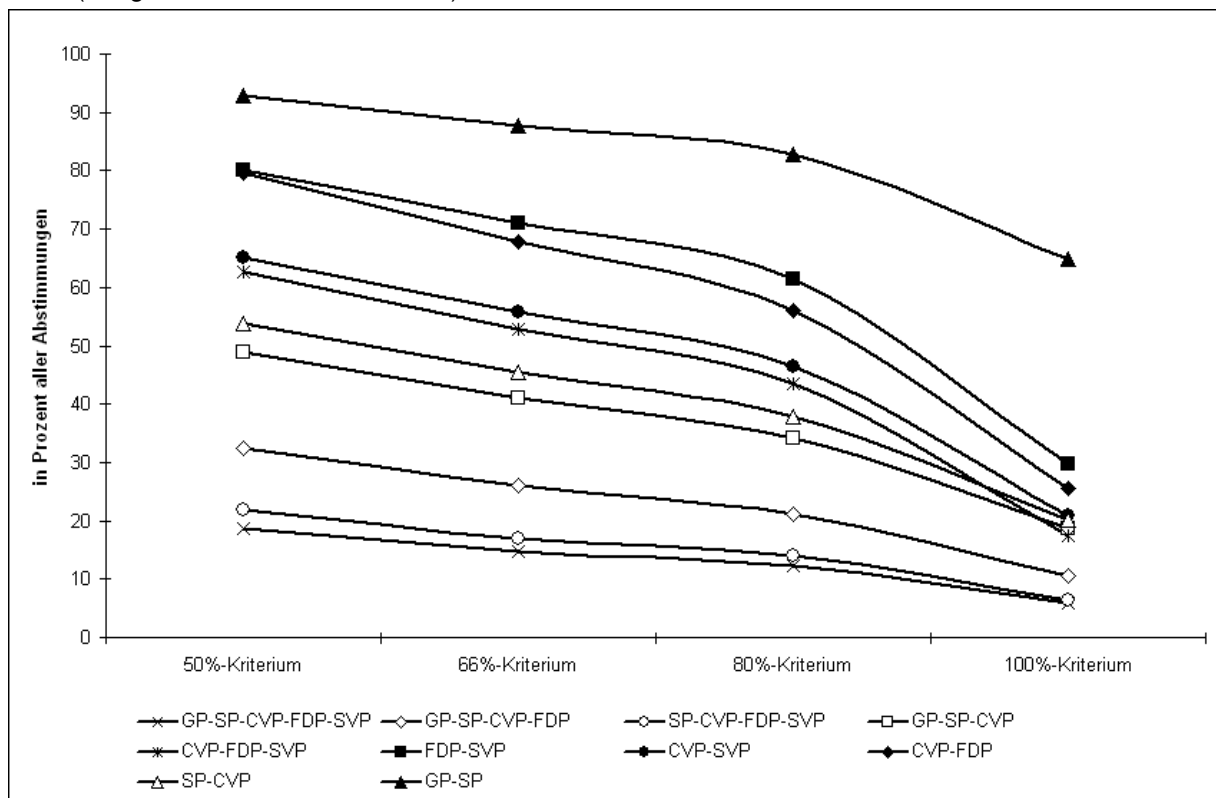
- mindestens zwei Drittel der stimmenden Mitglieder zweier Fraktionen nehmen dieselbe Position ein;
- keine Exklusivität der in Betracht gezogenen Fraktionen (d.h. weitere Fraktionen können ebenfalls dieselbe Position eingenommen haben);
- keine definierten Gegenkoalitionen.

Die Analyse vermittelt ein gutes Bild über die ideologische Distanz zwischen den jeweiligen Koalitionspartnern: je seltener ein bestimmtes Koalitionsmuster auftritt, desto grösser sind die politischen Unterschiede und umgekehrt. Andererseits muss bei der Interpretation der Ergebnisse stets vor Augen gehalten werden, dass sich je nach Koalitionsmuster ein erheblicher Teil der Koalitionsfälle auf unbestrittene Vorlagen zurückführen lässt. Grundsätzlich gilt, je mehr Fraktionen an einer Koalition beteiligt sind, desto höher ist der Anteil unbestrittener Abstimmungen (z.B. Koalitionen mit allen vier Bundesratsparteien beziehen sich fast ausschliesslich auf quasi einstimmige Entscheidungen). Will man diese „Verzerrungen“ ausschliessen, muss auf Koalitionsmuster zurückgegriffen wer-

den, bei denen Koalition und Gegenkoalition gleichzeitig definiert werden (vgl. dazu den Abschnitt „Analyse unter Einbezug von Gegenkoalitionen“).

Interessant ist auch die Frage, wie sich die Zahl der Koalitionsfälle verändert, wenn unterschiedliche Mehrheitskriterien angewandt werden. Das Resultat dieses Vergleichs ist für zehn ausgewählte Koalitionsmuster in der untenstehenden Grafik abgebildet. Es zeigt sich bei allen Koalitionsformationen zwischen dem 50%- und dem 80%-Kriterium ein moderat abnehmender Verlauf der auftretenden Koalitionsfälle. Erst die Anwendung des Einstimmigkeitserfordernisses (100%-Kriterium) führt zu einer erheblichen Reduktion der Fallzahlen, wobei die geringere Wahrscheinlichkeit einstimmiger Ergebnisse unter rein bürgerlichen Konstellationen klar zu Tage tritt (steiler abfallende Kurven als bei den anderen Koalitionsmustern). Hauptgrund hierfür ist die geringere Fraktionsgeschlossenheit im bürgerlichen Lager.

Abbildung 4-3 Auswirkung unterschiedlicher Mehrheitskriterien auf die Anzahl einbezogener Fälle (ausgewählte Koalitionsmuster)



Wie häufig treten die einzelnen Koalitionsfälle auf und welche Veränderungen lassen sich über die Zeit feststellen? Die nachfolgende Tabelle 4-8 stellt in der ersten Doppelspalte die Wahrscheinlichkeit aller 15 möglichen Koalitionsmuster dar, die sich aus zwei Fraktionen zusammensetzen (aufgelistet nach abnehmender Häufigkeit in Bezug auf die gesamte Untersuchungsperiode).

Die Analyse der Koalitionsmuster nach Legislaturperiode überrascht auf den ersten Blick kaum und lässt sich in den folgenden Punkten zusammenfassen: Erstens, Koalitionen bilden sich nach wie

vor weitaus am häufigsten zwischen den Fraktionen aus demselben politischen Lager, d.h. innerhalb des bürgerlichen oder linken Blocks. So finden sich beispielsweise die GP- und die SP-Fraktion in rund 88 Prozent der Abstimmungen mit gegenseitiger Zweidrittelmehrheit, während das am häufigsten auftretende blockübergreifende Koalitionsmuster (zwischen der SP- und CVP-Fraktion) nur in ca. 45 Prozent der Fälle spielt.

Zweitens, die grösste politische Homogenität weist die Koalition der beiden Fraktionen des linken Spektrums auf (GP und SP); bürgerliche Koalitionen arbeiten – mit einer Ausnahme – in 65 bis 75 Prozent der Fälle mit gegenseitiger Zweidrittelmehrheit zusammen. Die Ausnahme betrifft die Koalition zwischen CVP und SVP, die in allen untersuchten Legislaturperioden mit rund 55 Prozent eine markant tiefere Wahrscheinlichkeit als die anderen bürgerlichen Koalitionsformen aufweist; dennoch kommt sie deutlich häufiger vor als die bereits genannte SP-CVP-Koalition.

Interessant ist der Blick auf die Veränderungen der Koalitionsmuster über die drei Legislaturperioden, insbesondere mit Blick auf die politischen Diskussionen der letzten Jahre: Je nach Standpunkt wurde eine zunehmende Nähe der beiden Fraktionen der politischen Mitte zur Linken entweder behauptet (SVP), erhofft (SP und GP) oder bestritten (CVP und FDP). In Bezug auf diese Debatte zeigt die Auswertung das folgende Bild: Erstens, im zeitlichen Verlauf weisen alle bürgerlichen Koalitionsmuster sinkende relative Häufigkeiten auf, was als Ausdruck des zunehmend härter geführten gegenseitigen Abgrenzungsverhaltens im bürgerlichen Lager interpretiert werden kann. Demgegenüber weist die politische Übereinstimmung zwischen den beiden Fraktionen im linken Spektrum trotz des bereits sehr hohen Niveaus weiterhin eine leicht steigende Tendenz auf.

Zweitens, in Bezug auf blockübergreifende Koalitionen hat mit der 47. Legislaturperiode bereits wieder eine Trendwende eingesetzt; war in der 46. Legislaturperiode noch eine leicht höhere Koalitionswahrscheinlichkeit zu vermelden (insbesondere zwischen SP und GP auf der einen und CVP und FDP auf der anderen Seite), so hat sich diese Entwicklung in den ersten beiden Jahren der 47. Legislaturperiode wieder verflüchtigt – allerdings nicht zu Gunsten eines gestärkten bürgerlichen Zusammenhalts, wie bereits gezeigt wurde.

Tabelle 4-8 Koalitionsmuster mit zwei Fraktionen: Häufigkeit nach Legislaturperiode

	Gesamt		45. Leg.		46. Leg.		47. Leg.	
	in %	N	in %	n	in %	n	in %	n
GP-SP	87.7	7'997	87.6	2'443	87.4	2'852	88.4	1'720
FDP-LPS*	75.9	6'051	75.3	2'101	76.5	2'494	*	*
FDP-SVP	71.0	7'997	73.3	2'043	70.3	2'293	69.1	1'344
LPS-SVP*	70.0	6'051	73.2	2'042	67.2	2'191	*	*
CVP-LPS*	68.4	6'051	67.7	1'888	69.1	2'253	*	*
CVP-FDP	67.8	7'997	68.2	1'903	68.3	2'227	66.3	1'290
CVP-SVP	55.8	7'997	59.6	1'663	54.6	1'782	52.2	1'015
SP-CVP	45.4	7'997	43.7	1'219	46.8	1'525	45.7	890
GP-CVP	42.7	7'997	42.3	1'179	43.2	1'409	42.4	825
SP-LPS*	36.9	6'051	32.9	917	40.3	1'315	*	*
GP-LPS*	35.0	6'051	32.1	895	37.4	1'221	*	*
SP-FDP	32.1	7'997	30.0	838	34.3	1'119	31.2	608
GP-FDP	29.5	7'997	29.2	813	30.7	1'000	28.3	550
SP-SVP	20.6	7'997	21.3	595	21.8	710	17.8	346
GP-SVP	19.9	7'997	21.0	585	20.9	681	16.6	324
				N=2'789		N=3'262		N=1'946

* Die LPS-Mitglieder haben sich in der 47. Legislatur der FDP-Fraktion angeschlossen.

Dieses Bild wird auch durch den Blick auf Koalitionsformen mit drei und mehr beteiligten Fraktionen bestätigt, wie die nachstehende Tabelle zeigt. In der 47. Legislaturperiode bildete sich die bürgerliche Dreierkoalition (mit oder ohne weitere Koalitionspartner) erstmals in weniger als der Hälfte der Fälle. Auch die zweithäufigste Dreierkoalition – zwischen GP, SP und CVP – hatte in der 46. Legislaturperiode ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht und ging seither leicht auf 41.4 Prozent zurück. Dasselbe Schicksal ereilte die Koalitionen unter Beteiligung der FDP-Fraktion; diese Koalitionsmuster – darin eingeschlossen die „sozial-liberale“ Koalition aus GP, SP und FDP (plus allfällige weitere Partner) – bildeten sich indes ohnehin eher selten, in nur 25 bis 30 Prozent aller Abstimmungen. Ein grosser Teil davon ist überdies auf praktisch einstimmige Konsensentscheidungen im Nationalrat zurückzuführen, wie der Tabelle 4-9 zu entnehmen ist.

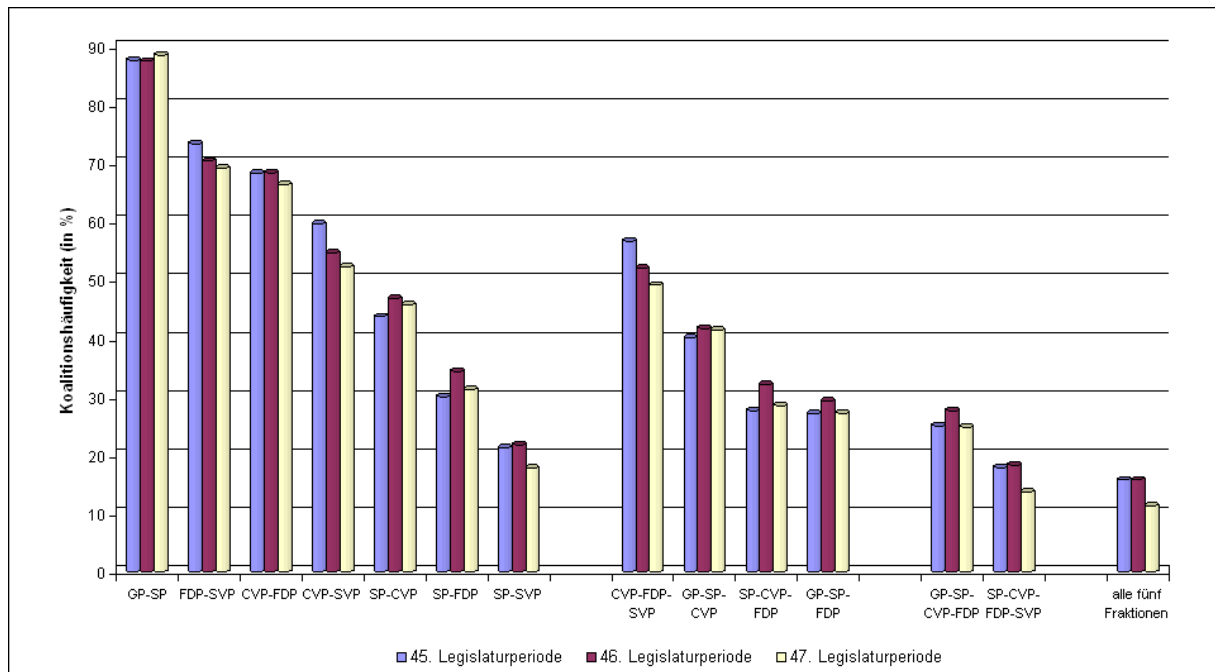
Nähme man das beobachtete Stimmverhalten zum Anlass, aus allen möglichen Koalitionsvarianten unter Beteiligung von vier Parteien die im Nationalrat tragfähigste auszuwählen, dann müsste die Wahl auf GP, SP, CVP und FDP fallen. Dieses Koalitionsmuster bildet sich nämlich in jeder der untersuchten Legislaturperioden häufiger als die bisherige Konkordanzformel aus SP, CVP, FDP und SVP (vgl. Tabelle 4-9). Allerdings sind die Gemeinsamkeiten bei beiden Konstellationen sehr gering und in der Tendenz stark schwindend, wie die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit von 26 bzw. 17 Prozent sowie der deutliche Einbruch bei den Werten für die 47. Legislaturperiode belegen. Insgesamt kann als Fazit gelten, dass vor allem mit dem Beginn der 47. Legislatur das Parlament insgesamt uneiniger geworden ist.

Tabelle 4-9 Ausgewählte Koalitionsmuster mit drei bis fünf Fraktionen: Häufigkeit nach Legislaturperiode

	Gesamt		45. Leg.		46. Leg.		47. Leg.	
	in %	in %	n	in %	n	in %	n	
CVP-FDP-SVP	52.9	56.6	1'579	52.0	1'696	49.1	956	
GP-SP-CVP	41.1	40.1	1'117	41.7	1'361	41.4	806	
SP-CVP-FDP	29.7	27.6	771	32.1	1'048	28.5	555	
GP-SP-FDP	28.0	27.1	755	29.3	957	27.2	530	
GP-CVP-FDP	27.2	26.7	745	28.6	934	25.5	497	
GP-SP-CVP-FDP	26.0	25.0	698	27.6	899	24.8	483	
SP-CVP-FDP-SVP	17.0	17.9	499	18.3	596	13.7	266	
GP-SP-CVP-FDP-SVP	14.7	15.8	440	15.8	515	11.3	219	
	N=7'997		N=2'789		N=3'262		N=1'946	

Die Abbildung 4-4 veranschaulicht zusammenfassend die Abwärtstendenz im Koalitionsverhalten unter den bürgerlichen Fraktionen, während die Entwicklung bei den häufigsten blockübergreifenden Koalitionsmustern zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode in den meisten Fällen noch einen leicht positiven Saldo aufweist. Die Grafik macht auch nochmals deutlich, dass die schweizerische Legislative von einer Funktionsweise mit stabilen Mehrheiten, wie man es aus rein parlamentarischen Systemen gewohnt ist, weit entfernt ist. Diese Erkenntnis gilt nicht nur mit Blick auf die wenigen Gemeinsamkeiten der vier im Bundesrat vertretenen Parteien, sondern ebenso hinsichtlich der häufigsten Mehrheitskoalition zwischen den drei bürgerlichen Fraktionen. Denn auch diese hat sich in allen untersuchten Zeitabschnitten nie häufiger als in knapp 57 Prozent der Fälle gebildet und nahm trotz „rechts-bürgerlicher Mehrheit“ im Bundesrat seit Ende 2003, die unter den linken Parteien die Furcht vor einer kompromissloseren Durchsetzung bürgerlicher Mehrheitspositionen schürte, weiter ab.

Abbildung 4-4 Ausgewählte Koalitionsmuster mit zwei bis fünf Fraktionen: Häufigkeit nach Legislaturperiode



Analyse unter Einbezug von Gegenkoalitionen

Nachfolgend wird die Häufigkeit der Koalitionsmuster unter Einbezug von Gegenkoalitionen analysiert. Um eine allzu starke Reduktion der Fallzahlen zu vermeiden, wird zur Bestimmung von Koalition und Gegenkoalition das 50%-Kriterium angewandt (vgl. Abschnitt 2.1).

Das bisher gezeichnete Bild wird durch die Analyse unter Einbezug von Gegenkoalitionen gestützt. In der nachfolgenden Tabelle bzw. Abbildung sind die markantesten Konstellationen aufgeführt. So zeigt sich unter Einbezug von fünf Fraktionen (die vier Bundesratsparteien und die Grünen), dass das häufigste Muster aus den beiden links-grünen Fraktionen gegen die drei bürgerlichen Fraktionen besteht (betrachtet man nur die vier Bundesratsparteien, dann tritt entsprechend die Konstellation SP gegen CVP, FDP und SVP am häufigsten auf). Von diesem Koalitionsmuster sind rund 40 Prozent der Fälle betroffen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet, bildet die Koalition aus SP und CVP (sowie allenfalls der GP) auf der einen Seite und die Gegenkoalition aus FDP und SVP auf der anderen Seite mit rund 15 Prozent das zweithäufigste Muster. Interessant ist die Entwicklung der Koalitionsmuster, in denen die SVP gegen die restlichen drei bzw. vier Fraktionen angetreten ist. Diese Konstellation hat mit einer Häufigkeit von rund 18 Prozent in der 47. Legislaturperiode erstmals das zuvor erwähnte blockübergreifende Muster überholt.

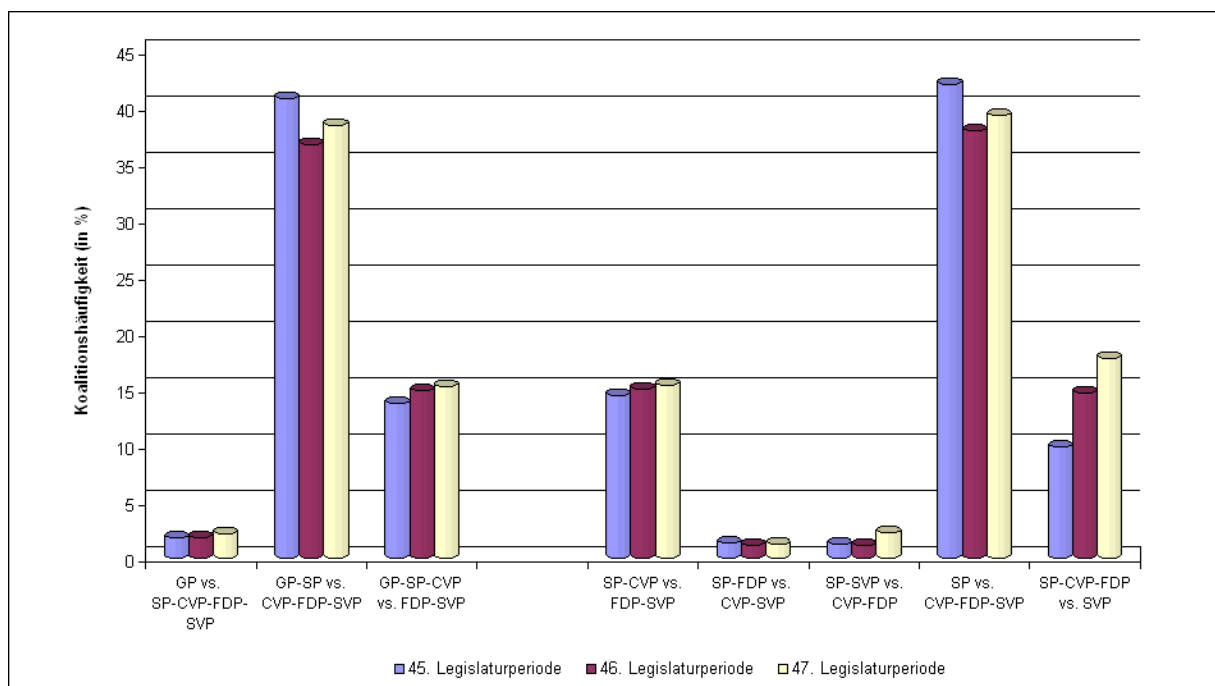
Dass die Mehrheitsbildung im Nationalrat kaum nach den Prinzipien parlamentarischer Systeme funktioniert, zeigt sich am klarsten an der verschwindend geringen Bedeutung, welche die „Regierungskoalition“ aus SP, CVP, FDP und SVP gegenüber der „oppositionellen“ GP-Fraktion besitzt;

was in herkömmlichen parlamentarischen Systemen die häufigste Koalitionsform sein müsste, tritt im Nationalrat in nur ca. zwei Prozent der Fälle auf.

Tabelle 4-10 Ausgewählte Koalitionsmuster mit Gegenkoalition: Häufigkeit nach Legislaturperiode

	Gesamt		45. Leg.		46. Leg.		47. Leg.	
	N	in %	n	in %	n	in %	n	in %
GP vs. SP-CVP-FDP-SVP	151	1.9	49	1.8	60	1.8	42	2.2
GP-SP vs. CVP-FDP-SVP	3'077	38.5	1'136	40.7	1'195	36.6	746	38.3
GP-SP-CVP vs. FDP-SVP	1'161	14.5	381	13.7	484	14.8	296	15.2
SP-CVP vs. FDP-SVP	1'189	14.9	402	14.4	489	15.0	298	15.3
SP-FDP vs. CVP-SVP	96	1.2	36	1.3	37	1.1	23	1.2
SP-SVP vs. CVP-FDP	111	1.4	33	1.2	35	1.1	43	2.2
SP vs. CVP-FDP-SVP	3'169	39.6	1'171	42.0	1'235	37.9	763	39.2
SP-CVP-FDP vs. SVP	1'097	13.7	274	9.8	478	14.7	345	17.7

Abbildung 4-5 Ausgewählte Koalitionsmuster mit Gegenkoalition: Häufigkeit nach Legislaturperiode



4.3.3 Koalitionsmuster nach Geschäftskategorie

Bei der Betrachtung der Koalitionsmuster nach Geschäftstypus lautet eine erste Vermutung, dass die vier Regierungsparteien bei Vorlagen, die vom Bundesrat eingebracht wurden, überdurchschnittlich oft eine gemeinsame Linie finden. Dies kann zumindest teilweise bestätigt werden, auch wenn der Effekt eher gering ausfällt, wie die nachfolgende Tabelle 4-11 zeigt. Im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt über alle Geschäftskategorien hinweg zeigt sich in Bezug auf die vom Bundesrat eingebrachten Vorlagen einzig bei der GP-SP-Koalition eine leicht tiefere Übereinstimmung. Dies kann als Folge der Regierungsbeteiligung der SP gewertet werden.

Der grösste Teil der beobachteten Varianz zwischen den Geschäftskategorien dürfte indes nicht auf die Frage der Regierungsbeteiligung, sondern auf den gesetzgeberischen Charakter der Vorlage zurückzuführen sein. Dies zeigt sich daran, dass bei den meisten Koalitionsmustern eine höhere relative Häufigkeit zu verzeichnen ist, wenn vom Bundesrat eingebrachte Geschäfte oder Parlamentarische Initiativen zur Abstimmung stehen (im Gegensatz zu den Motionen und Postulaten). Daraus lässt sich schliessen, dass Vorlagen, die ein vorparlamentarisches Verfahren (z.B. ein Vernehmlassungsverfahren oder eine verwaltungsinterne Ämterkonsultation) und/oder die Vorbereitungsphase in der zuständigen Parlamentskommission durchlaufen haben, im Parlament auf einen höheren Konsensgrad stossen als „ungeschliffene“ parlamentarische Vorstösse. Bei letzteren wird deutlich, dass sie sehr viel stärker zur Profilierung und Abgrenzung der grundsätzlichen parlamentarischen Lager (insbesondere Bürgerliche vs. Linke) genutzt werden, als dies bei den Parlamentarischen Initiativen und Bundesratsvorlagen der Fall ist. So weist sowohl die Koalition aus GP und SP als auch diejenige aus FDP und SVP eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, wenn Motionen und Postulate zur Abstimmung stehen. Die CVP-Fraktion entzieht sich diesem allgemeinen Muster, indem sie sowohl gegenüber FDP und SVP als auch gegenüber den beiden linken Fraktionen bei Motionen und Postulaten eine markant tiefere Koalitionshäufigkeit aufweist.

Die Frage, weshalb sich eine Parallelität der Koalitionshäufigkeiten bei den Parlamentarischen Initiativen und den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften zeigt, kann mit der Zusammensetzung der Abstimmungen erklärt werden: Mehr als die Hälfte der Abstimmungen zum Geschäftstyp „Parlamentarische Initiative“ betrifft die Detailberatung sowie Gesamt- und Schlussabstimmungen. Das heisst, dass sich in diesen Fällen der Rat bereits grundsätzlich positiv zur Ausarbeitung einer eigenen Gesetzesvorlage geäussert hat und die zuständige Kommission die definitive Vorlage im Rahmen eines vorgelagerten Ausgleichsprozesses diskutiert und formuliert hat – oft in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verwaltungsstellen. Diese Abstimmungen stehen somit auf einer ähnlich soliden Basis wie die Abstimmungen zu den vom Bundesrat selbst eingebrachten Geschäften.

Tabelle 4-11 Ausgewählte Koalitionsmuster: Häufigkeit nach ausgewählten Geschäftskategorien

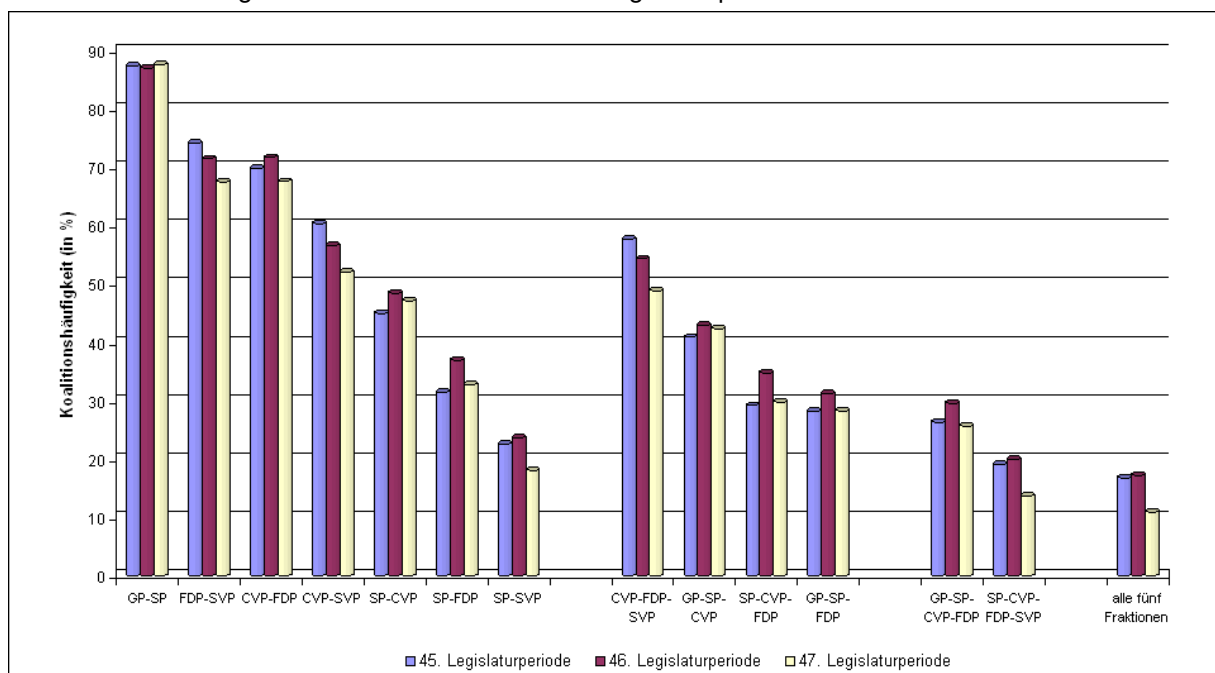
	Gesamt (alle Geschäftstypen)		Geschäft des Bundesrats		Parlamentarische Initiative		Motion		Postulat	
	in %	in %	n	in %	n	in %	n	in %	n	
GP-SP	87.7	87.2	5'500	90.5	777	91.5	430	91.8	112	
FDP-SVP	71.0	71.3	4'501	69.2	594	72.3	340	73.0	89	
CVP-FDP	67.8	69.9	4'408	64.5	554	54.7	257	58.2	71	
CVP-SVP	55.8	56.7	3'577	54.7	470	49.8	234	52.5	64	
SP-CVP	45.4	46.8	2'955	46.6	400	36.4	171	28.7	35	
GP-CVP	42.7	43.6	2'751	45.4	390	35.1	165	27.0	33	
SP-FDP	32.1	33.9	2'136	33.3	286	18.5	87	10.7	13	
GP-FDP	29.5	30.9	1'949	32.2	277	17.0	80	9.0	11	
SP-SVP	20.6	21.8	1'378	22.2	191	11.7	55	4.9	6	
GP-SVP	19.9	20.9	1'317	21.3	183	13.2	62	2.5	3	
<hr/>										
CVP-FDP-SVP	52.9	54.1	3'412	51.2	440	46.0	216	50.0	61	
GP-SP-CVP	41.1	42.0	2'652	43.2	371	34.5	162	26.2	32	
SP-CVP-FDP	29.7	31.5	1'989	30.4	261	16.2	76	10.7	13	
GP-SP-FDP	28.0	29.4	1'853	30.5	262	16.6	78	8.2	10	
GP-CVP-FDP	27.2	28.6	1'804	29.2	251	15.1	71	9.0	11	
<hr/>										
GP-SP-CVP-FDP	26.0	27.4	1'729	27.6	237	14.9	70	8.2	10	
SP-CVP-FDP- SVP	17.0	18.1	1'139	18.9	162	9.1	43	3.3	4	
<hr/>										
GP-SP-CVP- FDP-SVP	14.7	15.5	976	16.9	145	8.3	39	0.8	1	
<hr/>										
	<i>N=7'997</i>		<i>N=6'309</i>		<i>N=859</i>		<i>N=470</i>		<i>N=122</i>	

In Bezug auf den zeitlichen Verlauf ist eine Frage von besonderem Interesse: wie entwickelten sich die Koalitionsmuster beim bedeutendsten Geschäftstypus, den vom Bundesrat eingebrachten Vorlagen, zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode? Die in der Tabelle 4-12 und Abbildung 4-6 dargestellten Koalitionen zeigen unterschiedliche Verlaufsformen: Während rein bürgerliche Koalitionen allesamt in der 47. Legislaturperiode die tiefsten Häufigkeitsraten aufweisen, trifft dies für die „gemischten“ Koalitionen in der Regel für die 45. Legislaturperiode zu. Ausnahmen bilden Koalitionen mit vier und mehr beteiligten Fraktionen; besonders augenfällig ist hier die markante Abnahme bei der „Regierungskoalition“ von SP, CVP, FDP und SVP, wo nach einer kurzen Erholung in der 46. Legislaturperiode die Wahrscheinlichkeit inzwischen auf knapp 14 Prozent gesunken ist.

Tabelle 4-12 Ausgewählte Koalitionsmuster bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften:
Häufigkeit nach Legislaturperiode

	Gesamt (alle BR-Geschäfte)	45. Legislatur		46. Legislatur		47. Legislatur	
	in %	in %	n	in %	n	in %	n
GP-SP	87.2	87.3	1'973	86.9	2'115	87.5	1'412
FDP-SVP	71.3	74.1	1'675	71.4	1'738	67.4	1'088
CVP-FDP	69.9	69.7	1'575	71.6	1'743	67.5	1'090
CVP-SVP	56.7	60.3	1'364	56.5	1'374	52.0	839
SP-CVP	46.8	44.9	1'015	48.4	1'179	47.1	761
GP-CVP	43.6	43.0	972	44.3	1'078	43.4	701
SP-FDP	33.9	31.4	711	36.9	898	32.7	527
GP-FDP	30.9	30.2	682	32.5	791	29.5	476
SP-SVP	21.8	22.6	512	23.6	574	18.1	292
GP-SVP	20.9	22.1	500	22.4	544	16.9	273
CVP-FDP-SVP	54.1	57.6	1'303	54.3	1'321	48.8	788
GP-SP-CVP	42.0	40.9	924	42.9	1'045	42.3	683
SP-CVP-FDP	31.5	29.2	660	34.8	848	29.8	481
GP-SP-FDP	29.4	28.2	637	31.2	760	28.3	456
GP-CVP-FDP	28.6	27.8	629	30.7	747	26.5	428
GP-SP-CVP-FDP	27.4	26.3	594	29.6	721	25.7	414
SP-CVP-FDP-SVP	18.1	19.1	432	20.0	486	13.7	221
GP-SP-CVP-FDP-SVP	15.5	16.8	379	17.2	419	11.0	178
	<i>N=6'309</i>		<i>N=2'261</i>		<i>N=2'434</i>		<i>N=1'614</i>

Abbildung 4-6 Ausgewählte Koalitionsmuster mit zwei bis fünf Fraktionen: Häufigkeit bei den
vom Bundesrat eingebrachten Geschäften nach Legislaturperiode



4.3.4 Koalitionsmuster innerhalb von Gesetzgebungssequenzen

Häufigkeit der Koalitionsmuster innerhalb der vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte

Die Auswertung der Koalitionshäufigkeit nach Abstimmungstypus wird hier zur Klärung der Frage verwendet, wie sich die Koalitionsmuster im Rahmen von Bundesratsgeschäften zwischen der Initialdebatte um Eintreten bzw. Rückweisung, der darauf folgenden Detailberatung sowie den abschliessenden Gesamt- und Schlussabstimmungen entwickeln. Sind zwischen diesen Gesetzgebungssequenzen Unterschiede in der Koalitionsbildung festzustellen?

Vorauszuschicken ist eine wichtige Anmerkung zur Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse: In den Eintretensdebatten und der Detailberatungsphase wird über inhaltlich unbestrittene Vorlagen in der Regel nicht formell abgestimmt (vgl. Abschnitt 4.1). Einzig die Gesamt- und Schlussabstimmungen finden regelmässig statt; in nicht-konfliktiven Fällen fallen sie nahezu einstimmig aus. Dies bedeutet, dass in den ersten beiden Gesetzgebungsphasen im Gegensatz zu den Gesamt- und Schlussabstimmungen erheblich weniger konsensuale Beschlüsse enthalten sind.

Die Tabelle 4-13 enthüllt deutlich hervortretende Muster im sequenziellen Koalitionsverhalten der Nationalratsfraktionen (vgl. auch Abbildung 4-7). Wirft man zuerst einen Blick auf die rein bürgerlichen Koalitionsmuster, so lässt sich rasch erkennen, dass Koalitionen mit SVP-Beteiligung in Eintretens- bzw. Rückweisungsdebatten weniger oft zustande kommen als dies in der anschliessenden Detailberatung sowie in den Gesamt- und Schlussabstimmungen der Fall ist. Es zeigt sich somit zwischen Eintretens- und Schlussabstimmungen eine stetige Zunahme der Koalitionshäufigkeit bei bürgerlichen Allianzen mit SVP-Beteiligung. Anders fällt das Bild aus, wenn die bürgerliche Zweierkoalition zwischen CVP und FDP betrachtet wird. Eine relativ grosse Einigkeit in der Eintretensphase wird von einer deutlich akzentuierten Konkurrenzsituation in der Detailberatung abgelöst. Die Koalitionswahrscheinlichkeit sinkt hier um knapp 20 Prozentpunkte, bevor sie im Hinblick auf die Phase der Gesamt- und Schlussabstimmungen wieder um über 30 Prozentpunkte steigt. Die Wahrscheinlichkeit einer CVP-FDP-Koalition in dieser letzten Gesetzgebungsphase stellt mit über 93 Prozent selbst die ansonsten sehr einig auftretenden Linksfaktionen in den Schatten.

Im Koalitionsverhalten von GP und SP bei Bundesratsvorlagen zeigen sich zudem einige Differenzen zwischen der linken Nichtregierungspartei (GP) und der linken Regierungspartei (SP). So kann angenommen werden, dass die mit knapp 75 Prozent relativ tiefe Koalitionshäufigkeit in Eintretensdebatten auf die regierungstreueren Haltung der SP-Fraktion zurückzuführen ist; die Gesetzgebungsstrategie der SP scheint im Vergleich zur GP-Fraktion stärker auf substantielle Veränderungen in der Detailberatung als auf vollständige Zurückweisung der gesamten Vorlage ausgerichtet zu sein. Dieser Erklärung entspricht auch, dass die Übereinstimmung zwischen GP und SP in der Gesamt- und Schlussabstimmungsphase gegenüber der Detailberatung wiederum tiefer ausfällt: Die GP-Fraktion als Nichtregierungspartei sieht sich weniger häufig in der Verantwortung, ein in ihren Augen nicht vollständig befriedigendes Gesetz, das in wesentlichen Teilen aus der Küche der Regierungsparteien stammt, am Ende mit zu tragen.

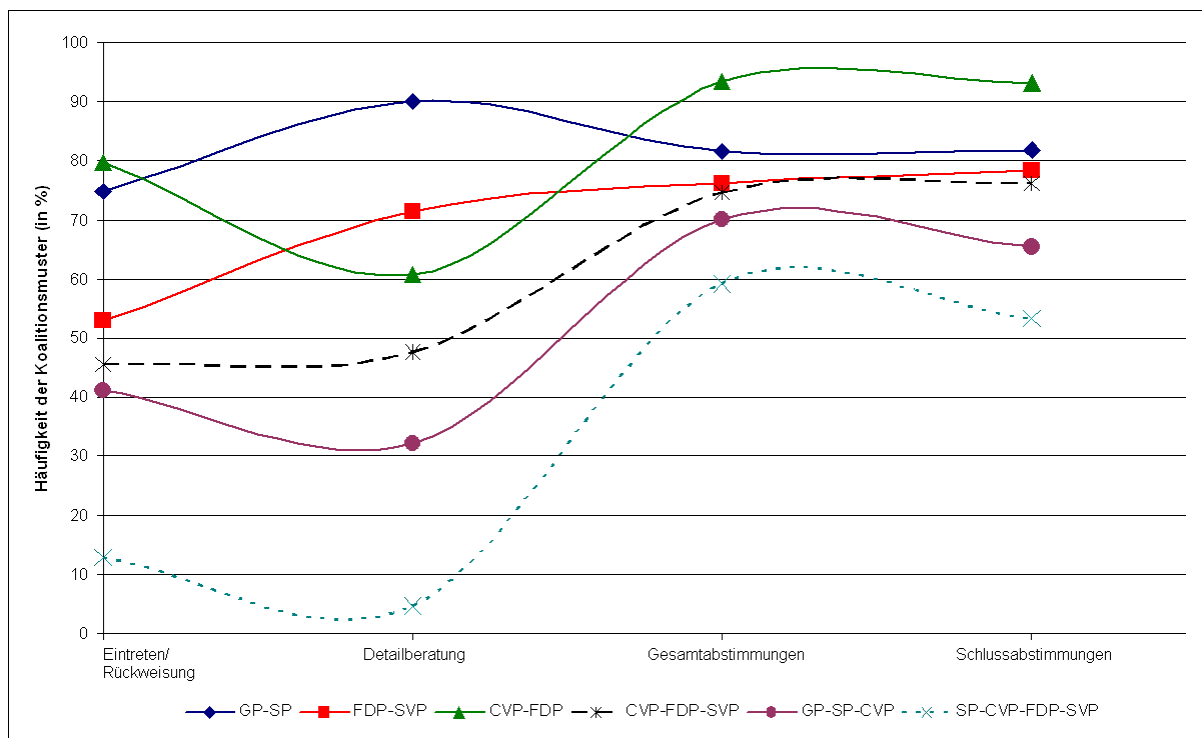
Ein weiteres Ergebnis der Auswertung liegt in den feststellbaren Unterschieden im Koalitionsverhalten zwischen Gesamt- und Schlussabstimmungen. Es zeigt sich folgendes konstantes Muster:

Während bei politisch homogenen (d.h. rein bürgerlichen oder linken) Koalitionen die Wahrscheinlichkeit zwischen Gesamt- und Schlussabstimmungen entweder gleich bleibt oder leicht zunimmt, ist bei blockübergreifenden Koalitionsformen eine zum Teil deutliche Abnahme der Werte zu beobachten. Zwischen Gesamtabstimmung und Schlussabstimmung liegt im Wesentlichen der bika-merale Ausgleich mit dem Ständerat. Die meisten inhaltlichen Änderungen sind daher in dieser Gesetzgebungsphase auf die Wirkungen des Zweikammersystems zurückzuführen, was sich u.a. auch daran zeigt, wem die Änderungsvorschläge des Ständerats in der Regel entgegen kommen und welche Fraktionen in der aktuellen Zusammensetzung des Ständerats eher zur Verliererseite gehören: Aufgrund der nach wie vor von CVP und FDP dominierten bürgerlichen Mehrheit im Ständerat ist es wenig erstaunlich, dass nur die rein bürgerlichen Koalitionen durch den Ständeratsausgleich zu einer grösseren Einigkeit finden, während die politisch gemischten Koalitionen in Schlussabstimmungen weniger häufig gebildet werden als in Gesamtabstimmungen. Ein genauerer Blick auf die rein bürgerlichen Koalitionen zeigt zudem, dass die zweite Kammer vor allem die Einigkeit zwischen FDP und SVP bzw. zwischen CVP und SVP erhöht, während sie der ohnehin hohen Übereinstimmung zwischen den beiden Mitteparteien CVP und FDP keinen zusätzlichen Schub verleiht.

Tabelle 4-13 Ausgewählte Koalitionsmuster bei den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften:
Häufigkeit nach Gesetzgebungssequenz

	Gesamt (alle BR-Geschäfte)		Eintreten/ Rückweisung		Detailberatung		Gesamt- abstimmung		Schluss- abstimmung	
	in %	in %	n	in %	n	in %	n	in %	n	
GP-SP	87.2	74.8	246	90.1	3'894	81.7	735	81.8	333	
FDP-SVP	71.3	52.9	174	71.4	3'088	76.2	686	78.4	319	
CVP-FDP	69.9	79.6	262	60.7	2'623	93.3	840	93.1	379	
CVP-SVP	56.7	47.7	157	51.1	2'210	75.1	676	76.2	310	
SP-CVP	46.8	52.3	172	35.0	1'515	79.6	716	73.0	297	
GP-CVP	43.6	43.2	142	33.7	1'456	71.7	645	67.6	275	
SP-FDP	33.9	45.0	148	18.3	793	76.2	686	69.0	281	
GP-FDP	30.9	35.9	118	17.4	751	68.4	616	63.9	260	
SP-SVP	21.8	16.1	53	9.7	419	59.9	539	53.6	218	
GP-SVP	20.9	15.8	52	9.5	411	56.1	505	48.9	199	
CVP-FDP-SVP	54.1	45.6	150	47.7	2'064	74.6	671	76.2	310	
GP-SP-CVP	42.0	41.3	136	32.2	1'392	70.2	632	65.4	266	
SP-CVP-FDP	31.5	42.6	140	15.3	663	75.8	682	68.6	279	
GP-SP-FDP	29.4	34.3	113	15.8	685	67.1	604	61.9	252	
GP-CVP-FDP	28.6	34.0	112	14.3	619	68.1	613	63.4	258	
GP-SP-CVP-FDP	27.4	32.5	107	13.3	574	66.8	601	61.4	250	
SP-CVP-FDP-SVP	18.1	12.8	42	4.7	205	59.2	533	53.3	217	
GP-SP- CVP-FDP-SVP	15.5	8.2	27	3.4	148	53.7	483	46.9	191	
	N=6'309		N=329		N=4'324		N=900		N=407	

Abbildung 4-7 Ausgewählte Koalitionsmuster bei den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften:
Häufigkeit nach Gesetzgebungssequenz



An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, wie sich die indirekt feststellbare Wirkung des Ständetrats auf das Koalitionsverhalten im Nationalrat im zeitlichen Verlauf darstellt. Tabelle 4-14 zeigt ein differenziertes und uneinheitliches Bild zwischen den drei Legislaturperioden. Die 45. Legislaturperiode ist bei allen Koalitionsmustern durch sinkende Koalitionshäufigkeiten zwischen Gesamt- und Schlussabstimmungsphase geprägt. Dies deutet auf die Austragung grundsätzlicher, weniger an bestimmte Parteiideologien gebundene Differenzen hin (z.B. im Rahmen von Porkbarrel-Vorlagen; vgl. Abschnitt 3.3). Mit der 46. Legislaturperiode ist ein abrupter Wechsel im Koalitionsbildungsprozess festzustellen; die bürgerliche Einigkeit wird nun durch den Gesetzgebungsprozess zwischen Gesamt- und Schlussabstimmung deutlich erhöht, während die Häufigkeit blockübergreifender Koalitionsformen zwischen linken und bürgerlichen Fraktionen in dieser Phase noch immer eine sinkende Tendenz aufweist. Die 47. Legislaturperiode schliesslich ist von einem eigentlichen Ablösungsprozess der CVP-Fraktion von der SVP gekennzeichnet, was im Gegenzug Koalitionsmustern mit SP-GP-CVP-Beteiligung Auftrieb verliehen hat. Trotz dieser jüngsten Entwicklung weist die CVP im Rahmen von Gesamt- und Schlussabstimmungen bei den vom Bundesrat eingebrachten Geschäften nach wie vor mit Abstand die grösste politische Nähe zur FDP-Fraktion auf.

Mit Blick auf die vier im Bundesrat vertretenen Parteien fällt auf, dass einerseits seit Dezember 1996 noch nie eine derart grosse Uneinigkeit in der Phase der Gesamtabstimmungen bestand wie in der aktuellen Legislaturperiode (nur in knapp 51 Prozent der Gesamtabstimmungen kam eine

Koalition mit Zweidrittelmehrheit in jeder Fraktion zustande – allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass dieser Wert im Vergleich zur Häufigkeit der „Konkordanzkoalition“ über alle Abstimmungen hinweg betrachtet recht hoch ausfällt; vgl. dazu z.B. Tabelle 4-13). Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass bei allen Vier- und Fünfparteienkoalitionen bei den Schlussabstimmungen in der 47. Legislaturperiode erstmals eine höhere Wahrscheinlichkeit festgestellt werden kann als bei den Gesamtabstimmungen.

Tabelle 4-14 Ausgewählte Koalitionsmuster bei Gesamt- und Schlussabstimmungen zu vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Häufigkeit nach Legislatur

	Total	45. Legislatur		46. Legislatur		47. Legislatur	
	alle*	Gesamt- abst.	Schluss- abst.	Gesamt- abst.	Schluss- abst.	Gesamt- abst.	Schluss- abst.
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
GP-SP	81.7	83.1	80.5	82.4	81.0	76.7	86.1
FDP-SVP	76.9	80.1	78.6	76.3	82.2	67.9	69.6
CVP-FDP	93.3	92.1	89.6	93.9	96.0	94.3	93.7
CVP-SVP	75.4	79.5	76.0	74.4	81.0	67.9	65.8
SP-CVP	77.5	79.2	69.5	80.7	72.4	77.4	81.0
GP-CVP	70.4	75.5	66.9	71.0	65.5	65.4	73.4
SP-FDP	74.0	73.7	61.7	78.3	70.1	76.1	81.0
GP-FDP	67.0	70.7	59.1	68.0	63.8	64.8	73.4
SP-SVP	57.9	63.1	49.4	60.2	58.0	52.2	51.9
GP-SVP	53.9	60.7	46.1	55.1	52.9	49.1	45.6
CVP-FDP-SVP	75.1	78.2	76.0	74.4	81.0	67.3	65.8
GP-SP-CVP	68.7	72.8	63.0	70.5	63.8	64.2	73.4
SP-CVP-FDP	73.5	73.7	61.0	78.0	70.1	74.2	79.7
GP-SP-FDP	65.5	68.0	55.8	67.8	62.1	63.5	73.4
GP-CVP-FDP	66.6	70.7	58.4	68.0	63.8	62.9	72.2
GP-SP-CVP-FDP	65.1	68.0	55.2	67.8	62.1	61.6	72.2
SP-CVP-FDP-SVP	57.4	61.9	48.7	60.2	58.0	50.9	51.9
GP-SP-CVP-FDP-SVP	51.6	58.0	42.9	54.1	51.1	43.4	45.6
	N=1'307	N=331	N=154	N=410	N=174	N=159	N=79

* alle Gesamt- und Schlussabstimmungen bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften.

Erfolgsquote der Koalitionsmuster innerhalb der vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte

Bisher wurden die Fälle nicht danach beurteilt, ob die einzelnen Koalitionen als Siegerinnen oder Verliererinnen aus den Abstimmungen hervorgingen. Mit anderen Worten, es wurde stets die Intensität der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen – und somit die politische oder ideologische Übereinstimmung – dargestellt, ohne einen Hinweis darauf zu geben, welche Koalitionsmuster sich im politischen Gesetzgebungsprozess letztlich durchzusetzen vermögen. Der Einbezug des Koali-

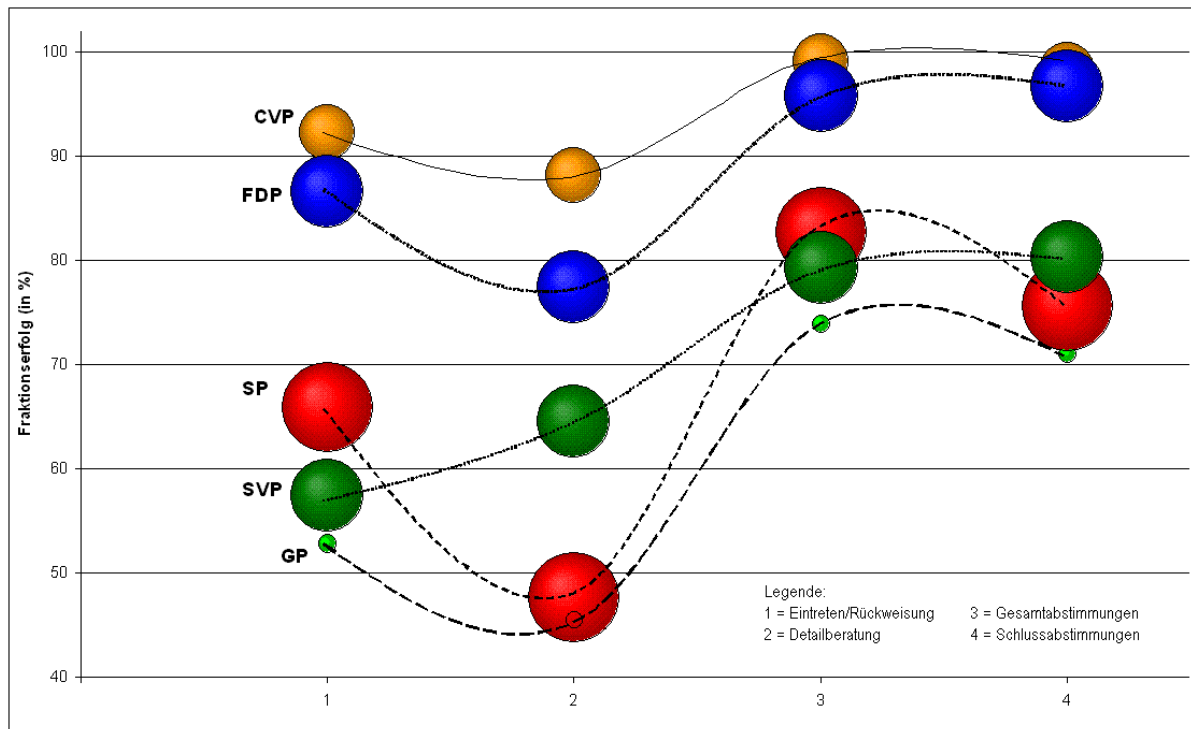
tionserfolgs gibt somit Auskunft darüber, in welche politische Richtung sich die Entscheide des Nationalrats bewegen.

Die Erfolgsquote hängt nicht nur von der Anzahl Sitze ab, welche eine Koalition hält, sondern genauso von der Fraktionsdisziplin und der Anwesenheitsquote (sowohl der eigenen Fraktion bzw. Koalition als auch in derjenigen der politischen Gegner). So kann theoretisch selbst bei einer mittels Zweidrittelquorum definierten Koalition der vier Bundesratsparteien der Fall eintreten, dass die Abstimmung verloren geht. Notwendig wäre für diesen (unwahrscheinlichen) Fall ist allerdings eine hohe Anzahl Abwesender innerhalb der Bundesratsparteien, eine eher schwache Fraktionsdisziplin sowie ein absolut geschlossenes Auftreten aller Nichtregierungsparteien.

Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die Erfolgsraten der einzelnen Fraktionen betrachtet. Im Unterschied zu Abschnitt 4.3.1, in dem der Fraktionserfolg bereits einmal thematisiert wurde, wird in der nachfolgenden Abbildung 4-8 der Fraktionserfolg nach Gesetzgebungssequenz innerhalb der vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte dargestellt. Auf den ersten Blick bestätigt sich das zuvor vermittelte Bild auch zwischen den unterschiedlichen Sequenzen: Am erfolgreichsten fällt die Bilanz für die CVP-Fraktion aus; am deutlichsten ist der Abstand zu den anderen Fraktionen in der Detailberatung (wobei nach wie vor beachtet werden muss, dass ein grosser Anteil unbestrittener Abstimmungen nicht im elektronisch verfügbaren Datensatz enthalten sind). In sind CVP und FDP zudem zu fast 100 Prozent erfolgreich. Die Erfolgsrate der SVP ist zwar deutlich geringer als bei den bürgerlichen Partnern, doch ist sie die einzige Fraktion, die über alle vier Sequenzen eine stetig steigende Erfolgsrate aufweist.

Die beiden linken Fraktionen GP und SP sind vor allem in der Detailberatungsphase relativ stark isoliert – selbst die SVP weist hier eine deutlich höhere Erfolgsrate auf. Bei den GesamtAbstimmungen sind die linken Fraktionen wieder deutlich erfolgreicher – hauptsächlich, weil sie des Öffteren das resultierende Gesamtpaket als annehmbar einschätzen, auch wenn (wie erwartet) nur wenige linke Forderungen in der Detailberatung eingebracht werden konnten. Es zeigt sich zudem erneut die abnehmende Erfolgsrate zwischen Gesamt- und Schlussabstimmung aufgrund des Ausgleichs mit dem Ständerat.

Abbildung 4-8 Fraktionserfolgsrate und durchschnittliche Fraktionsgrösse (Kugelflächen) in den Gesetzgebungssequenzen bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften



Die Tabelle 4-15 stellt nun die Erfolgsquoten ausgewählter Koalitionen bei der Beratung von Bundesratsgeschäften über die gesamte Untersuchungsperiode dar (die ausführliche Tabelle mit allen Angaben befindet sich in Tabelle 7-2 im Anhang). Die Auswertung gibt somit eine Antwort auf die Frage: *Wenn* sich eine Koalition nach der hier verwendeten Definition (Zweidrittelmehrheit; Nicht-Exklusivität) bildet, in wie vielen Fällen stimmt die Position der Koalition mit dem Abstimmungsergebnis des Gesamtrats überein? Die in der Tabelle enthaltenen Werte sind auf den ersten Blick erstaunlich: Die meisten dargestellten Koalitionsformen weisen in allen Gesetzgebungsphasen eine Erfolgsquote von annähernd oder exakt 100 Prozent auf. Zu den Ausnahmen zählen die links-grüne Koalition aus GP und SP, die allerdings in der Gesamt- und Schlussabstimmungsphase ebenfalls Erfolgswerte von über 80 Prozent erreicht, die rechts-bürgerliche Koalition aus FDP und SVP, die in der Detailberatung auf Werte von rund 80 Prozent sinkt, sowie die ohnehin eher seltene Kombination von GP und SVP, die in Eintretensdebatten ebenfalls „nur“ zu 80 Prozent erfolgreich ist. Diese Ergebnisse stellen aber nur scheinbar einen Widerspruch zu den vorangehenden Resultaten dar, denn sie zeigen vor allem die Folgen der relativ geringen Fraktionsgeschlossenheit im Nationalrat. Sobald sich beispielsweise die drei bürgerlichen Partner CVP, FDP und SVP oder die Links-Grün-Mitte-Formation aus GP, SP und CVP zu mindestens zwei Dritteln einig sind, dann gewinnen sie – unter Mithilfe ungeeinter Gegenkräfte – einen Grossteil der Abstimmungen.

Es zeigen sich somit zwei unterschiedliche Ausgangslagen: Während die links-grüne Ratsseite nur dann zu erfolgreichen Koalitionen gelangt, wenn sie genügend bürgerliche Partner von ihren Ideen überzeugen kann und darum trotz geschlossenen Auftretens relativ häufig Abstimmungen verliert, kämpfen die bürgerlichen Parteien hauptsächlich gegen die interne Ungeschlossenheit an; denn *wenn* sie sich zu einer Koalition vereinen, dann gehören sie praktisch immer zu den Siegerinnen.

Tabelle 4-15 Ausgewählte Koalitionsmuster bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften:
Erfolgsquote der Koalitionen nach Gesetzgebungssequenzen

	Gesamt (alle BR- Geschäfte)	Eintreten/ Rückweisung	Detail- beratung	Gesamt- abstimmung	Schluss- abstimmung
	in %	in %	in %	in %	in %
GP-SP	56.8	64.2	46.7	87.2	81.1
FDP-SVP	85.9	92.5	80.9	99.0	99.4
CVP-FDP	97.8	97.7	97.3	99.6	99.7
CVP-SVP	97.9	97.5	97.5	99.9	100.0
SP-CVP	97.8	99.4	96.5	99.9	100.0
GP-CVP	97.4	98.6	95.9	99.8	99.6
SP-FDP	99.9	100.0	100.0	100.0	100.0
GP-FDP	99.5	100.0	98.7	100.0	100.0
SP-SVP	99.5	100.0	99.0	99.8	100.0
GP-SVP	96.1	80.8	94.4	98.2	99.5
<hr/>					
CVP-FDP-SVP	99.2	99.3	99.4	100.0	100.0
GP-SP-CVP	97.9	99.3	96.7	99.8	100.0
SP-CVP-FDP	99.9	100.0	100.0	100.0	100.0
GP-SP-FDP	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
GP-CVP-FDP	99.8	100.0	99.5	100.0	100.0
<hr/>					
GP-SP-CVP-FDP	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
SP-CVP-FDP-SVP	99.9	100.0	100.0	100.0	100.0
<hr/>					
GP-SP-CVP-FDP-SVP	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Die Erfolgsquote der einzelnen Koalitionsmuster lässt sich auch auf der Basis aller erfolgten Abstimmungen im Rahmen der vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte darstellen (anstatt nur mit den tatsächlich gebildeten Koalitionsfällen). Die Werte in der nachfolgenden Tabelle 4-16 beantworten somit die Frage, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs der ausgewählten Koalitionsmuster innerhalb aller durchgeführten Abstimmungen der betrachteten Abstimmungskategorien ist. Wiederum zeigt sich, dass die Phase der Eintretensdebatte relativ stark von der Einigkeit von CVP und FDP geprägt ist (in fast 78 Prozent der Abstimmungen bestimmend). Dieses Koalitionsmuster erweist sich auch in der Phase der Detailberatung als das erfolgreichste (59 Prozent), auch wenn die Verbindung aus FDP und SVP hier mit knapp 58 Prozent nahezu gleichauf liegt. Wie zu erwarten war, fällt die Erfolgsrate von Koalitionsmustern mit links-grüner Beteiligung gegenüber den bürgerlichen Werten ab: Allianzen mit Beteiligung von GP und SP sind in 42 Prozent der De-

tailabstimmungen erfolgreich, diejenigen mit Beteiligung von SP und CVP nur noch in knapp 34 Prozent. Die erhöhte Koalitionserfolgswahrscheinlichkeit in der Gesamt- und Schlussabstimmungsphase (vgl. vorangehende Tabelle 4-15) wirkt sich auch in der untenstehenden Darstellung deutlich zugunsten von Koalitionsmustern mit linker Beteiligung aus; diese erreichen annähernd ähnliche Erfolgswerte wie die bürgerlichen Muster (mit Ausnahme der CVP-FDP-Koalition, die am Ende in 93 Prozent der vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte mit der Ratsmehrheit übereinstimmt).

Tabelle 4-16 Ausgewählte Koalitionsmuster bei vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Anteil erfolgreicher Abstimmungen nach Koalitionsmuster und Gesetzgebungssequenzen

	Gesamt (alle BR-Geschäfte)		Eintreten/ Rückweisung		Detailberatung		Gesamt- abstimmung		Schluss- abstimmung	
	n	in %	n	in %	n	in %	n	in %	n	in %
GP-SP	3'122	49.5	158	48.0	1'817	42.0	641	71.2	270	66.3
FDP-SVP	3'868	61.3	161	48.9	2'497	57.7	679	75.4	317	77.9
CVP-FDP	4'311	68.3	256	77.8	2'552	59.0	837	93.0	378	92.9
CVP-SVP	3'502	55.5	153	46.5	2'155	49.8	675	75.0	310	76.2
SP-CVP	2'890	45.8	171	52.0	1'462	33.8	715	79.4	297	73.0
GP-CVP	2'680	42.5	140	42.6	1'397	32.3	644	71.6	274	67.3
SP-FDP	2'134	33.8	148	45.0	793	18.3	686	76.2	281	69.0
GP-FDP	1'939	30.7	118	35.9	741	17.1	616	68.4	260	63.9
SP-SVP	1'371	21.7	53	16.1	415	9.6	538	59.8	218	53.6
GP-SVP	1'266	20.1	42	12.8	388	9.0	496	55.1	198	48.6
CVP-FDP-SVP	3'386	53.7	149	45.3	2'051	47.4	671	74.6	310	76.2
GP-SP-CVP	2'597	41.2	135	41.0	1'346	31.1	631	70.1	266	65.4
SP-CVP-FDP	1'987	31.5	140	42.6	663	15.3	682	75.8	279	68.6
GP-SP-FDP	1'853	29.4	113	34.3	685	15.8	604	67.1	252	61.9
GP-CVP-FDP	1'801	28.5	112	34.0	616	14.2	613	68.1	258	63.4
GP-SP-CVP-FDP	1'729	27.4	107	32.5	574	13.3	601	66.8	250	61.4
SP-CVP-FDP-SVP	1'138	18.0	42	12.8	205	4.7	533	59.2	217	53.3
GP-SP-CVP-FDP-SVP	976	15.5	27	8.2	148	3.4	483	53.7	191	46.9
	N=6'309		N=329		N=4'324		N=900		N=407	

4.3.5 Koalitionsmuster nach Themenbereich

Häufigkeit der Koalitionsmuster nach Themenbereich

Die grossen Freiheiten in der Koalitionsbildung, die das institutionelle System der Schweiz den Fraktionen bietet, führt von selbst zu themenspezifisch formierten Allianzen. Geht man davon aus, dass die Parteien in konstanter Manier bestimmte politische Werte und ideologische Richtungen vertreten, dann müsste sich dies in der Koalitionsbildung entsprechend herauskristallisieren. Im

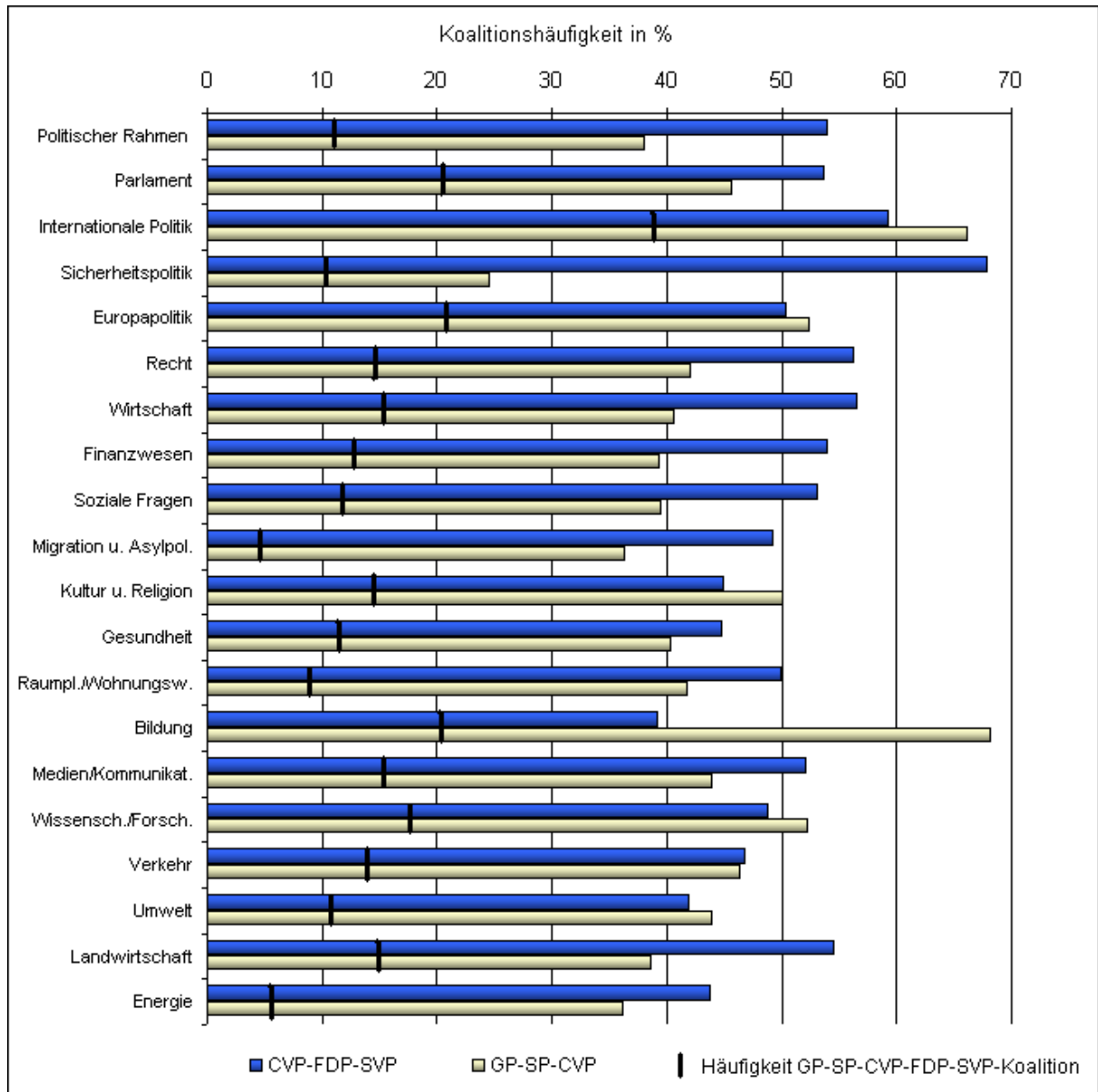
Folgenden werden zwei Fragen genauer untersucht: Erstens, welche Koalitionsmuster sich in welchen Themenbereichen vorzugsweise bilden und zweitens, welche themenabhängigen Differenzen innerhalb der einzelnen Koalitionsmuster festzustellen sind (d.h. in welchen Bereichen grosse Abweichungen vom Mittelwert bestehen). Grundlage der Analyse bilden die 20 thematischen Deskriptoren, die von den Parlamentsdiensten jedem Geschäft zugeordnet werden (vgl. Abschnitt 4.2.4). Um den Umfang der vermittelten Informationen zu reduzieren, bezieht sich die nachfolgende Darstellung auf eine enge Auswahl an Koalitionsmustern. Aus demselben Grund wird verstärkt auf die Darstellung mittels Grafiken gesetzt. Die tabellarisch dargestellten Informationen befinden sich in im Anhang zu diesem Bericht (Tabellen 7-3 und 7-4).

Die Koalitionshäufigkeit variiert in Abhängigkeit des Themenbereichs der Vorlage sehr stark. In Abbildung 4-9 sind die Häufigkeiten der bürgerlichen Dreierkoalition aus CVP, FDP und SVP sowie die blockübergreifende Koalition aus GP, SP und der CVP pro Themenfeld dargestellt. Für jeden Themenbereich ist zudem mit einer vertikalen schwarzen Markierung die „Konsenshäufigkeit“ eingefügt, d.h. derjenige Anteil, der auf eine gesamtparlamentarische Konsensposition zurückzuführen ist (bestehend aus einer Fünfparteienkoalition von GP, SP, CVP, FDP und SVP). Die Auswertung erstreckt sich über alle Abstimmungen des Datensatzes.

In der Grafik fällt als erstes der Bereich „internationale Politik“ auf, in dem sich beide Koalitionen relativ häufig bilden. Die „Konsensmarke“ bei rund 39 Prozent weist darauf hin, dass im Nationalrat aussenpolitische Vorlagen über alle Abstimmungen hinweg betrachtet weniger konfliktgeladen sind, als man aufgrund der Volksabstimmungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte vermuten könnte. Dies gilt in geringerem Ausmass auch für die gesondert ausgewiesene Europapolitik. Es zeigt sich, dass die vielen unbestrittenen internationalen Abkommen, welche dieses Themenfeld prägen, die wenigen heftig umstrittenen Vorlagen (wie z.B. die Bilateralen Verträge mit EU oder der UNO-Beitritt) bei Weitem aufzuwiegen vermögen.

Die stärksten Kontraste zwischen den beiden abgebildeten Koalitionen sind in den Bereichen Sicherheits- und Bildungspolitik auszumachen. In der Sicherheitspolitik zeigt sich, dass die Mehrheit der CVP klar häufiger mit den bürgerlichen Partnern als mit der links-grünen Ratsseite stimmt. Genau umgekehrt verhält es sich bei der Bildungspolitik, wo die GP-SP-CVP-Koalition weit vor der rein bürgerlichen Koalition liegt. Ebenfalls relativ gross sind die Unterschiede im staatspolitischen Bereich („Politischer Rahmen“) sowie in der Rechts-, Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Migrations- und Landwirtschaftspolitik. In allen diesen Themenfeldern geht die CVP häufiger mit FDP und SVP eine Allianz ein als mit GP und SP.

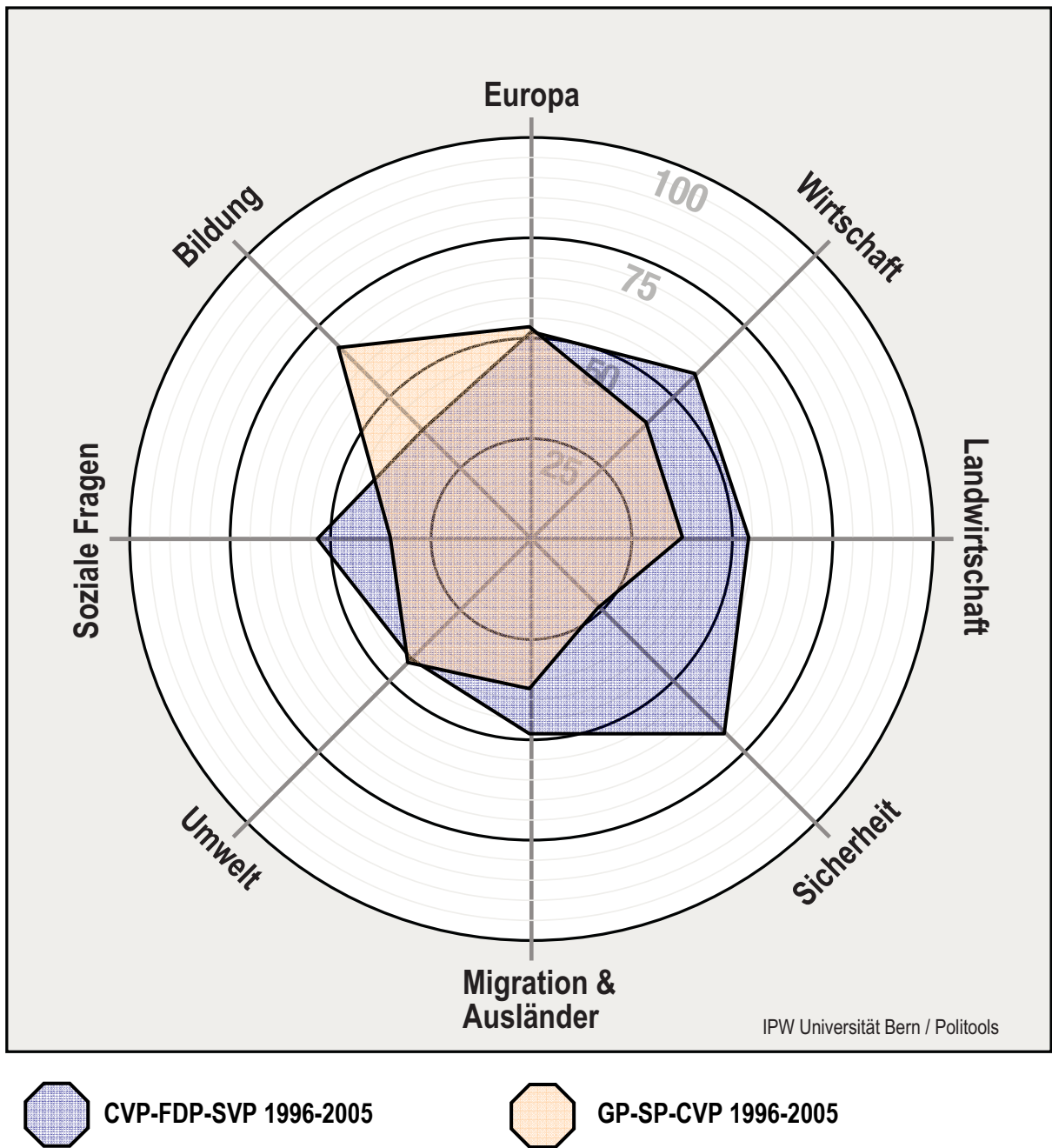
Abbildung 4-9 Koalitionshäufigkeit von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich



Nachfolgend sind die Zusammenarbeitsprofile der beiden Dreierkoalitionen in einer Spinnennetzgrafik dargestellt. Hierzu wurden acht charakteristische Politikbereiche ausgewählt: die Europa-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Sicherheits-, Migrations-, Umwelt-, Sozial- sowie die Bildungspolitik. Je intensiver die Zusammenarbeit in einem Politikbereich ausfällt, desto stärker nähert sich die Position auf der entsprechenden Achse dem Maximalwert 100.

Die Grafik vermittelt auf einen Blick, in welchen Themenbereichen sich die beiden Koalitionsmuster am stärksten unterscheiden (Bildungs- und Sicherheitspolitik), während die Intensität der Zusammenarbeit in den Bereichen Europa- und Umweltpolitik in beiden Koalitionen annähernd gleich ausfällt.

Abbildung 4-10 Koalitionsprofile von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP in acht Themenbereichen

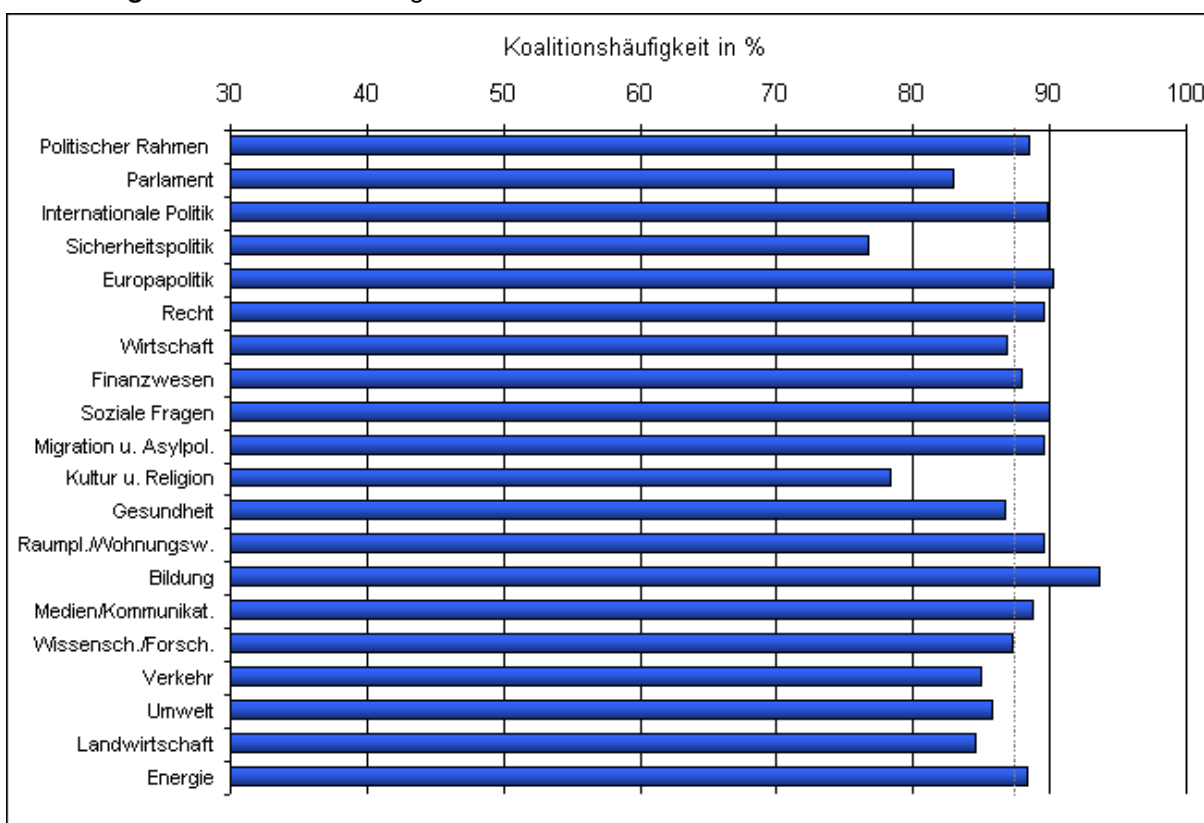


Die Grafik bildet die Intensität der Zusammenarbeit in acht Themenbereichen im schweizerischen Nationalrat ab. Ein Wert von 100 bedeutet, dass in allen Abstimmungen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Fraktionen gleich abgestimmt hat; ein Wert von 0 heisst, dass in keiner Abstimmung eine solche Übereinstimmung zustande kam.

Interessant ist die Frage, wie sich die themenabhängigen Koalitionshäufigkeiten darstellen, wenn Zweiparteienkoalitionen betrachtet werden. Nachfolgend sind fünf solche Muster in separaten Grafiken abgebildet. In den Balkendiagrammen gibt die grau eingefärbte vertikale Linie jeweils den Mittelwert der betreffenden Koalition über alle Abstimmungen an.

Als erstes wird die ideologisch homogenste Koalition aus GP und SP thematisch aufgeschlüsselt dargestellt. Es zeigt sich, dass die GP-SP-Koalition v.a. in Bildungsfragen, in der internationalen und europäischen Politik sowie in der Sozialpolitik überdurchschnittlich oft spielt. Demgegenüber ist ihr Zusammenhalt in der Sicherheitspolitik, in Kultur- und Religionsfragen sowie auch im Bereich der Parlamentsorganisation klar unterdurchschnittlich. In absoluten Werten ist allerdings in keinem Bereich eine tiefe Koalitionshäufigkeit festzustellen.

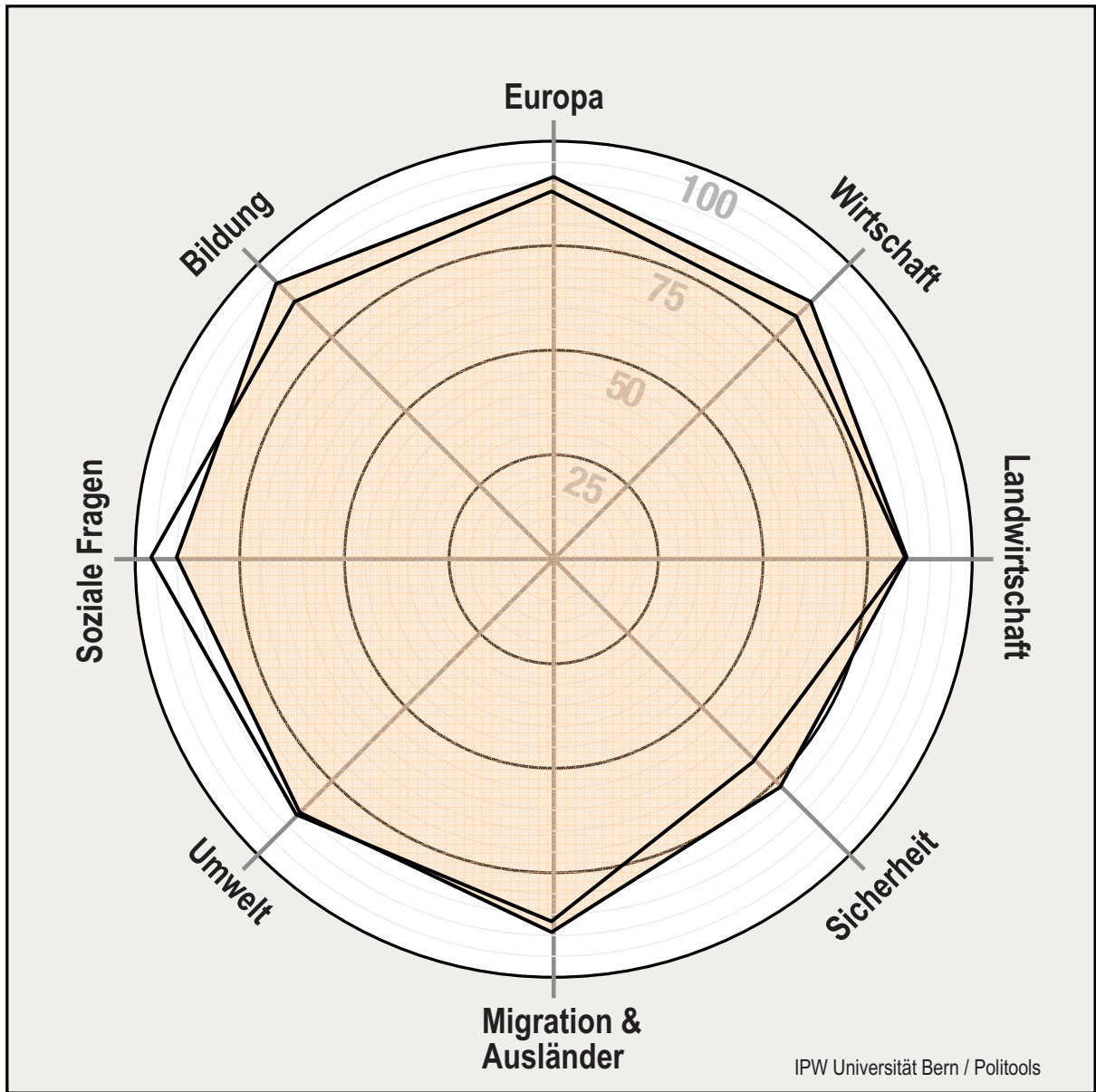
Abbildung 4-11 Koalitionshäufigkeit von GP und SP nach Themenbereich



Zusätzlich wird nachfolgend das Zusammenarbeitsprofil anhand der bereits oben dargestellten Spinnennetzgrafik analysiert. Die Grafik zeigt das Profil über die gesamte Zeitspanne (1996-2005) als eingefärbte Fläche sowie als separate Linie das Profil der ersten Hälfte der 47. Legislaturperiode (2003-2005). Dies ermöglicht einen Vergleich der jüngsten Veränderungen in der Koalitionsbildung zwischen der Gesamtperiode und der Situation seit den Wahlen 2003.

Das Profil bestätigt die überaus grosse Übereinstimmung zwischen SP und GP, die sich zudem in der 47. Legislaturperiode kaum verändert hat.

Abbildung 4-12 GP-SP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen



IPW Universität Bern / Politools

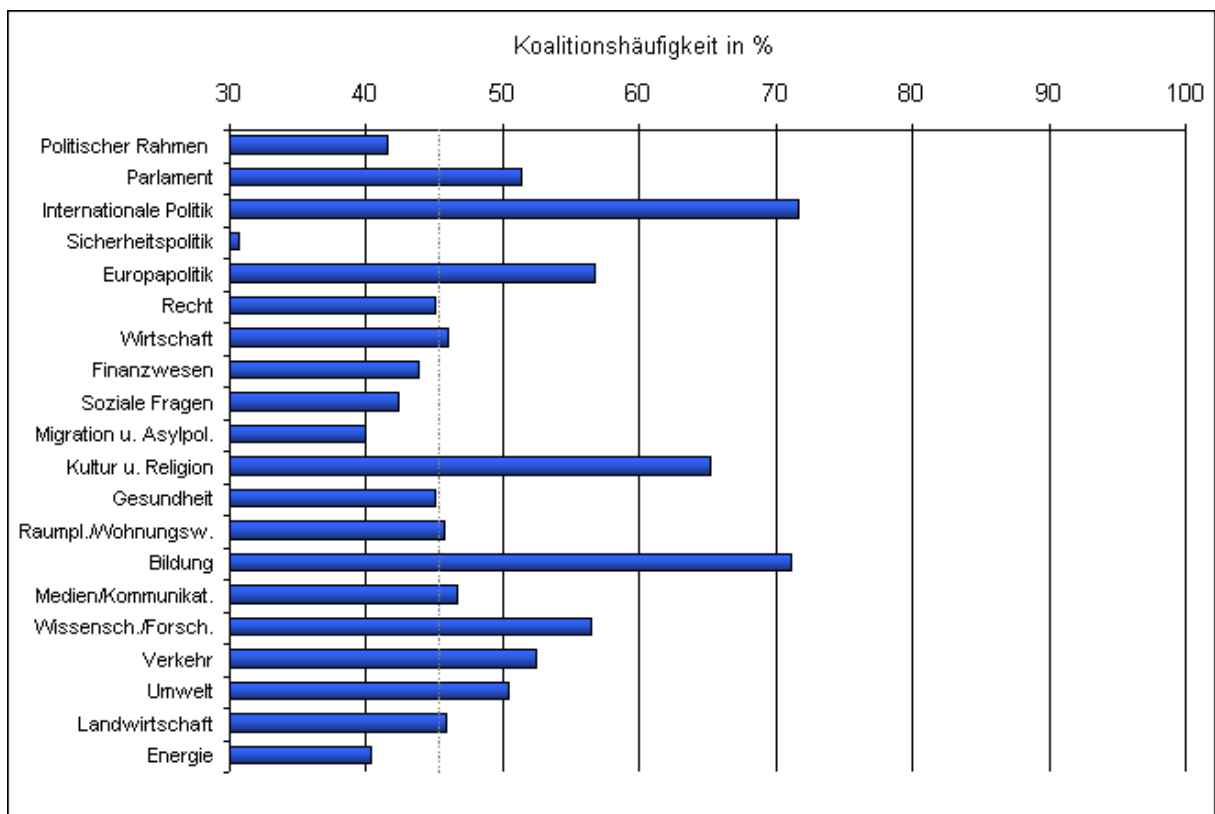
 GP-SP 1996-2005

 GP-SP 2003-2005

Die Grafik bildet die Intensität der Zusammenarbeit in acht Themenbereichen im schweizerischen Nationalrat ab. Ein Wert von 100 bedeutet, dass in allen Abstimmungen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Fraktionen gleich abgestimmt hat; ein Wert von 0 heisst, dass in keiner Abstimmung eine solche Übereinstimmung zustande kam.

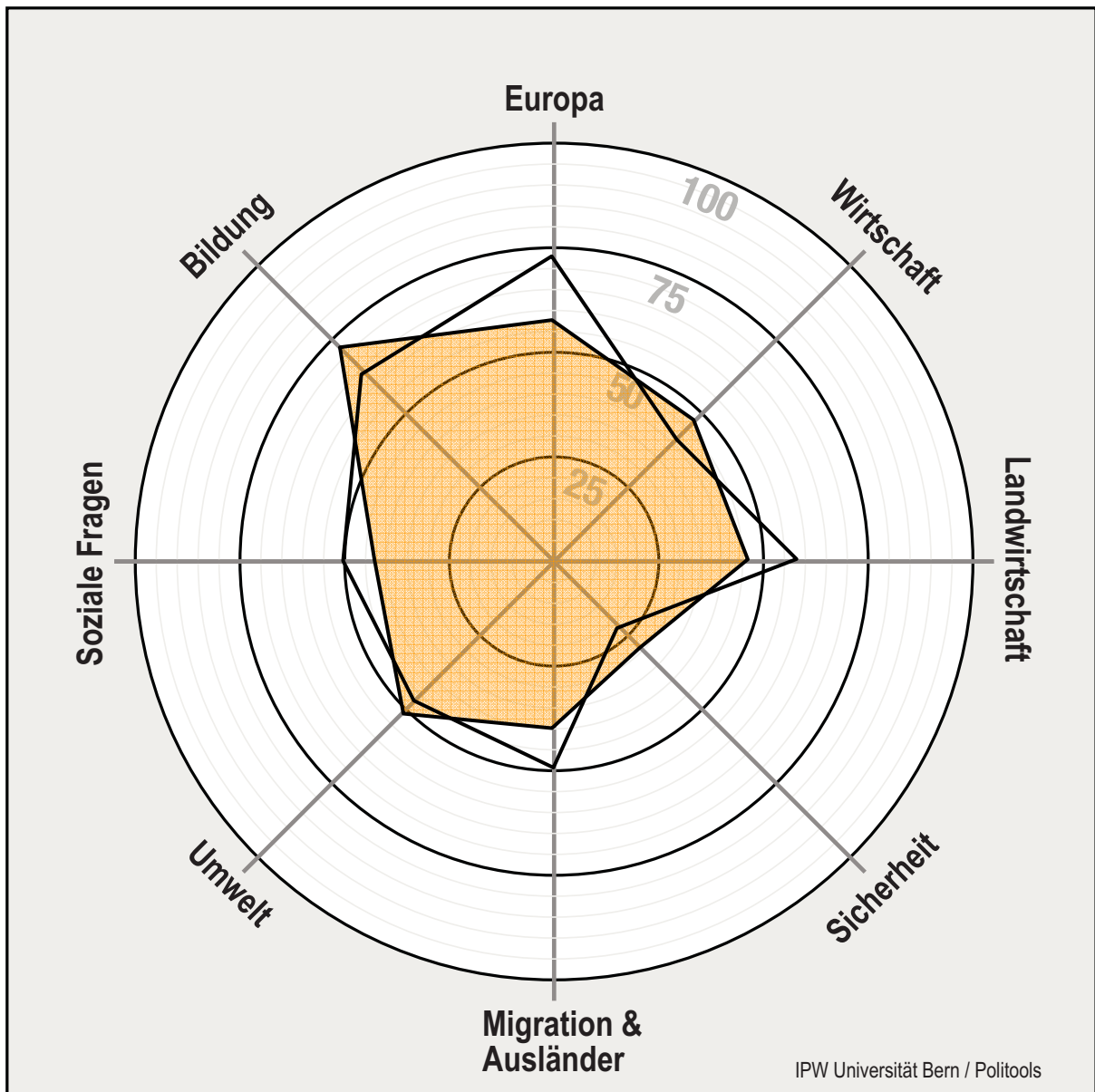
Demgegenüber ist bei der Koalition aus SP und CVP ist eine erhebliche Varianz zwischen den Themenfeldern festzustellen (Abbildung 4-13). Stark überdurchschnittlich erweist sich der Zusammenhalt im Bereich der internationalen Politik, der allerdings auch im Gesamtrat über ein hohes Konsensniveau verfügt (vgl. oben, Abbildung 4-9). Ebenfalls überdurchschnittlich häufig finden sich die beiden Fraktionen in der Bildungspolitik, im Bereich Kultur und Religion, in der Europapolitik sowie in der Wissenschafts- und Forschungspolitik. Als unterdurchschnittlich erweisen sich insbesondere die Sicherheitspolitik, die Migrationspolitik sowie die Energiepolitik.

Abbildung 4-13 Koalitionshäufigkeit von SP und CVP nach Themenbereich



Beim Zusammenarbeitsprofil in Abbildung 4-14 zeigt sich, dass die beiden Fraktionen in der 47. Legislaturperiode vor allem in den Bereichen Europa-, Landwirtschafts-, Migrations- und Sozialpolitik grössere Übereinstimmungen aufweisen als zuvor, während v.a. in der Bildungs-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik das Gegenteil der Fall ist.

Abbildung 4-14 SP-CVP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen



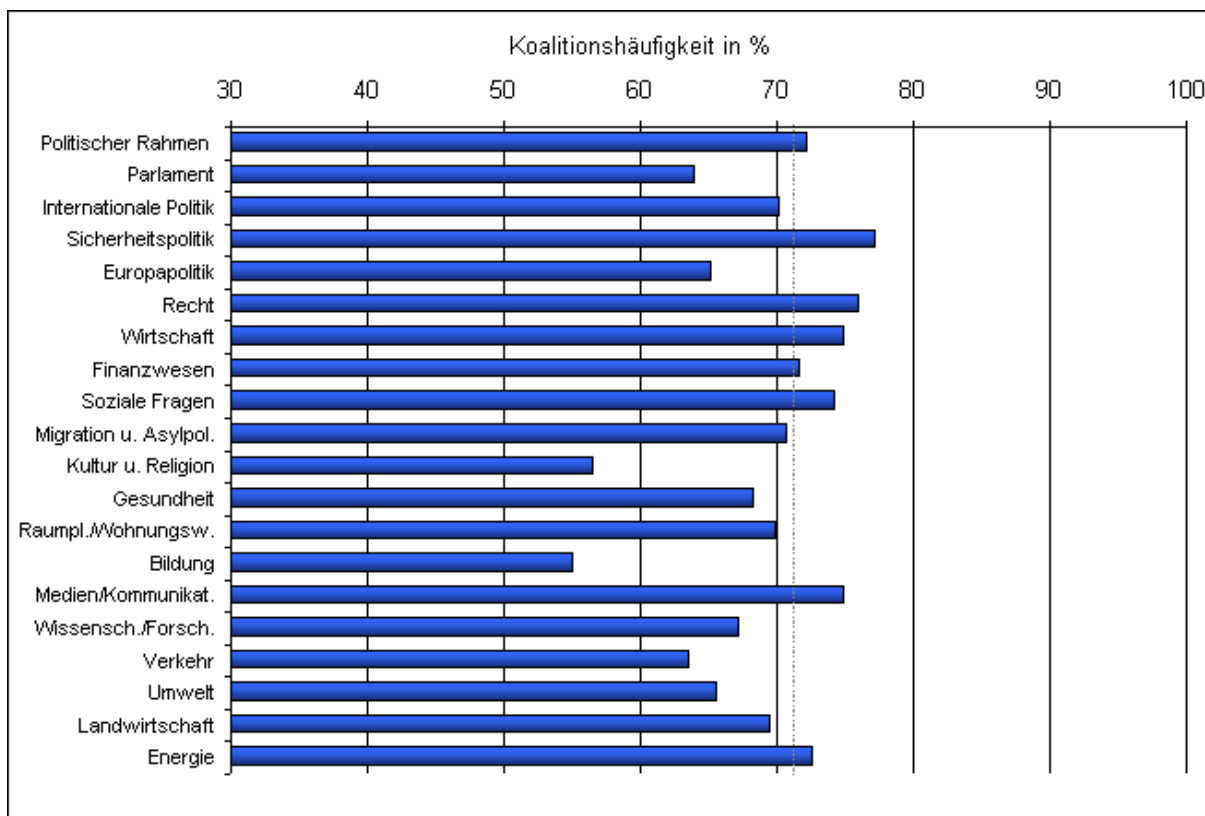
 SP-CVP 1996-2005

 SP-CVP 2003-2005

Die Grafik bildet die Intensität der Zusammenarbeit in acht Themenbereichen im schweizerischen Nationalrat ab. Ein Wert von 100 bedeutet, dass in allen Abstimmungen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Fraktionen gleich abgestimmt hat; ein Wert von 0 heisst, dass in keiner Abstimmung eine solche Übereinstimmung zustande kam.

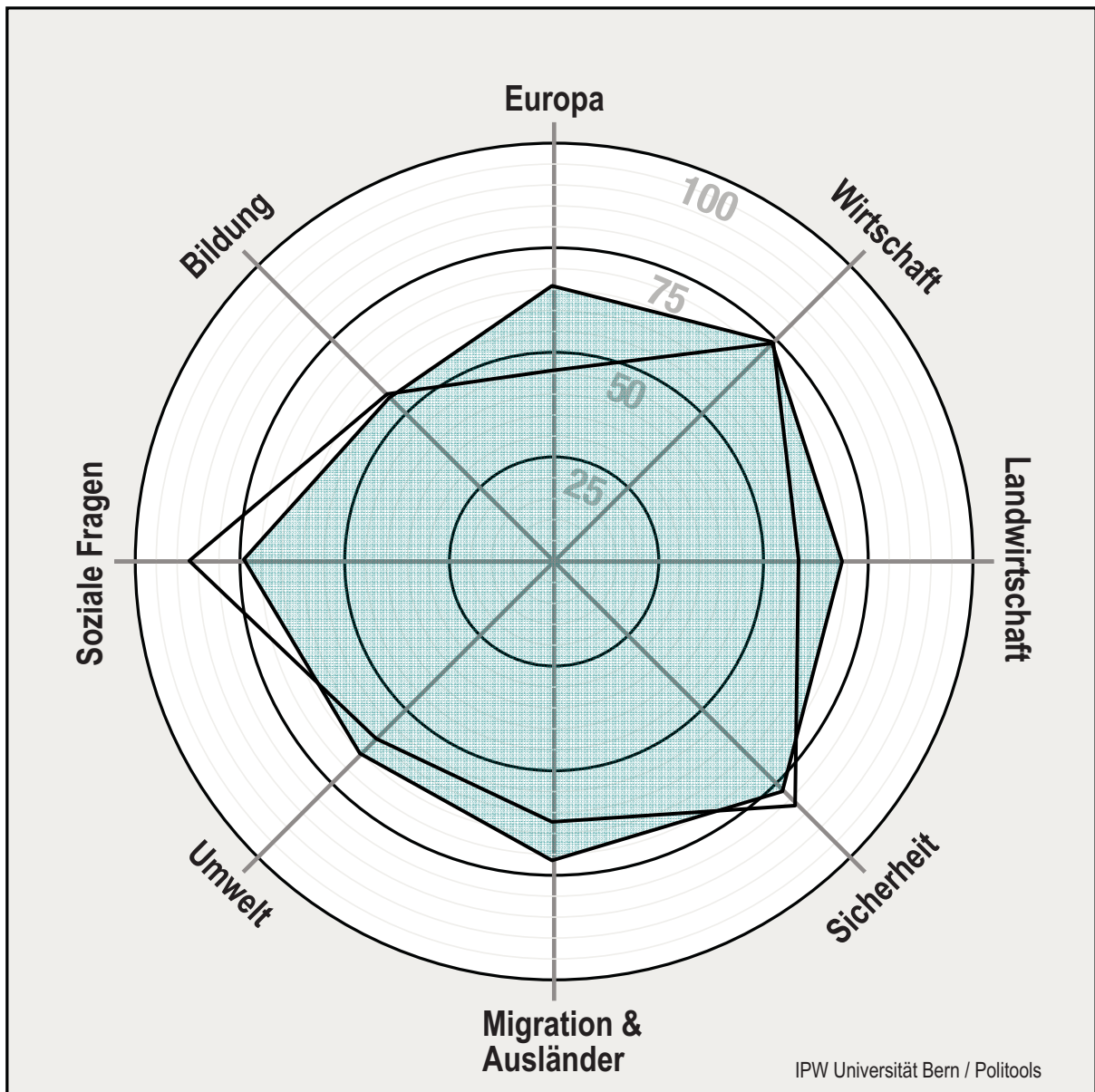
Das über alle Abstimmungen betrachtete homogenste Bündnis unter den bürgerlichen Fraktionen, die FDP-SVP-Koalition, bildet sich v.a. in der Sicherheits-, Rechts- und Wirtschaftspolitik sowie in sozialen Fragen und im Bereich von Medien- und Kommunikation überdurchschnittlich häufig (Abbildung 4-15). Erheblich weniger Gemeinsamkeiten sind demgegenüber in folgenden Bereichen auszumachen: Bildung, Kultur und Religion, Verkehr sowie Parlamentsorganisation.

Abbildung 4-15 Koalitionshäufigkeit von FDP und SVP nach Themenbereich



Beim Zusammenarbeitsprofil der beiden Fraktionen lassen sich mit Beginn der 47. Legislaturperiode deutliche Veränderungen v.a. in den Bereichen Sozialpolitik (mehr Zusammenarbeit) sowie Europa-, Landwirtschafts- und Migrationspolitik (jeweils geringere Zusammenarbeit) ausmachen (vgl. Abbildung 4-16). Die geringere Übereinstimmung im Bereich der Migrations- und Ausländerpolitik mag angesichts der aktuellen Diskussion um die Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetzgebung erstaunen. Dies kann einerseits damit erklärt werden, dass im untersuchten Datensatz sämtliche migrationspolitische Vorstöße enthalten sind; offenbar ist hier die inhaltliche Übereinstimmung zwischen den bürgerlichen Fraktionen eher im Sinken begriffen. Andererseits ist darauf zu achten, dass die hier verwendete Koalitionsdefinitionen auf die Bildung einer Zweidrittelmehrheit in jeder Fraktion abstellt; ein Rückgang solcher Koalitionen muss nicht notwendigerweise das Ende jeglicher inhaltlicher Übereinstimmung in einem bestimmten Politikbereich bedeuten.

Abbildung 4-16 FDP-SVP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen



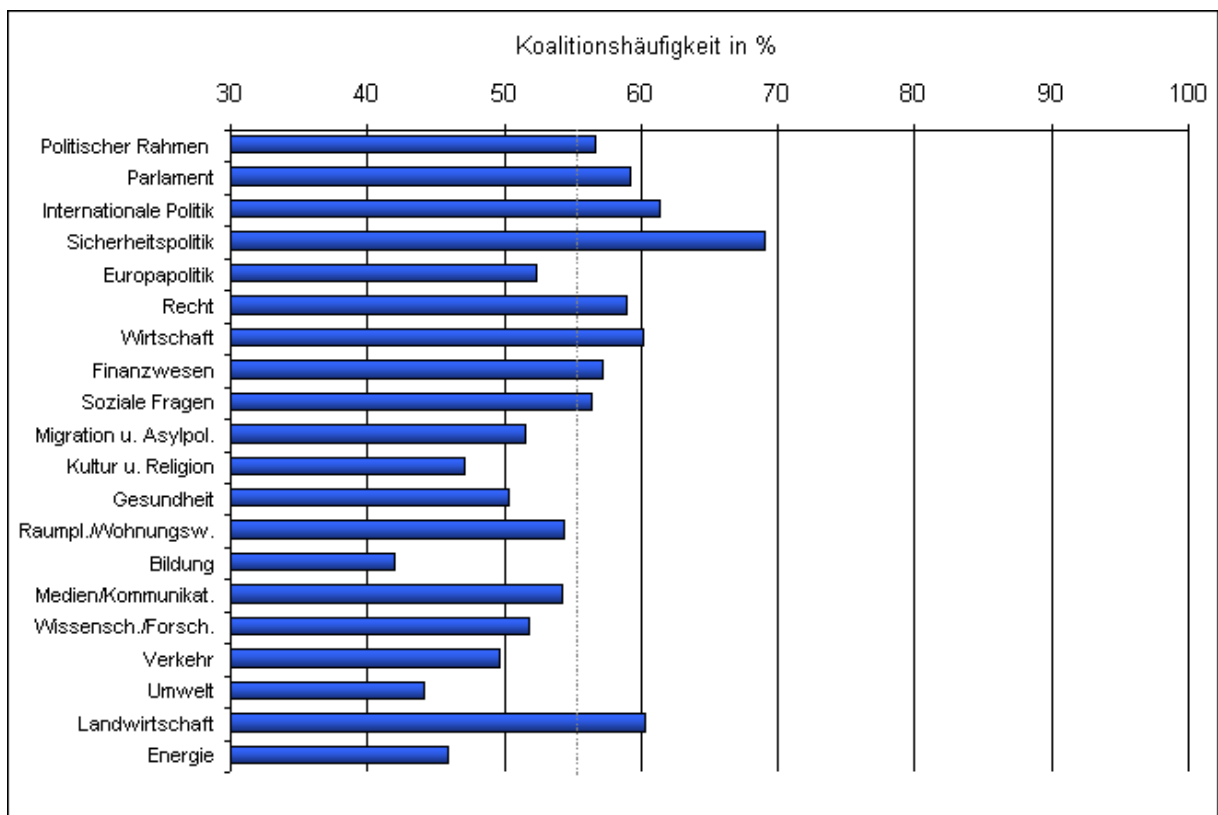
 FDP-SVP 1996-2005

 FDP-SVP 2003-2005

Die Grafik bildet die Intensität der Zusammenarbeit in acht Themenbereichen im schweizerischen Nationalrat ab. Ein Wert von 100 bedeutet, dass in allen Abstimmungen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Fraktionen gleich abgestimmt hat; ein Wert von 0 heisst, dass in keiner Abstimmung eine solche Übereinstimmung zustande kam.

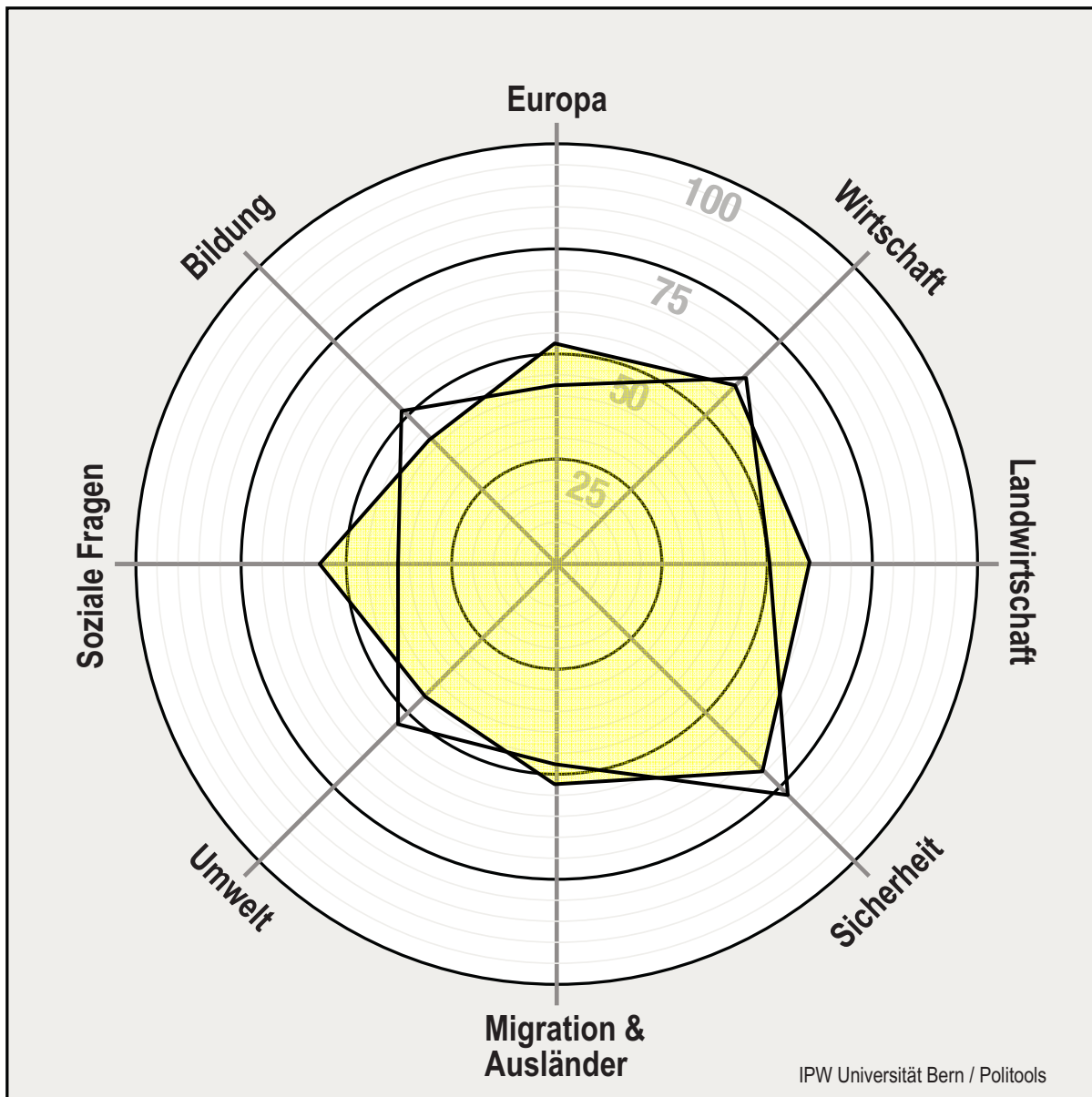
Wie stellt sich die Lage bei der am wenigsten stabilen bürgerlichen Koalition zwischen CVP und SVP dar? Auch hier zeigt sich, dass sich in der Sicherheitspolitik links-grüne und bürgerliche Konzepte am unversöhnlichsten gegenüber stehen, denn in diesem Bereich bildet sich die CVP-SVP-Koalition überdurchschnittlich häufig (Abbildung 4-17). Zu dieser Gruppe gehören ebenso die internationale Politik (aus den zuvor genannten Gründen des allgemeinen Konsenses), sowie die Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik. Sehr wenig Übereinstimmung findet sich hingegen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Energie sowie Kultur und Religion.

Abbildung 4-17 Koalitionshäufigkeit von CVP und SVP nach Themenbereich



Das Koalitionsprofil (Abbildung 4-18) weist seit Beginn der 47. Legislaturperiode relativ starke Rückgänge in der Zusammenarbeit in den Bereichen Sozial-, Europa- und Landwirtschaftspolitik aus. Demgegenüber nahm die Übereinstimmung in der Bildungs-, Umwelt- und Sicherheitspolitik in derselben Zeitspanne zu.

Abbildung 4-18 CVP-SVP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen



CVP-SVP 1996-2005

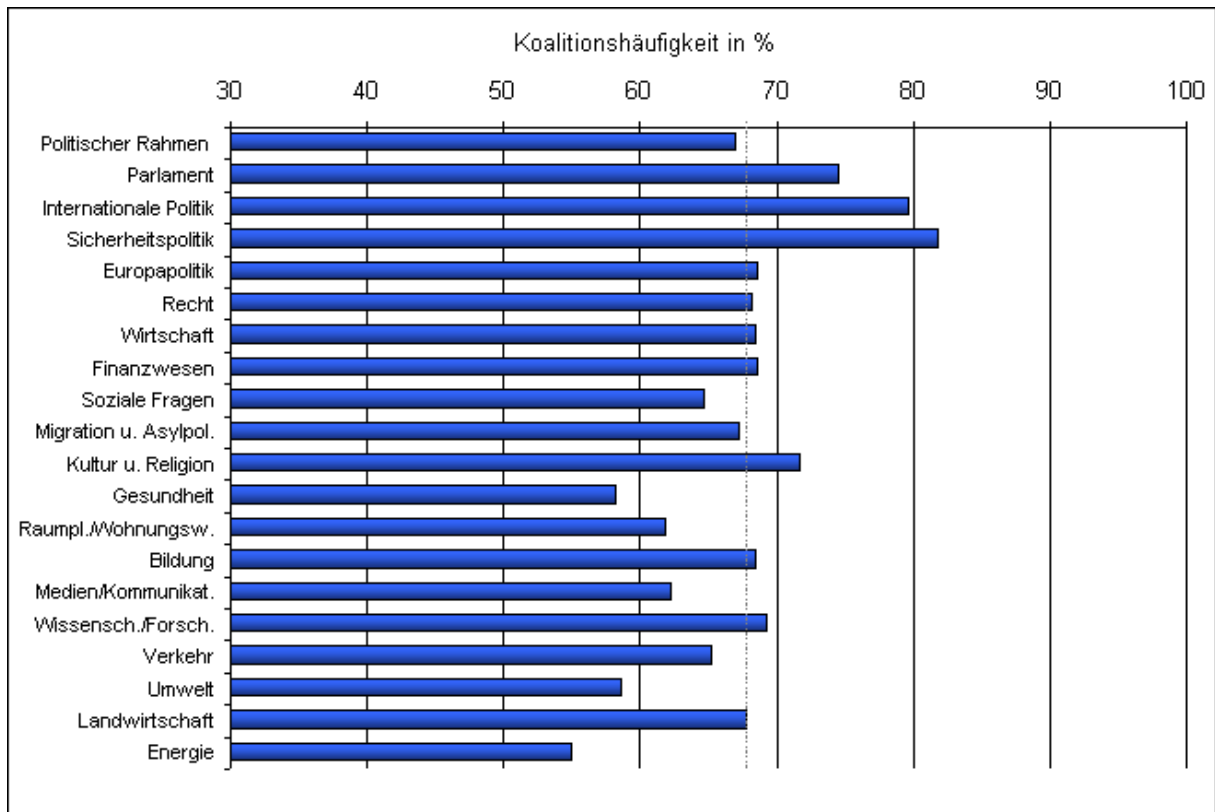


CVP-SVP 2003-2005

Die Grafik bildet die Intensität der Zusammenarbeit in acht Themenbereichen im schweizerischen Nationalrat ab. Ein Wert von 100 bedeutet, dass in allen Abstimmungen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Fraktionen gleich abgestimmt hat; ein Wert von 0 heisst, dass in keiner Abstimmung eine solche Übereinstimmung zustande kam.

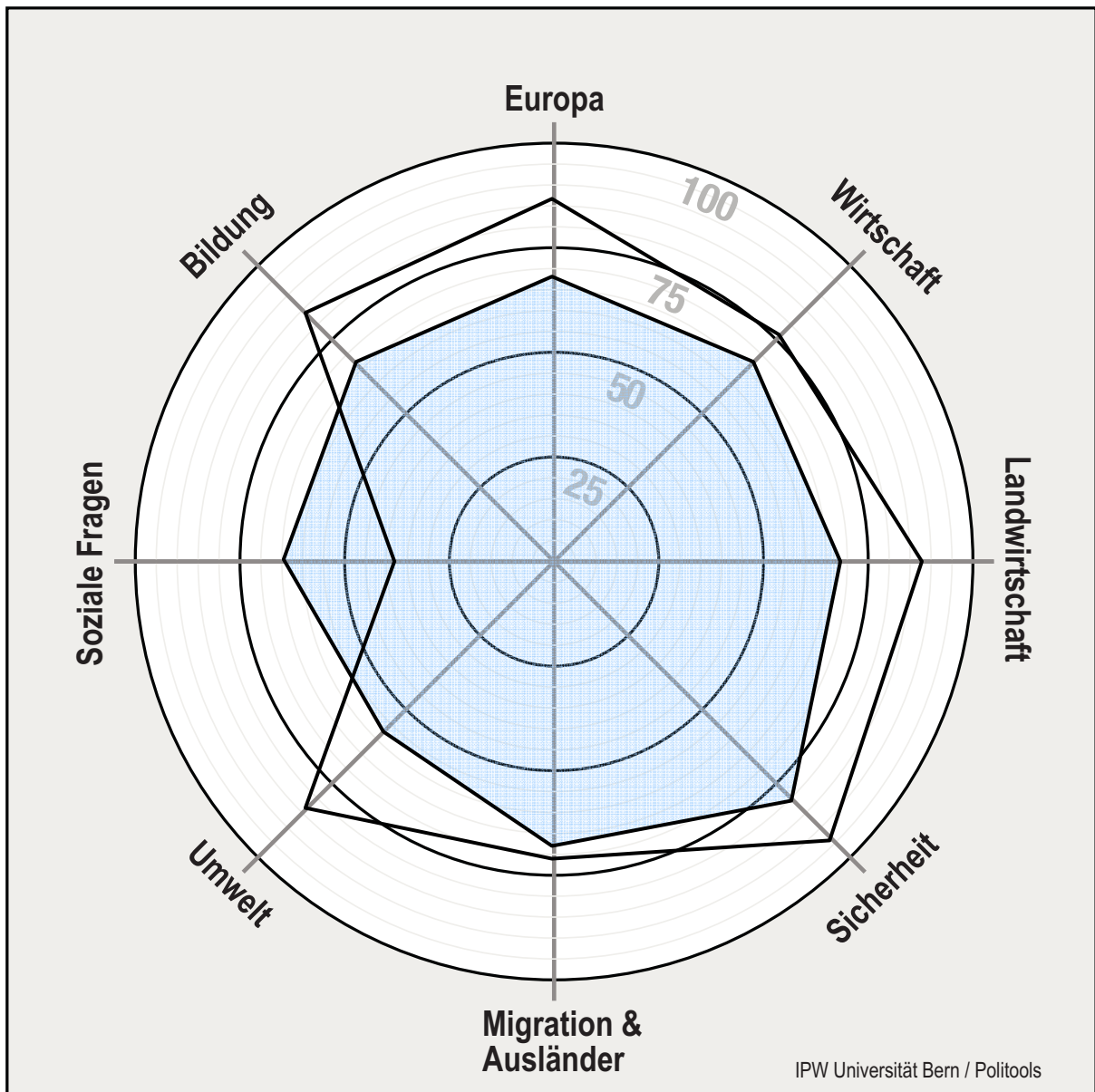
Schliesslich noch ein Blick auf die Koalition der beiden „Mittefraktionen“ (Abbildung 4-19). Überdurchschnittlich erweisen sich bei der CVP-FDP-Koalition die Bereiche Sicherheitspolitik, internationale Politik, Parlamentsorganisation sowie Kultur und Religion. Unterdurchschnittlich häufig bildet sich die Koalition demgegenüber in der Energie-, Gesundheits- sowie in der Umweltpolitik.

Abbildung 4-19 Koalitionshäufigkeit von CVP und FDP nach Themenbereich



Das Koalitionsprofil von CVP und FDP in Abbildung 4-20 weist die markantesten Veränderungen seit Beginn der 47. Legislaturperiode auf. Mit Ausnahme der Migrationspolitik sind in allen Politikbereichen erhebliche Unterschiede festzustellen, wobei in den meisten Fällen die Koalitionsintensität relativ stark zugenommen hat. Einzig im Sozialbereich ist eine geringere Übereinstimmung zwischen den beiden bürgerlichen Fraktionen festzustellen.

Abbildung 4-20 CVP-FDP-Koalitionsprofil in acht Themenbereichen



 CVP-FDP 1996-2005

 CVP-FDP 2003-2005

Die Grafik bildet die Intensität der Zusammenarbeit in acht Themenbereichen im schweizerischen Nationalrat ab. Ein Wert von 100 bedeutet, dass in allen Abstimmungen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Fraktionen gleich abgestimmt hat; ein Wert von 0 heisst, dass in keiner Abstimmung eine solche Übereinstimmung zustande kam.

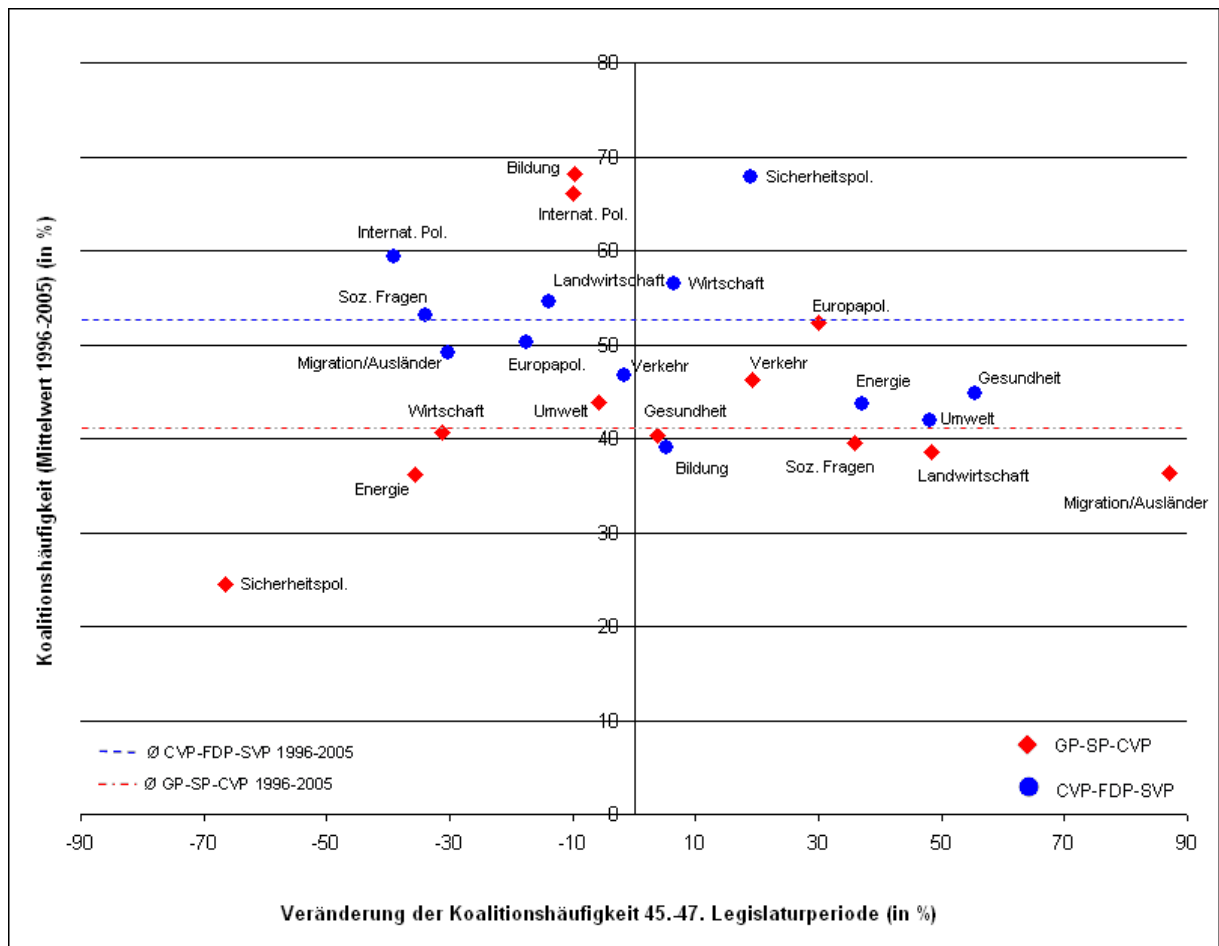
Erweisen sich diese Anteile über die drei beobachteten Legislaturperioden als stabil oder sind aufgrund der Umwälzungen im schweizerischen Parteiensystem, die sich in den Nationalratswahlen seit 1995 manifestiert haben, substantielle Veränderungen festzustellen? Die nachfolgende Abbildung, die sich auf die beiden Dreierkoalitionen aus GP, SP und CVP auf der einen Seite und CVP, FDP und SVP auf der anderen Seite bezieht, gibt dazu einige zusammenfassende Antworten: Auf der vertikalen Achse ist die durchschnittliche Koalitionswahrscheinlichkeit pro Themenbereich (über alle Legislaturperioden) abgetragen, während die horizontale Achse die Veränderung der Koalitionswahrscheinlichkeit zwischen der 45. und der 47. Legislaturperiode angibt. Aus den 20 Themenbereichen sind für die grafische Darstellung die zwölf bedeutendsten Themen ausgewählt worden. Ebenso sind in der Abbildung alle Themen ausgeschlossen, die in der ersten Hälfte der 47. Legislatur geringe Fallzahlen aufgewiesen haben, da ansonsten der statistische Aussagewert zu stark eingeschränkt wäre.

Beginnend mit der bürgerlichen Dreierkoalition (Kreissymbole) zeigt sich, dass sich der allgemeine Trend einer sinkenden Übereinstimmung (allerdings auf hohem Niveau) zwischen den bürgerlichen Fraktionen in folgenden Themenbereichen besonders ausgeprägt darstellt: bei Vorlagen zur internationalen Politik (von rund 63 auf 38 Prozent), bei der Sozialpolitik (von 53 auf 35 Prozent), sowie – in Anbetracht der jüngsten Entwicklungen um die Revision der Asylgesetzgebung eher überraschend – bei der Migrationspolitik (von 63 auf 44 Prozent). Bei der Migrationspolitik setzte der Abwärtstrend bereits mit der 46. Legislaturperiode ein, während in den übrigen genannten Bereichen erst mit der 47. Legislaturperiode stark sinkende Verläufe zu verzeichnen sind. Ebenfalls betroffen von der zunehmenden Uneinigkeit zwischen CVP, FDP und SVP sind in einem minder schweren Ausmass auch die Europa- und die Landwirtschaftspolitik.

Demgegenüber kann in sechs Bereichen die allgemein sinkende Tendenz nicht bestätigt werden. Dies gilt allen voran für die Gesundheits-, Umwelt- und die Energiepolitik; in diesen Bereichen arbeiteten die drei bürgerlichen Partner in der ersten Hälfte der 47. Legislaturperiode erheblich besser zusammen als noch in der 45. Periode. Ebenfalls verbessert haben sich die Beziehungen in der Sicherheitspolitik und in einem geringeren Ausmass auch in der Wirtschafts- und Bildungspolitik.

Bei der Mitte-Links-Koalition zwischen GP, SP und CVP springen insbesondere die atypisch stark sinkenden Koalitionshäufigkeiten in den drei Bereichen Sicherheitspolitik (von rund 30 auf 10 Prozent), Wirtschaftspolitik (von 44 auf 30.5 Prozent), sowie Energiepolitik (von 45 auf 29 Prozent) ins Auge. In allen diesen Feldern hat sich die CVP inzwischen stärker der bürgerlichen Seite zugewandt. Demgegenüber sind in fünf Politikfeldern zum Teil stark steigende Koalitionshäufigkeiten im Mitte-Links-Lager zu verzeichnen: bei Migrationsfragen (von 23 auf 44 Prozent), in der Landwirtschaftspolitik (von rund 35 auf 52.5 Prozent), in der Sozialpolitik (von 36 auf 49 Prozent), in der Europapolitik (von 50.5 auf ca. 66 Prozent) sowie im Verkehrsbereich (von knapp 52 auf 61.5 Prozent).

Abbildung 4-21 Durchschnittliche Koalitionshäufigkeit und Veränderung über die Zeit von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich



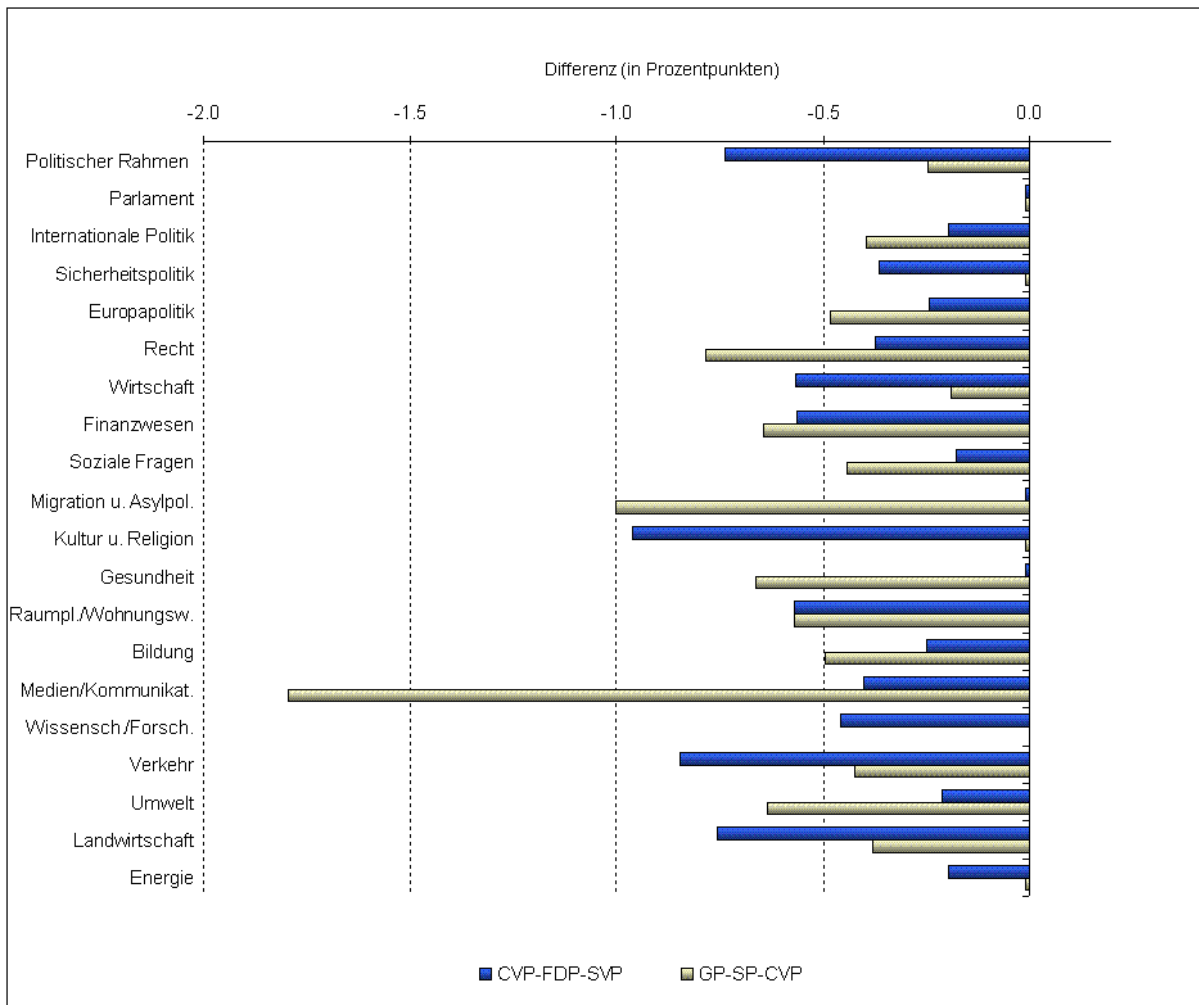
Erfolgsquote der Koalitionsmuster nach Themenbereich

Es fragt sich nun, welchen Erfolg die einzelnen Koalitionsformationen innerhalb der Themenbereiche haben. Abbildung 4-22 veranschaulicht die Prozentpunkt-Differenz zwischen Häufigkeit und Erfolgsrate der beiden Dreierkoalitionen CVP-FDP-SVP sowie GP-SP-CVP. Ein Wert von null bedeutet, dass die betreffende Koalition in einem Politikbereich jedes Mal erfolgreich war, wenn sie sich gebildet hat; ein negativer Wert deutet demgegenüber auf eine unterproportionale Erfolgsrate hin. Die Untersuchung bezieht sich hier auf die wichtigste Geschäftskategorie, die vom Bundesrat eingebrachten Vorlagen.

Die Grafik macht deutlich, dass beide Dreierkoalitionen sehr hohe Erfolgsraten von gegen 100 Prozent aufweisen, da die grösste negative Abweichung nur 1.8 Prozentpunkte beträgt (GP-SP-CVP-Koalition im Bereich Medien/Kommunikation). In der CVP-FDP-SVP-Koalition weist der Bereich Kultur und Religion mit 1.0 Prozentpunkten die grösste Abweichung auf. Es kann daher insgesamt festgestellt werden, dass *wenn* sich die eine der beiden Dreierkoalitionen bildet, dann

bringt diese ihre Position praktisch immer durch. Um zu beurteilen, welche Politikbereiche eher von einer Mitte-links-Koalition (GP, SP, CVP) und welche von der bürgerlichen Seite dominiert werden, reicht es daher aus, lediglich die Koalitionshäufigkeiten zu betrachten (vgl. Abbildungen 4-9 und 4-21).

Abbildung 4-22 Prozentpunkt-Differenz von Koalitionserfolg und -häufigkeit von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich in Bezug auf vom Bundesrat eingebrachte Geschäfte

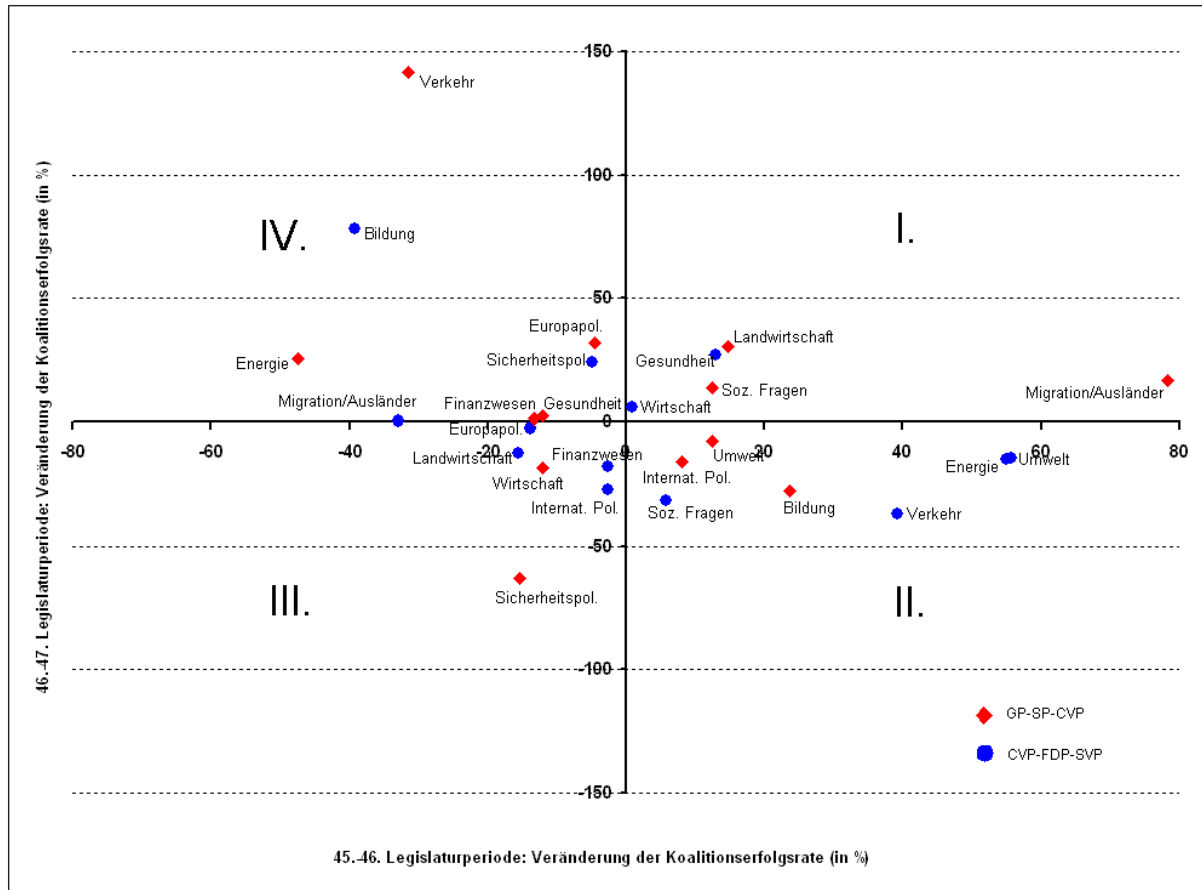


Wie haben sich die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat seit der 45. Legislaturperiode auf die themenspezifischen Erfolgsraten der beiden Koalitionsmuster ausgewirkt? In der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre wurden hierzu sehr unterschiedliche Wahrnehmungen geäußert; die einen sprachen von einem Trend Richtung „mitte-links“, für andere war eine „rechtsbürgerliche Wende“ zu spüren. Welche Entwicklung lässt sich aus den Abstimmungsdaten erkennen? Die nachfolgende Abbildung 4-23 stellt die prozentuale Veränderung zwischen der 45. und 46. Legislaturperiode auf der horizontalen Achse und die Veränderung zwischen der 46. und 47. Legislaturperiode auf der vertikalen Achse dar. Die abgebildeten Politikbereiche fallen somit in

einen von vier Quadranten: In Quadrant I sind diejenigen Bereiche angesiedelt, bei denen über alle drei Legislaturperioden steigende Erfolgsraten zu verzeichnen sind. Darunter fallen für die Mitte-links-Koalition die Bereiche Migration/Ausländer, soziale Fragen sowie die Landwirtschaftspolitik. Innerhalb der bürgerlichen Koalition ist nur die Gesundheitspolitik davon betroffen, während sich die Wirtschaftspolitik praktisch am Ursprung der Grafik befindet. Quadrant II umfasst diejenigen Bereiche, die zwischen der 45. und 46. Legislaturperiode steigende und zwischen der 46. und 47. Legislaturperiode sinkende Erfolgsraten aufweisen. Bei der bürgerlichen Koalition sind dies die Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik sowie der Sozialbereich; in der Mitte-links-Koalition sind die Bereiche Bildung, Umwelt und internationale Politik von einer solchen Entwicklung betroffen. Der dritte Quadrant ist das Gegenstück zum ersten Quadranten und beinhaltet Politikfelder, die über alle Legislaturperioden sinkende Erfolgswahrscheinlichkeiten aufweisen. Augenfällig ist diesbezüglich vor allem der sicherheitspolitische Bereich in der GP-SP-CVP-Koalition. Etwas weniger dramatisch sind demgegenüber die Rückgänge in der Wirtschaftspolitik (Mitte-links-Koalition) bzw. in den Bereichen internationale Politik, Finanzwesen, Landwirtschaft und Europapolitik (bürgerliche Koalition). Einige markante Punkte weist der letzte Quadrant IV auf, der sinkende Erfolge zwischen der 45. und 46. Periode mit steigenden Erfolgsraten zwischen der 46. und 47. Periode kombiniert: In der Mitte-links-Allianz betrifft dies hauptsächlich die Verkehrs-, Energie- und Europapolitik, während in der bürgerlichen Koalition die Bildungs- und Sicherheitspolitik eine solche Entwicklung aufweist.

Die Beantwortung der Frage, ob die Politik im Nationalrat nun vermehrt „bürgerlich“ oder „mitte-links“-dominiert ist, kann nicht pauschal erfolgen. Am Beispiel der aktuell sehr kontrovers debattierten Migrations- und Ausländerpolitik lässt sich quantitativ beispielsweise sagen, dass vor allem zwischen der 45. und 46. Legislaturperiode eine stärkere Zusammenarbeit zwischen GP, SP und CVP stattgefunden hat, die auf Kosten der bürgerlichen Allianz ging. Zwischen der 46. und 47. Periode hat sich diese Entwicklung allerdings nicht fortgesetzt.

Abbildung 4-23 Zeitliche Veränderung des Koalitionserfolgs von CVP-FDP-SVP und GP-SP-CVP nach Themenbereich



4.4 Überprüfung der Hypothesen

Ausgehend von der internationalen Literatur zur Koalitionsforschung wurden in Kapitel 3 fünf Hypothesen formuliert, die sich mit der Wirkung institutioneller, parteiideologischer sowie politikfeldbezogener Faktoren auf die Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat befassen. Nachfolgend werden die einzelnen Hypothesen einer einfachen statistischen Überprüfung unterzogen.

4.4.1 Institutionelle Faktoren

Die erste Hypothese H1 lautete:

Bei Vorlagen, die entweder dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen, sind häufiger übergrosse Koalitionsmehrheiten zu erwarten als bei Vorlagen, die dieser Hürde nicht ausgesetzt sind.

Die Hypothese folgt einer Reihe theoretischer Ansätze, die bei Entscheidungen unter erhöhter Unsicherheit über den zukünftigen Erfolg (Shepsle 1972; Shepsle/Weingast 1981) bzw. bei Entscheidungen, bei denen zusätzliche Vetospieler dem parlamentarischen Prozess nachgelagert sind (Tsebelis 2000, 2002; Carrubba/Volden 2000), für den sicheren Sprung über die Erfolgsschwelle eine politisch definierte, übergrosse Koalition im Parlament erwarten (sogenanntes MNC-Kriterium; vgl. Abschnitte 2.3 und 2.4). Im konkreten Fall der Schweiz hiesse dies, dass bei obligatorischen Referenden, wo allen Akteuren von Anfang an klar ist, dass der Parlamentsentscheidung eine Volksabstimmung (mit qualifiziertem Ständemehr-Erfordernis) folgen wird, am häufigsten übergrosse Koalitionen zu beobachten sein müssten. Auf einer nächst tieferen Stufe wären gemäss reiner Vetospieler-Logik diejenigen Vorlagen anzusiedeln, die dem fakultativen Referendum unterstehen. Am stärksten dem einfachen MWC-Kriterium müssten schliesslich diejenigen Parlamentsentscheide entsprechen, bei denen keine nachträgliche Referendumsmöglichkeit besteht.

Die Hypothese wurde anhand der 1'440 nationalrätlichen Gesamt- und Schlussabstimmungen der Jahre 1996 bis 2005 überprüft. Darin sind folgende Geschäftskategorien enthalten: Parlamentarische Initiativen und Standesinitiativen, denen Folge gegeben wurde, sowie als grösste Gruppe die vom Bundesrat eingebrachten Geschäfte. Bei den Gesamt- und Schlussabstimmungen handelt es sich überdies um Abstimmungen, die als Gesamtbewertung des legislativen Aushandlungsprozesses interpretiert werden können. Den Akteuren ist zu diesem Zeitpunkt klar ersichtlich, was das Produkt der parlamentarischen Beratung ist und ob bzw. in welcher Form es einer Volksabstimmung zugänglich sein wird. Sollte die vorgelagerte Detailberatungsphase darauf angelegt gewesen sein, politisch *notwendige* übergrosse Mehrheiten im Hinblick auf eine allfällige Volksabstimmung zu schmieden, denn müsste dies spätestens im Rahmen der Gesamt- und Schlussabstimmungen empirisch zum Tragen kommen.

Die untersuchten Abstimmungen wurden insgesamt in vier Kategorien unterteilt. Eine erste Kategorie bilden diejenigen Abstimmungen, die weder obligatorisch noch fakultativ dem Referendum unterstehen, zu denen also unter keinen Umständen eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann. Die zweite und dritte Kategorie bilden die Abstimmungen zu Vorlagen, die dem fakultativen Referendum unterstellt sind. Es wurde hier unterschieden zwischen der grossen Gruppe von Vorlagen, bei denen die Möglichkeit des Referendums ungenutzt blieb, und einer kleineren Gruppe, bei der das Referendum tatsächlich ergriffen wurde. Die vierte Kategorie schliesslich bilden diejenigen Vorlagen, denen obligatorischen Referenden nachgelagert sind.²⁴

Als abhängige Variable dient als erstes der sogenannte „agreement index“ (vgl. Hix et al. 2005), eine Weiterentwicklung des häufig verwendeten Rice-Index (vgl. Rice 1925). Der Agreement-Index (AI) berechnet sich nach der Formel:

$$AI_i = \frac{\max\{Y_i, N_i, A_i\} - 0.5[(Y_i + N_i + A_i) - \max\{Y_i, N_i, A_i\}]}{(Y_i + N_i + A_i)}$$

²⁴ Über die Frage, welche Gesetzgebungsinhalte dem Referendum unterstehen bzw. wann eine fakultative und wann eine obligatorische Volksabstimmung ansteht, geben die Art. 140 und 141 BV Auskunft.

wobei Y_i , N_i und A_i für die Anzahl Ja- (bzw. Nein- und Enthaltungs-Stimmen) in der Einzelabstimmung i stehen. Der Index kann Werte zwischen null (absolute Ungeschlossenheit) und eins (absolute Geschlossenheit) annehmen.

Der Vorteil des Agreement-Index gegenüber dem Rice-Index liegt in der Berücksichtigung von Stimmenthaltungen. In der vorliegenden Anwendung misst der Agreement-Index die Geschlossenheit des Stimmverhaltens im Gesamt-Nationalrat; d.h. je näher der Index beim Maximalwert 1.0 liegt, desto einheitlicher hat der Nationalrat eine Vorlage beurteilt. Der Index ist somit streng genommen kein Mass für die Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen, sondern lediglich für die generelle Mehrheitsbildung im Nationalrat.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die arithmetischen Mittelwerte des Agreement-Index in Bezug auf die vier zuvor genannten Kategorien. Es zeigt sich, dass anders als aufgrund der theoretischen Überlegungen erwartet, unter den nicht referendumsfähigen Vorlagen die grösste Einigkeit des Gesamtrats festzustellen ist, während bei den Parlamentsentscheiden, denen ein obligatorisches Referendum folgte, ein ausserordentlich tiefer Indexwert ermittelt wird; lediglich Vorlagen, zu denen tatsächlich das fakultative Referendum ergriffen wurde, waren im Gesamtrat noch umstrittener.

Tabelle 4-17 Agreement-Index (Mittelwerte) nach Referendumsfähigkeit in Gesamt- und Schlussabstimmungen

	Mittelwert Agreement-Index	N
nicht referendumsfähig	0.825 (0.216)	602
fakultatives Referendum nicht ergriffen	0.807 (0.224)	736
fakultatives Referendum ergriffen	0.484 (0.183)	62
obligatorisches Referendum	0.580 (0.225)	40
<i>Gesamt</i>	<i>0.794</i> <i>(0.232)</i>	<i>1'440</i>

In Klammern: Standardabweichung des Mittelwerts.

Dasselbe Bild zeigt sich bei der Berechnung des einfachen Zusammenhangs (Korrelationskoeffizient) zwischen dem „Grad der Referendumsfähigkeit“ (mit den drei Ausprägungen: nicht referendumsfähig, dem fakultativen Referendum unterstehend sowie dem obligatorischen Referendum unterstehend) und dem Agreement-Index (vgl. Tabelle 4-18). Das Resultat ergibt einen signifikant *negativen* Zusammenhang, was bedeutet, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden darf, dass mit steigendem Grad der Referendumsfähigkeit die Einigkeit im Stimmverhalten des Gesamtrats abnimmt.

Tabelle 4-18 Korrelation zwischen dem Grad der Referendumsfähigkeit und dem Agreement-Index (Gesamt- und Schlussabstimmungen)

Grad der Referendumsfähigkeit *	
Agreement-Index	
Korrelationskoeffizient r nach Pearson	-0.149 **
N	1'440

** auf 99%-Niveau signifikant

Man kann einwenden, dass der Agreement-Index ein unzureichendes Mass für die Koalitionsbildung darstellt. Die Hypothese H1 wurde daher zusätzlich mit einer weiteren abhängigen Variablen überprüft: die Anzahl der Fraktionen, die in den untersuchten Gesamt- und Schlussabstimmungen einer Vorlage mehrheitlich zugestimmt haben. Zur Bestimmung der Mehrheit kam einerseits das 50%-Kriterium, andererseits das in der vorliegenden Studie zumeist angewandte Zweidrittelquorum zum Zuge. In die Auswertung einbezogen wurden die fünf Fraktionen von CVP, GP, FDP, SP und SVP. Die Wertespanne der abhängigen Variable reicht somit von (theoretisch möglichen) null bis zum Wert fünf.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Mittel- und Medianwerte über die vier definierten Vorlagekategorien dar (separat für das 50%- und das 66%-Mehrheitskriterium). Es zeigt sich dasselbe Bild wie bei der vorgängigen Auswertung mit dem Agreement-Index: Bei Abstimmungen zu nicht referendumpflichtigen Vorlagen sowie zu Vorlagen, bei denen das fakultative Referendum nicht ergriffen wurde, sind die höchsten Mittelwerte in Bezug auf die Anzahl zustimmender Fraktionen auszumachen. Deutlich tiefer fallen die Werte für Abstimmungen mit obligatorischem Referendum aus.

Tabelle 4-19 Anzahl zustimmende Fraktionen (Mittelwert und Median) nach Referendumsfähigkeit in Gesamt- und Schlussabstimmungen

	50%-Mehrheitskriterium		66%-Mehrheitskriterium		N
	Anz. zustimmende Fraktionen		Anz. zustimmende Fraktionen		
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	
nicht referendumsfähig	4.425 (0.825)	5.0	4.349 (0.885)	5.0	602
fakultatives Referendum nicht ergriffen	4.391 (0.845)	5.0	4.303 (0.900)	5.0	736
fakultatives Referendum ergriffen	3.242 (0.862)	3.0	3.081 (0.816)	3.0	62
obligatorisches Referendum	3.625 (0.925)	4.0	3.425 (1.035)	3.0	40
<i>Gesamt</i>	<i>4.335</i> <i>(0.880)</i>	<i>5.0</i>	<i>4.245</i> <i>(0.939)</i>	<i>5.0</i>	<i>1'440</i>

In Klammern: Standardabweichung des Mittelwerts.

Auch der Test des Zusammenhangs zwischen dem Grad der Referendumsfähigkeit und der Anzahl zustimmender Fraktionen fällt wiederum signifikant negativ aus, d.h. je höher die Referendumshürde, desto weniger Fraktionen stimmen der Vorlage mehrheitlich zu (vgl. Tabelle 4-20). Die Hypo-

these H1 kann daher aufgrund dieser bivariaten statistischen Überprüfung insgesamt verworfen werden, was bedeutet, dass die Höhe der Referendumshürde allein keine hinreichende Erklärung für die Koalitionsgrösse im Parlament bietet. Zwei Faktoren, die in der vorliegenden Studie nicht näher untersucht werden, dürfen für diesen Befund eine entscheidende Rolle spielen: Erstens, der Konfliktgrad im Parlament dürfte wesentlich durch die inhaltliche Bedeutung der zur Abstimmung stehenden Vorlage bestimmt werden. Die direkte Demokratie der Schweiz ist juristisch im Grundsatz so konzipiert, dass die am weitesten reichenden Änderungen dem obligatorischen Referendum, Änderungen mittleren Grads dem fakultativen Referendum und wenig bedeutende Anpassungen keiner Volksabstimmung unterstehen (vgl. Linder 1999: 237). Es scheint daher plausibel, dass die bedeutendsten Vorlagen auch einen erhöhten Konfliktivitätsgrad nach sich ziehen. Zweitens, die parlamentarischen Akteure können in ihren Entscheidungen auf einen grossen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Erfolgswahrscheinlichkeit in Volksabstimmungen zurück greifen. Der von den RC-Ansätzen aufgebrachte Unsicherheitsfaktor bzw. die zusätzliche Hürde im Vetospieler-Ansatz sind daher in der Praxis weniger gravierend als es die Theorie vermuten lässt, da erfahrene Akteure das erwartete Stimmverhalten in einem Referendum aufgrund vergangener Erfahrungen relativ genau einschätzen und dadurch Rückschlüsse auf die geeignete Strategie im Parlament ziehen können.

Tabelle 4-20 Korrelation zwischen dem Grad der Referendumsfähigkeit und der Anzahl zustimmender Fraktionen (Gesamt- und Schlussabstimmungen)

Grad der Referendumsfähigkeit *	50%-Kriterium	66%-Kriterium
Anzahl zustimmende Fraktionen		
Korrelationskoeffizient r nach Pearson	-0.121 **	-0.130 **
N	1'440	1'440

** auf 99%-Niveau signifikant

Die Überprüfung der zweiten Hypothese bezieht sich auf folgende Formulierung von H2:

Mit der zunehmenden politischen Inkongruenz zwischen National- und Ständerat (ausgeprägt seit den Wahlen 2003) ist entweder eine verstärkte Tendenz zu übergrossen Mehrheiten oder ein vermehrtes Scheitern von Vorlagen im Differenzbereinigungsverfahren zu erwarten.

Zur Überprüfung der Hypothese wird zuerst wird der erste Teil angegangen (verstärkte Tendenz zu übergrossen Mehrheiten). In Tabelle 4-21 findet sich eine Auswertung der Mittel- und Medianwerte der Anzahl zustimmender Fraktionen, aufgeschlüsselt nach den drei untersuchten Legislaturperioden. Nach der Hypothese H2 müsste ab der 47. Legislaturperiode eine erhöhte Tendenz zu übergrossen Mehrheiten festzustellen sein, da seit den Wahlen 2003 die politische Zusammensetzung von National- und Ständerat relativ stark auseinander fällt (d.h. Möglichkeit der Mehrheitsbildung von SP und SVP im Nationalrat, während im Ständerat CVP und FDP nach wie vor über eine klare Mehrheitsstellung verfügen). Es zeigt sich jedoch, dass aufgrund der Mittelwertvergleiche keine

Tendenz zu übergrossen Koalitionen festgestellt werden kann; im Gegenteil, die durchschnittliche Anzahl zustimmender Fraktionen nahm zwischen der 45. und 47. Legislatur laufend ab.

Tabelle 4-21 Anzahl zustimmende Fraktionen (Mittelwert und Median) nach Legislaturperiode in Gesamt- und Schlussabstimmungen

	50%-Mehrheitskriterium		66%-Mehrheitskriterium		N
	Anz. zustimmende Fraktionen		Anz. zustimmende Fraktionen		
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	
45. Legislaturperiode	4.357 (0.866)	5.0	4.254 (0.945)	5.0	524
46. Legislaturperiode	4.339 (0.904)	5.0	4.249 (0.962)	5.0	638
47. Legislaturperiode	4.284 (0.851)	5.0	4.219 (0.874)	4.0	278
<i>Gesamt</i>	4.335 (0.880)	5.0	4.245 (0.939)	5.0	1'440

In Klammern: Standardabweichung des Mittelwerts.

Dieses Bild wird auch durch die Berechnung des Korrelationskoeffizienten gestützt (Tabelle 4-22), der negativ ausgewiesene Zusammenhang zwischen der Zeitperiode und der Anzahl zustimmender Fraktionen ist jedoch nicht signifikant. Insgesamt kann aufgrund dieser bivariaten statistischen Analyse der erste Teil der Hypothese H2 dennoch verworfen werden: Die zunehmende Inkongruenz zwischen National- und Ständerat führte bisher nicht zu einer verstärkten Tendenz zu übergrossen Koalitionsmehrheiten im Nationalrat.

Tabelle 4-22 Korrelation zwischen der Legislaturperiode und der Anzahl zustimmender Fraktionen

Legislaturperiode *	50%-Kriterium	66%-Kriterium
Anzahl zustimmende Fraktionen		
Korrelationskoeffizient r nach Pearson	-0.028	-0.012
Anzahl Fälle	1'440	1'440

Der zweite, alternativ formulierte Teil der Hypothese H2 postuliert, dass die zunehmende Inkongruenz ein häufigeres Scheitern von Vorlagen nach sich zieht, da sich die beiden parteipolitisch unterschiedlich zusammengesetzten Kammern zunehmend gegenseitig blockieren. Wie die untenstehende Tabelle 4-23 beweist, kann von einem vermehrten Scheitern von Vorlagen bislang keine Rede sein. Zwar reicht die Untersuchungsperiode nur bis zur Hälfte der 47. Legislaturperiode, doch ist nicht abzusehen, dass sich der im Rahmen der Vorperioden liegende Wert von zwei gescheiterten Vorlagen bis Ende 2007 derart stark erhöhen wird, so dass man von einem signifikanten Unterschied zur 45. und 46. Legislaturperiode sprechen könnte.

Die Hypothese H2 kann somit aufgrund der bivariaten Analysen vollumfänglich verworfen werden: Die zunehmende politische Inkongruenz zwischen National- und Ständerat hat weder zu einer er-

höhten Tendenz zu übergrossen Mehrheiten noch zu einem vermehrten Scheitern von Vorlagen im Differenzbereinungsverfahren geführt.

Tabelle 4-23 Anzahl gescheiterte Vorlagen nach Legislaturperiode in Gesamt- und Schlussabstimmungen

Legislaturperiode	Anzahl Vorlagen gesamt	Anzahl geschei- terte Vorlagen	in % aller Vorlagen
45. Legislaturperiode	547	2	0.4
46. Legislaturperiode	679	3	0.4
47. Legislaturperiode	281	2	0.7
<i>Gesamt</i>	<i>1'507</i>	<i>7</i>	<i>0.5</i>

Die Effekte des Grads der Referendumsfähigkeit der Vorlagen sowie der sich wandelnden Zusammensetzung des Nationalrats zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode wurden zusätzlich auch einer multivariaten Analyse unterzogen. Das heisst, dass nicht mehr nur eine, sondern mehrere unabhängige Variablen in ein statistisches Modell aufgenommen werden, um die Verteilung der abhängigen Variablen zu erklären. Der Vorteil gegenüber der rein bivariaten Vorgehensweise liegt in der präziseren Abschätzung des tatsächlichen Einflusses der einzelnen unabhängigen Variablen, da allfällige Fremdeffekte ausgeschlossen werden können.

Nachfolgend wurden drei unterschiedliche Modelle berechnet (vgl. Tabelle 4-24 und auch Bächtiger et al. 2006). Das erste Modell beinhaltet als abhängige Variable den Agreement-Index des Gesamtrats, das zweite Modell die Anzahl zustimmender Fraktionen. Es handelt sich also um dieselben abhängigen Variablen, wie sie bisher bei der Prüfung der Hypothesen H1 und H2 verwendet wurden. Allen Modellen liegen dieselben unabhängigen Variablen zugrunde (alle als 0/1-codierte Dummy-Variablen definiert):

- die Legislaturperioden (mit der 45. Legislaturperiode als Referenzkategorie)
- die Referendumsfähigkeit der Vorlagen (mit den nicht-referendumsfähigen Vorlagen als Referenzkategorie)
- 16 Politikbereiche²⁵

Durch die Integration der Politikfelder wird im Modell für politikbereichsspezifische Einflüsse auf den Umfang der Abstimmungsmehrheit kontrolliert. Denn es erscheint plausibel, dass nicht nur die Veränderungen über die Zeit (Legislaturperioden) und die Referendumsfähigkeit der Vorlage, sondern auch der Politikbereich der Vorlage über die Zusammensetzung der Abstimmungsmehrheit bestimmt.

²⁵ Die offiziell 20 Bereiche wurden zu 16 Bereichen zusammengefasst, damit in der 47. Legislatur für alle Kategorien eine hinreichende Anzahl von Fällen vorliegt. Dies betrifft: 1. die Bereiche „Politischer Rahmen“ und „Parlament“ (zu „Staatliche Institutionen“), 2. den Bereich „Raumplanung/Wohnungswesen“, der dem Bereich „Soziale Fragen“ zugeordnet wurde, 3. die Zusammenfassung der Bereiche „Bildung“, „Wissenschaft/Forschung“ und „Kultur & Religion“. Beim Zusammenfügen der Kategorien wurde darauf geachtet, dass die betroffenen Bereiche eine ähnliche Struktur der Koalitionsmuster aufweisen.

Die Modelle 1 und 2 lassen sich in Übereinstimmung mit der zuvor durchgeführten bivariaten Überprüfung interpretieren: So werden die Koalitionsmehrheiten mit zunehmender zeitlicher Entfernung von der 45. Legislatur kleiner, allerdings ist auch im Regressionsmodell dieser Zusammenhang nicht signifikant. Hoch signifikant ist demgegenüber der negative Einfluss des obligatorischen Referendumserfordernisses auf die Grösse der Abstimmungscoalition. Auch bei den Themenbereichen spiegeln sich die Erkenntnisse aus den vorgängigen Analysen wider: Prädestiniert für übergrosse Koalitionen sind vor allem Abstimmungen im Bereich der allgemeinen Aussenpolitik, während das Gegenteil von den Bereichen Sicherheitspolitik sowie teilweise von der Sozial- und Migrations- und Energiepolitik behauptet werden kann (nur im Modell 1).

Das dritte Regressionsmodell verwendet als abhängige Variable das Vorliegen einer grossen „Konkordanzkoalition“ aus (mindestens) den vier Bundesratsparteien gegenüber allen anderen Koalitionsmustern, in denen die vier grossen Fraktionen nicht gleicher Meinung sind. Im Zeitverlauf zeigt sich wiederum, dass die Konkordanzkoalition zunehmend weniger wahrscheinlich geworden ist (allerdings wiederum nicht signifikant). Ebenso zeigt sich, dass eine obligatorische Volksabstimmung nach dem parlamentarischen Verfahren nicht zur Bildung von Konkordanzkoalitionen führt. Und auch in Bezug auf den Einfluss bestimmter Politikbereiche lassen sich dieselben Aussagen wie zuvor beim Modell 1 machen: Konkordanzkoalitionen sind wahrscheinlicher im Fall von Vorlagen zur internationalen Politik, während sie in den Bereichen Sicherheits-, Sozial-, Migrations- und Energiepolitik kaum vorkommen.

Insgesamt können somit die Hypothesen H1 und H2 auch nach Überprüfung mittels Regressionsmodell klar verworfen werden.

Tabelle 4-24 Erklärung übergrosser Koalitionsmehrheiten: drei Regressionsmodelle

	Agreement-Index (positiv = hohe Übereinstimmung)	Anzahl zustimmende Fraktionen (positiv = mehr zustimmende Fraktionen)	SP-CVP-FDP-SVP- Koalition (=1) vs. andere Koalitionsformen (=0)
	Modell 1 (OLS)	Modell 2 (OLS)	Modell 3 (Log-log)
46. Legislaturperiode	-0.001 (.021)	-0.079 (.082)	-0.136 (.161)
47. Legislaturperiode	-0.040 (.026)	-0.066 (.099)	-0.172 (.205)
Fakultatives Referendum	-0.033+ (.017)	-0.106 (.067)	-0.289* (.138)
Obligatorisches Referendum	-0.213** (.043)	-0.811** (.182)	-1.270** (.269)
Staatliche Institutionen	-0.018 (.025)	-0.018 (.097)	-0.078 (.172)
Internationale Politik	.101** (.021)	.392** (.085)	.701** (.238)
Sicherheitspolitik	-.121** (.030)	-.623** (.124)	-.652** (.205)
Europa	.007 (.033)	.073 (.132)	-.149 (.264)
Recht	.046* (.020)	.167 (.078)	.338 (.1561)
Wirtschaft	-0.018 (.021)	-0.121 (.084)	-0.027 (.157)
Finanzwesen	-0.028 (.019)	-0.121 (.074)	-0.176 (.151)
Soziale Fragen	-0.036** (.026)	-0.148 (.103)	-0.246** (.178)
Migration & Ausländer	-.152** (.037)	-0.510 (.160)	-1.037** (.272)
Gesundheit	-0.128 (.042)	-0.507 (.169)	-0.708 (.256)
Bildung/Wissenschaft u. Kultur/Religion	.019 (.026)	.068 (.105)	-.106 (.210)
Kommunikation/ Medien	.023 (.040)	.020 (.170)	.043 (.304)
Verkehr	-0.015 (.029)	-0.065 (.116)	-.185 (.216)
Umwelt	-0.026 (.034)	-0.157 (.143)	-0.070 (.257)
Landwirtschaft	-0.000 (.050)	.046 (.186)	.009 (.326)
Energie	-.133* (.052)	-.597 (.230)	-.728* (.324)
Modell-Konstante	.850** (.027)	4.480 (.107)	1.258 (.218)
N	1'440	1'440	1'440
R ²	.138	.128	.583 (Pseudo R ²)
p > F	.000	.000	.000 (p > chi2)

Erklärung: ** p<0.01, * p<0.05, + p<0.10 (zweiseitige Signifikanztests). Bei den OLS-Regressionsmodellen beziehen sich die Angaben auf unstandardisierte Koeffizienten (cluster-korrigierte Standardfehler in Klammern); beim logistischen Modell beziehen sich die Angaben auf Log-log-Koeffizienten (cluster-korrigierte Standardfehler in Klammern). Log-log bezieht sich auf die Inverse der Gumbel-Verteilungsfunktion und wird häufig verwendet, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Events sehr klein ist (wie z.B. die Häufigkeit von SP-CVP-FDP-SVP-Koalitionen im Nationalrat).

4.4.2 Parteiideologische Faktoren

Die Hypothese H3 geht davon aus, dass das Thema einer Abstimmung wesentlich für die Zusammensetzung der Koalition verantwortlich ist. Sie lautet:

Die Muster der Koalitionsbildung fallen themenspezifisch stabil aus, d.h. dass innerhalb der Themenbereiche wechselnde Koalitionsmehrheiten seltener vorkommen als über alle Vorlagen hinweg.

In einer strikten Auslegung bedeutet die Hypothese, dass sich die grosse Varianz in der Koalitionsbildung, die sich beim Betrachten aller Abstimmungen zeigt, innerhalb der einzelnen Themenbereiche erheblich verringern sollte. Oder anders formuliert: innerhalb der einzelnen Themenbereiche müssten sich sehr viel schärfere Konturen der Koalitionsbildung zeigen, als wenn man alle Abstimmung zusammen betrachtet. In einer etwas weniger strikten Auslegung der Hypothese reicht es aus, wenn sich zwischen den Themenbereichen deutliche Unterschiede unter den Koalitionsmustern auffinden lassen, so dass zumindest die Hypothese gestützt werden kann, dass sich die Koalitionsbildung zu einem erheblichen Teil an den politischen Themen orientiert.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Anteile aller acht möglichen Koalitionsmuster (inkl. Gegenkoalition) unter den vier Bundesratsparteien pro Themenbereich wieder. Die ursprünglich 20 Bereiche wurden zu 16 Themenfeldern zusammengefasst, was allerdings die Gesamtanalyse nicht beeinflusst (vgl. dazu Abschnitt 4.4.1). Die acht Koalitionsmuster sind von links nach rechts in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit (basierend auf allen Abstimmungen) dargestellt.

In Bezug auf die strikte Auslegung von Hypothese H3 zeigt sich auf den ersten Blick, dass innerhalb der einzelnen Themenbereiche in den meisten Fällen keine geringere Varianz im Koalitionsbildungsverhalten auszumachen ist als bei Betrachtung der Gesamtheit der Abstimmungen. Selbst in den Bereichen Sicherheits- und Migrationspolitik, in denen die grössten Anteile auf ein einzelnes Koalitionsmuster entfallen, sind nur rund 55 bzw. 51 Prozent der Abstimmungen davon betroffen. So werden beispielsweise die Abstimmungen im Bereich der Migrationspolitik zwar in mehr als der Hälfte der Fälle von der bürgerlichen Dreierkoalition bestimmt, doch je fast 20 Prozent der Abstimmungen entfallen auf Koalitionsmuster, in denen die SP und CVP bzw. SP, CVP und FDP zusammenspannen. Es besteht somit keine statistische Grundlage für die Behauptung, dass sich innerhalb der einzelnen Themenbereiche ständig dieselben Koalitionen bilden würden.

Legt man den weniger strengen Massstab an und überprüft die Hypothese danach, ob sich die Koalitionsbildungsmuster zwischen den Themenbereichen lediglich *erheblich unterscheiden*, ergibt sich ein anderes Bild. In Anbetracht der untenstehenden Tabelle kann mit guten Grund davon ausgegangen werden, dass der Themenbereich einer Abstimmung die Koalitionsbildung mit beeinflusst. Als statistische Grundlage können auch die Regressionsmodelle aus Abschnitt 4.4.1 herangezogen werden, in denen einzelne Politikbereiche einen signifikanten Einfluss auf bestimmte Koalitionskonstellationen aufweisen. Es dürfte ausser Frage stehen, dass sich in einem zusätzli-

chen Regressionsmodell, das weitere Koalitionsmuster als abhängige Variable definieren würde, ebenfalls signifikante Effekte der Themenbereiche zeigen würden.

Die Hypothese H3 kann daher insgesamt teilweise bestätigt werden: Zwar folgt die Koalitionsbildung im Nationalrat nicht einem „parlamentarischen System innerhalb von Abstimmungsthemen“, sondern weist auch bei themenspezifischer Betrachtung eine erhebliche Varianz in den vorgefundenen Koalitionsmustern auf. Dennoch variieren die Anteile der unterschiedlichen Koalitionsmuster *zwischen* den Themenbereichen relativ stark, so dass von einem generellen Einfluss des Politikbereichs auf die Koalitionsbildung ausgegangen werden kann.

Tabelle 4-25 Anteile aller acht möglichen Koalitionsmuster (inkl. Gegenkoalition) unter den vier Bundesratsparteien nach Themenbereich (in Prozent)

	CVP-FDP- SVP vs. SP	SP-CVP- FDP- SVP	FDP- SVP vs. SP-CVP	SP-CVP- FDP vs. SVP	SP-SVP vs. CVP- FDP	SP-FDP- SVP vs. CVP	SP-CVP- SVP vs. FDP	SP-FDP vs. CVP- SVP	Total
Staatl. Institutionen	45.8	19.3	16.6	13.1	1.6	1.3	1.0	1.2	100.0
Internat. Politik	21.5	48.5	10.3	17.2	1.1	0.6	0.2	0.7	100.0
Sicherheitspolitik	55.6	20.0	7.6	10.4	2.5	2.8	0.4	0.7	100.0
Europa	32.7	29.2	14.8	19.5	0.5	1.4	0.2	1.6	100.0
Recht	44.8	21.4	17.8	11.8	1.2	1.0	0.9	1.0	100.0
Wirtschaft	43.5	24.3	16.2	10.5	1.5	0.9	2.0	1.1	100.0
Finanzwesen	44.4	19.7	15.4	14.4	1.8	1.3	1.4	1.5	100.0
Soziale Fragen	46.3	17.6	19.2	11.7	1.2	1.1	1.6	1.2	100.0
Migration/ Ausländer	51.0	9.7	17.3	19.4	1.1	0.9	0.4	0.2	100.0
Gesundheit	39.1	19.7	20.1	13.1	0.9	2.6	1.8	2.6	100.0
Bildung/ Wissen- schaft/ Kultur/ Relig.	29.1	27.7	16.4	22.7	0.8	1.4	1.0	0.9	100.0
Medien/ Kommunikation	40.3	22.6	20.2	11.6	1.5	1.9	1.2	0.7	100.0
Verkehr	35.5	23.5	19.3	17.2	1.4	0.8	1.2	1.1	100.0
Umwelt	35.9	20.9	22.3	16.7	1.2	1.0	1.2	1.0	100.0
Landwirtschaft	42.1	26.6	11.4	13.5	0.9	1.7	1.9	1.9	100.0
Energie	47.4	11.9	26.2	10.3	0.8	0.8	1.4	1.2	100.0
<i>Total</i>	<i>42.7</i>	<i>21.7</i>	<i>16.9</i>	<i>13.7</i>	<i>1.4</i>	<i>1.2</i>	<i>1.2</i>	<i>1.2</i>	<i>100.0</i>

Die Hypothese H4 befasst sich näher mit der Vermutung, dass sich Sitzgewinne für die Fraktionen an den politischen Polen negativ auf deren Durchsetzungsfähigkeit im Nationalrat auswirkt:

Das Erstarken der grossen Parteien an den politischen Polen führt zu einer höheren Misserfolgsrate dieser Parteien in denjenigen Politikbereichen, in denen sie nach Auffassung der übrigen Parteien nicht kompromissfähige Positionen einnehmen.

Aufgrund der Auswertungen in Abschnitt 4.3 ist bereits bekannt, dass der Erfolg einer Fraktion nicht direkt mit der Fraktionsgrösse korrespondiert, sondern hauptsächlich von der politischen Positionierung bzw. der „Koalitionsfähigkeit“ abhängt. Diese Aussage gilt zumindest solange, wie

keine Fraktion absolut geschlossen abstimmt und keine Fraktionen über eine Stimmenmehrheit im Rat verfügt. Die Hypothese H4 geht nun einen Schritt weiter und behauptet einen negativen Zusammenhang zwischen der Fraktionsgrösse und dem Fraktionserfolg in denjenigen Themenfeldern, in denen eine Fraktion, die nicht im politischen Zentrum angesiedelt ist, vor dem Aufstieg die geringsten Übereinstimmungen zu den übrigen Parteien aufwies. Begründet wird dies mit einem Abwehrreflex unter den übrigen Fraktionen, die sich durch die neue Konkurrenz einer Partei, deren politische Positionen kaum Übereinstimmung mit den übrigen Parteien aufweist, „bedroht“ fühlen und verstärkt eine gemeinsame Basis suchen. Gemäss dieser Logik müsste diese Konstellation zu einer erhöhten Kompromisswilligkeit unter den übrigen Fraktionen führen, so dass die aufstrebende Partei die zusätzlich gewonnenen Sitze nicht in Abstimmungserfolge ummünzen kann.

Diese Hypothese wird hier vor allem mit Blick auf die Entwicklung der SVP zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode überprüft, deren nominelle Stärke sich im Nationalrat von 29 Sitzen bei den Wahlen 1995 auf 55 Sitze in den Wahlen 2003 beinahe verdoppelt hat, während alle anderen drei Bundesratsparteien in dieser Periode Sitzanteile verloren haben. Die nachstehende Abbildung 4-24 bildet die Veränderung zwischen der 45. und der 47. Legislaturperiode in Prozentpunkten ab, und zwar in Bezug auf:

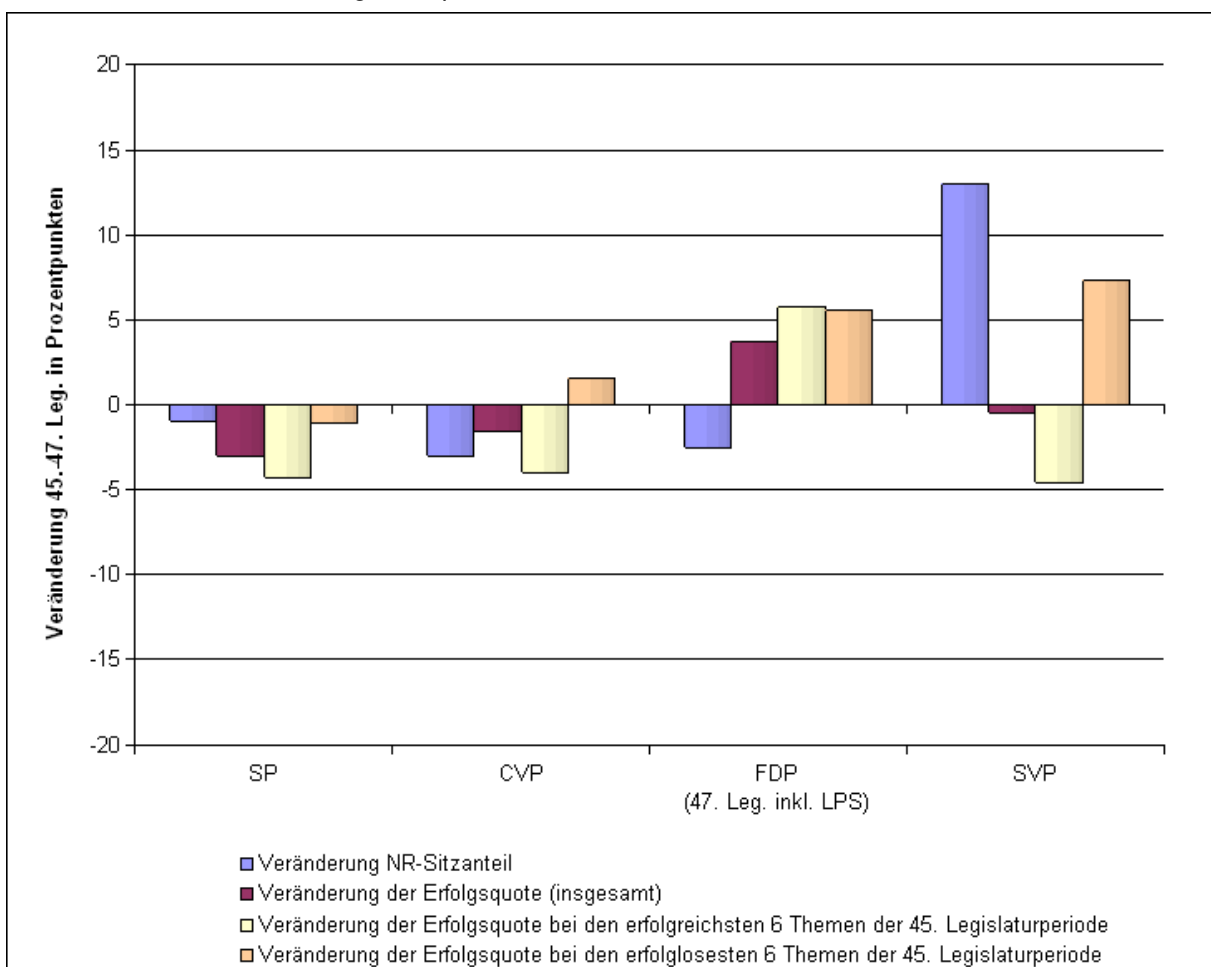
- den Sitzanteil der Fraktionen im Nationalrat,
- die durchschnittliche Erfolgsrate über alle Abstimmungen,
- die Erfolgsrate in denjenigen sechs Themenbereichen, in denen sie in der 45. Legislatur am erfolgreichsten abgeschnitten hat, sowie
- die Erfolgsrate in den sechs Themenbereichen, in denen die Fraktion in der 45. Legislaturperiode am schlechtesten abgeschnitten hat.

Die insgesamt zwölf Bereiche setzen sich somit je nach Fraktion unterschiedlich zusammen. Nach der Hypothese wäre zu erwarten, dass die Veränderungen bei der SVP-Fraktion trotz Sitzgewinnen bei beiden Themengruppen zumindest nicht positiv ausfallen, während die anderen Fraktionen aufgrund eines politischen Zusammenrückens keine negativen Veränderungen erfahren sollten. Aufgrund der Grafik wird sofort ersichtlich, dass sich die Zusammenhänge komplexer darstellen als von der Hypothese postuliert. Zwar vermochte die Entwicklung der Erfolgsquote bei der SVP nicht mit dem Wachstum der Sitzanteile Schritt halten, doch fällt die Veränderung zwischen den erfolgloseren und den erfolgreicherer Themenbereichen der 45. Legislaturperiode sehr unterschiedlich aus: Während in den erfolgreichsten sechs Bereichen ein erheblicher Einbruch bei der Erfolgsquote festzustellen ist, legte die Fraktion in den vormals erfolglosesten sechs Bereichen kräftig zu. Zu diesen Bereichen zählen im Übrigen u.a. die Umwelt- und Energiepolitik sowie das Sozial- und Gesundheitswesen. Geht man von der Annahme aus, dass die politischen Präferenzen der SVP-Fraktion zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode in etwa stabil geblieben sind und dass es sich bei den erfolglosesten Bereichen der 45. Legislaturperiode tatsächlich um diejenigen Bereiche handelt, in denen die Fraktion die geringste durchschnittliche Übereinstimmung mit der Positionen der jeweiligen Parlamentsmehrheit aufgewiesen hat, dann muss die Hypothese bereits aufgrund dieses sehr einfachen statistischen Vergleichs verworfen werden. Denn die SVP-Fraktion konnte in

denjenigen Bereichen, in denen sie in der 45. Legislaturperiode noch die wenigsten Koalitionspartner fand, bis zur 47. Legislatur relativ stark zulegen.

Aus dem Vergleich der drei übrigen Fraktionen wird auch ersichtlich, dass die parteipolitischen Entwicklungen im Nationalrat nicht dazu geführt haben, dass diese Parteien zusammen eine erfolgreichere Politik gezielt gegen die SVP durchsetzen würden. Profiteurin dieser Entwicklungen, zumindest in Bezug auf die Erfolgsrate der eigenen Positionen, ist die FDP-Fraktion, die trotz Sitzverlusten ihre Politik öfters erfolgreich durchbringen konnte – sowohl in Bezug auf die vormals weniger erfolgreichen als auch auf die erfolgreichen Politikbereiche. Der Aufstieg der SVP hat zwar nicht zu einem durchschlagenden Erfolg dieser Partei im Nationalrat geführt, doch scheint er das Zentrum der erfolgreichen Politik ein Stück weg von der CVP, hin zur FDP verlagert zu haben. Allein mit Blick auf die Erfolgsrate lässt sich somit die These postulieren, dass die Hauptnutznießer erstarkender Pole nicht primär an den Polen selbst, sondern im politischen Zentrum zu suchen sind, da CVP und FDP in der aktuellen Sitzkonstellation sowohl für SP als auch für die SVP notwendige Partner für die Mehrheitsbildung darstellen. Gewinnt die SVP, nützt dies eher der FDP-Erfolgsrate, gewinnt die SP, dürfte dies dem Erfolg von CVP-Positionen zugute kommen.

Abbildung 4-24 Veränderung von Sitzanteil und Erfolgsquoten der vier Bundesratsfraktionen zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode



4.4.3 Stimmentausch und Porkbarrel-Verhalten

Die letzte Hypothese H5 befasst sich mit dem Stimmverhalten, das nicht primär nach parteiideologischen Faktoren, sondern durch sogenannte Logrolling- bzw. Porkbarrel-Prozesse determiniert ist (zu den Begriffen vgl. Abschnitt 2.4). Die zugehörige Hypothese H5 lautet:

Bei zentralstaatlichen Ausgabenprogrammen mit regionalspezifischen Bezügen folgt die Koalitionsbildung vermehrt einem Logrolling-Verfahren, in welchem die regionale Herkunft der Ratsmitglieder parteiideologische Merkmale überdeckt.

Für eine umfassende Überprüfung dieser Hypothese muss die Fraktionsebene verlassen und auf die Analyse von Einzelabstimmungen zurückgegriffen werden. Wie bei der Herleitung der Hypothese in Abschnitt 3.3 vermerkt, wird im Rahmen der vorliegenden Studie auf eine eingehende Überprüfung der Hypothese H5 mit angemessenen statistischen Verfahren verzichtet. Dennoch wird im Folgenden die aufgeworfene Fragestellung darauf hin untersucht, ob sich auch mit einfachen statistischen Auswertungen anhand des bisherigen Fraktionsdatensatzes Hinweise auf ein Stimmverhalten gemäss der Hypothese finden lassen.

Als typischer Bereich, in dem regelmässig bundesstaatlich finanzierte Investitionen mit eminent regionalpolitischer Bedeutung getätigt werden, gilt der Verkehrsbereich. Von den grossen Bahnprojekten, wie z.B. die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) oder die Bahnanschlüsse an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, über den Nationalstrassenbau und die Investitionen in den Agglomerationsverkehr bis hin zum Bereich der Luftfahrt ist in der Verkehrspolitik vieles enthalten, was sich in lokalen bzw. regionalen Investitionsprogrammen auswirkt. Es wäre daher zu erwarten, dass sich in diesem Politikbereich mit hoher Wahrscheinlichkeit Hinweise auf Logrolling-Verhalten finden lassen.

Nachfolgend wird nun überprüft, wie sich die Geschlossenheit der Fraktionen in den verkehrspolitischen Abstimmungen verhält, wenn diese mit Finanzierungsfragen verknüpft sind. Wie schon bei vorangehenden Hypothesentests, dient wiederum der Agreement-Index (aufgeschlüsselt nach Fraktionen) als abhängige Variable. Ein Hinweis auf Logrolling-Verhalten wäre dann gegeben, wenn der Agreement-Index bei verkehrspolitischen Abstimmungen einen tieferen Wert aufweisen würde, wenn diese in Zusammenhang mit Finanzierungsfragen stehen.

Aus Tabelle 4-26 wird ersichtlich, dass die Effekte unter den Fraktionen unterschiedlich ausfallen: Während bei CVP, FDP und SP bei verkehrspolitischen Abstimmungen mit Finanzbezug ein (moderat) höherer fraktionsinterner Übereinstimmungswert festzustellen ist, weist die SVP-Fraktion einen markant tieferen Mittelwert auf. Ein Vergleich mit den nicht-verkehrspolitischen Abstimmungen zeigt dabei, dass die SVP in der Gesamtheit der übrigen Abstimmungen in der Regel eine höhere Fraktionsgeschlossenheit aufweist, wenn es sich um Finanzierungsbeschlüsse handelt. Bei den anderen Fraktionen sind in dieser Auswertung die Unterschiede substanziell kaum relevant.

Aufgrund dieser Auswertungen besteht zumindest im Falle der SVP-Fraktion Grund zur Vermutung, dass sich die Fraktionsmitglieder in finanzwirksamen Beschlüssen im Verkehrsbereich des Öfteren eher im Sinne einer regionalpolitischen Logik verhalten, anstatt auf die finanzpolitischen

Vorgaben der eigenen Parteileitung zu hören. Bei den anderen Fraktionen finden sich für den Verkehrsbereich hingegen keine Hinweise auf Logrolling-Verhalten. Auf eine definitive Bestätigung oder Verwerfung der Hypothese H5 wird hier aus den oben genannten Gründen jedoch verzichtet.

Tabelle 4-26 Agreement-Index in Abstimmungen mit und ohne Finanzbezug, aufgeschlüsselt nach Fraktionen

Agreement-Index (arithmetische Mittelwerte)				
	verkehrspolitische Abstimmungen		andere Abstimmungen (ohne reine Finanzbeschlüsse)	
	mit Finanzbezug	ohne Finanzbezug	mit Finanzbezug	ohne Finanzbezug
CVP	0.837 (0.207)	0.822 (0.228)	0.821 (0.217)	0.823 (0.224)
FDP	0.811 (0.219)	0.808 (0.246)	0.841 (0.214)	0.843 (0.212)
SP	0.924 (0.165)	0.908 (0.189)	0.930 (0.170)	0.925 (0.173)
SVP	0.754 (0.268)	0.880 (0.192)	0.894 (0.181)	0.886 (0.188)
<i>N</i>	263	564	1'825	4'461

In Klammern: Standardabweichung des Mittelwerts.

5. Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt der Studie bildeten zwei Hauptfragen: Welche Mehrheits- und Koalitionsbildungsmuster bilden sich in den verschiedenen Gesetzgebungsphasen im schweizerischen Nationalrat heraus und inwiefern sind diesbezüglich Veränderungen zwischen den untersuchten Legislaturperioden festzustellen? Primäre Aufgabe der Studie war es, eine erweiterte politikwissenschaftliche Bestandesaufnahme vorzunehmen, Bezüge zur internationalen Forschung herzustellen sowie Ansatzpunkte für die zukünftige Koalitionsforschung aufzuzeigen. Anhand der präsentierten Auswertungen lassen sich viele Schlüsse in Bezug auf die Koalitions- und Mehrheitsbildung im schweizerischen Nationalrat – und dessen Funktionsweise generell – ziehen. Die Studie fasst die Ergebnisse in folgenden drei Punkten zusammen:

1. Die Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat lässt sich allein mit einfachen Modellen zum Parlamentsverhalten nur unzureichend erklären.

Die aus der internationalen Koalitionsforschungsliteratur hergeleiteten Hypothesen konnten grösstenteils verworfen werden. Weder bildet die Existenz eines zusätzlichen Vetopunkts in Form eines nachträglichen Referendums eine hinreichende Erklärung für die Grösse parlamentarischer Mehrheiten, noch hat die zunehmende politische Inkongruenz zwischen National- und Ständerat seit Beginn der 47. Legislaturperiode eine spürbare Veränderung des Mehrheitsbildungsmodus bewirkt. So konnte weder eine Tendenz zu übergrossen Mehrheiten noch zu einem vermehrten Scheitern von Vorlagen aufgrund „unüberbrückbarer Differenzen“ zwischen den beiden Kammern festgestellt werden. Im Gegenteil: die Existenz des Ständerats wirkt sich in der aktuellen Konstellation eher als stabilisierender denn als blockierender Faktor aus.

Auch werden die von Wahlerfolgen verwöhnten Parteien an den politischen Polen im Nationalrat weder gezielt „abgestraft“ (z.B. durch ein stärkeres Zusammenrücken der anderen Parteien) noch werfen sich ihnen die Parteien des politischen Zentrums willfährig an die Brust. So wirkte sich der markante Aufstieg der SVP zwischen der 45. und 47. Legislaturperiode auf den eigenen Fraktionserfolg in den Parlamentsabstimmungen kaum aus – weder positiv noch negativ. Die zum Teil wenig kompromissbereite Haltung der SVP trug jedoch zur Desintegration innerhalb des bürgerlichen Lagers bei, von dem die links-grüne Ratsseite aufgrund ihrer eigenen Kompromisslosigkeit nicht profitieren konnte. Entgegen allen Prophezeiungen einer „bürgerlichen Wende“ seit 2003 fällt die politische Mehrheitsbildung im Nationalrat heterogener denn je aus, was sich allerdings empirisch weder in Gesetzgebungsblokkaden noch in einer grösseren Durchsetzungsfähigkeit links-grüner Anliegen ausdrückt.

Die beste Erklärungskraft aller geprüften Hypothesen weist die Koalitionsbildung nach Themenbereich auf, wo sich zumindest einige typische Muster ablesen lassen. So stimmen die vier Bundesratsparteien am häufigsten zusammen, wenn allgemeine aussenpolitische Vorlagen zur Abstimmung stehen (die wenigen hochgradig kontroversen Themen in diesem Bereich werden durch die Masse unbestrittener Vorlagen überlagert). Am geringsten fällt die Übereinstimmung der vier Re-

gierungsparteien bei der Sicherheits-, Sozial-, Migrations- und Energiepolitik aus. Der thematische Einfluss auf das Koalitionsbildungsverhalten kann als ein ergiebiges Feld für die weitere Forschung definiert werden.

Allerdings sind auch beim Politikbereich als Erklärungsansatz für das Koalitionsverhalten einige Vorbehalte anzubringen. Denn selbst innerhalb der am klarsten strukturierten Bereiche (wie z.B. die Sicherheitspolitik, die einem sehr deutlichen Links-rechts-Muster folgt) tritt das jeweils dominante Koalitionsmuster in höchstens 55 Prozent aller Abstimmungen auf. Das heisst, dass sich selbst im Fall der Sicherheitspolitik in den restlichen 45 Prozent andere Allianzen ergeben.

2. Die Koalitionsbildung im schweizerischen Parlament ist auch in konfliktreichen Phasen Garantin von Machtteilung und -ausgleich.

Die Schweiz ist ein ausgeprägtes Gewaltenteilungssystem, was sich nicht nur im Verhältnis zwischen Parlament und Regierung ausdrückt, sondern auch den Föderalismus, die direkte Demokratie und den Einfluss gesellschaftlicher Gruppen und Verbände im vorparlamentarischen Prozess einschliesst. Unabhängig davon, ob man die Zahl der Vetospieler in diesem Gesamtkomplex als zu hoch beurteilt oder nicht, kann als Fazit der vorliegenden Studie zur parlamentarischen Koalitionsbildung von einem sehr flexiblen System ausgegangen werden, das auf veränderte Mehrheitsverhältnisse weder mit abrupten Anpassungen im Mehrheitsbildungsmodus noch mit akuten Blockadesituationen reagiert.

Die Funktionsweise des Parlaments macht einen wesentlichen Teil der schweizerischen Verhandlungsdemokratie aus. Die Unabhängigkeit der schweizerischen Parlamentsinstitutionen von den Präferenzen von Regierung und Verwaltung ist eine wesentliche institutionelle Komponente des helvetischen Machtteilungssystems und somit der Konkordanz. Aus dieser Perspektive wird in den anhaltenden (Medien-)Diskussionen um die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats, in denen auch immer wieder ein allzu direkter Zusammenhang zum oppositionellen Gebrauch direktdemokratischer Instrumente hergestellt wird, das Augenmerk auf die „falsche“ Institution gerichtet. Ins Zentrum der Diskussion gehört stattdessen die Mehrheitsbildung in den beiden Parlamentskammern, die jederzeit und in allen thematischen Bereichen wechselnde Koalitionen zulässt und dadurch auch politischen und gesellschaftlichen Minderheiten regelmässig Entscheidungsmacht verleiht. Diese Mechanismen sind für das Funktionieren des gesamten politischen Entscheidungskomplexes (inklusive des Gebrauchs der nachgelagerten direktdemokratischen Instrumente) von weit stärkerer Bedeutung als die Zusammensetzung des Bundesrates. Die permanente Option wechselnder Koalitionen entpuppt sich dadurch als eines der bedeutendsten Elemente der schweizerischen Demokratie.

3. Das schweizerische Parlamentssystem begünstigt die Fraktionen im politischen Zentrum sowie diejenigen, welche sich gegenüber dem politischen Zentrum kompromissfähig erweisen.

Eine spezifische Auswirkung der institutionellen Rahmenbedingungen im schweizerischen Parlamentssystem ist die Ausrichtung an den Fraktionen, die sich im politischen Zentrum bewegen. Darauf weisen die permanent hohen Erfolgsraten von CVP und FDP trotz rückläufiger Sitzzahl im Nationalrat hin. Dieser Zustand ist allerdings an die Bedingung geknüpft, dass zur Erreichung *sicherer* Mehrheiten in beiden Kammern (unter Berücksichtigung von abweichendem Stimmverhalten) mindestens drei der fünf grossen Fraktionen im Nationalrat mehrheitlich zustimmen müssen. In dieser Situation befindet sich die Position des „Medianparlamentariers“ bzw. der „Medianparlamentarierin“ (d.h. desjenigen Parlamentsmitglieds, dessen Präferenzen einer Vorlage zur Mehrheit verhelfen) je nach Vorlage abwechselnd innerhalb der CVP- oder FDP-Fraktion. Aus dieser Perspektive ist anzunehmen, dass das aktuelle System auch mit zukünftigen Sitzverschiebungen, die zu einer weiteren Stärkung der politischen Pole führen würden, weiterhin flexibel funktionieren könnte.

Weniger klar wären hingegen die Folgen für die Mehrheitsbildung im Parlament, sobald zwei politisch benachbarte Fraktionen (wie z.B. SVP und FDP oder SP und GP) *sichere* Parlamentsmehrheiten erreichen könnten. In diesem (auf absehbare Zeit aufgrund der kleinräumigen Wahlsystemstruktur und des Zweikammersystems allerdings eher unwahrscheinlichen) Fall geriete der Grad der Fraktionsgeschlossenheit der beteiligten Fraktionen zu einem entscheidenden Faktor. Auch zu dieser Frage bietet es sich an, in Zukunft zusätzliche Forschungsanstrengungen zu unternehmen, um mehr über die Funktionsweise des schweizerischen Zweikammersystems unter sich wandelnden äusseren Bedingungen zu erfahren.

6. Literatur

Ansolahehere, Stephen; James M. Snyder (Jr.); Charles Stewart III (2001). The Effects of Party and Preferences on Congressional Roll-Call Voting. *Legislative Studies Quarterly* XXVI(4): 533-572.

Arnold, R. Douglas (1990). *The Logic of Congressional Action*. New Haven/London: Yale University Press.

Axelrod, Robert (1970). *Conflict of Interest*. Chicago: Markham.

Bächtiger, André; Daniel Schwarz; Georg Lutz (2006). *Parliamentary Practices in Presidentialism? A Swiss Perspective on Governance in a Separation of Powers Framework*. Paper prepared for the ECPR Joint Sessions, Nicosia (April 2006). Berne: Institute of Political Science.

Baron, David P. (1998). Comparative Dynamics of Parliamentary Governments. *American Political Science Review* 92(3): 593-609.

Baron, David P.; Daniel Diermeier (2001). Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems. *Quarterly Journal of Economics* 116(3): 933-967.

Baron, David P.; John A. Ferejohn (1989). Bargaining in Legislatures. *American Political Science Review* 83(4): 1181-1206.

Bentley, Arthur F. (1908). *The process of government. A study of social pressures*. Chicago: University of Chicago Press.

Browne, Eric C. (1970). Testing Theories of Coalition Formation in the European Context. *Comparative Political Studies* 3(January): 391-412.

Buchanan, James M.; Gordon Tullock (1962). *The Calculus of Consent. The Logical Foundations of Constitutional Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Carrubba, Clifford J.; Matthew Gabel; Lacey Murrah; Ryan Clough; Elizabeth Montgomery; Rebecca Schambach (2004). *A Second Look at Legislative Behavior in the European Parliament. Roll-Call Votes and the Party System*. Wien: Institut für Höhere Studien (IHS).

Carrubba, Clifford J.; Craig Volden (2000). Coalitional Politics and Logrolling in Legislative Institutions. *American Journal of Political Science* 44(2): 261-277.

Clavel, Julien (2004). *Polarisation et clivages au Conseil National 1995-2003*. Lausanne: Mémoire de licence en Science politiques, Université de Lausanne.

Cox, Gary W.; Mathew D. McCubbins (1993). *Legislative Leviathan. Party Government in the House*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.

Cox, Gary W.; Mathew D. McCubbins (1995). „Bonding, Structure, and the Stability of Political Parties: Party Government in the House”, in: Kenneth A. Shepsle; Barry R. Weingast (eds.), *Positive Theories of Congressional Institutions*. Ann Arbor: University of Michigan Press: 101-117.

Crombez, Christophe (1996). Minority Governments, Minimal Winning Coalitions and Surplus Majorities in Parliamentary Systems. *European Journal of Political Research* 29(1): 1-29.

Cutler, Lloyd N. (1988). Some Reflections About Divided Government. *Presidential Studies Quarterly* 17(2): 485-492.

de Swaan, Abram (1973). *Coalition Theories and Cabinet Formation*. Amsterdam: Elsevier.

Druckman, James N. (1996). Party Factionalism and Cabinet Durability. *Party Politics* 2(3): 397-407.

Druckman, James N.; Michael F. Thies (2002). The Importance of Congruence: The Impact of Bicameralism on Government Formation and Duration. *American Journal of Political Science* 46(4): 760-771.

Edwards, George C.; Andrew Barrett; Jeffrey Peake (1997). The Legislative Impact of Divided Government: What Failed to Pass in Congress? *American Journal of Political Science* 41(2): 545-563.

Epstein, Leon D. (1980). *Political Parties in Western Democracies*. New Brunswick, N.J.: Transaction Books.

Ferejohn, John A. (1974). *Pork barrel politics. Rivers and harbors legislation, 1947-1968*. Stanford: Stanford University Press.

Fiorina, Morris P. (1996). *Divided Government*. Boston: Allyn and Bacon.

Ginsberg, Benjamin; Martin Shefter (1990). *Politics By Other Means: The Declining Importance of Elections in America*. New York: Basic Books.

Groennings, Sven (1970). „Notes Toward Theories of Coalition Behavior in Multiparty Systems: Formation and Maintenance”, in: Sven Groennings; E. W. Kelley; Michael Leiserson (eds.), *The Study of Coalition Behavior: Theoretical Perspectives and Cases from Four Continents*. New York: Holt, Rinehart & Winston: 445-465.

Hall, Peter A.; Rosemary C. Taylor (1996). Political Science and the Three New Institutionalisms. *Political Studies* 44(5): 936-957.

Hammond, Thomas H.; Christopher K. Butler (2003). Some Complex Answers to the Simple Question 'Do Institutions Matter?' Policy Choice and Policy Change in Presidential and Parliamentary Systems. *Journal of Theoretical Politics* 15(2): 145-200.

Hermann, Michael; Heiri Leuthold (2003). Die SVP setzt sich rechts von FDP und CVP ab. *Tages-Anzeiger*, 11. Oktober 2003. Zürich.

Hermann, Michael; Heinrich Leuthold; Hanspeter Kriesi (1999). Die politische Landkarte des Nationalrates. *Das Magazin. Wochenendbeilage des Tages-Anzeigers* Nr. 40, 9. Oktober 1999. Zürich: 18-30.

Hertig, Hans-Peter (1978). Party Cohesion in the Swiss Parliament. *Legislative Studies Quarterly* 3(1): 63-81.

Hix, Simon; Abdul Noury; Gérard Roland (2005). Power to the Parties: Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001. *British Journal of Political Science* 35(2): 209-234.

Hoенack, Stephen A. (1983). On the Stability of Legislative Outcomes. *Public Choice* 41: 251-260.

Hug, Simon (2005). *Selection Effects in Roll Call Votes*. Paper prepared for presentation at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Granada, 14-19 April 2005. Zürich: IPZ, Universität Zürich.

Jegher, Annina (1999). *Bundesversammlung und Gesetzgebung. Der Einfluss von institutionellen, politischen und inhaltlichen Faktoren auf die Gesetzgebungstätigkeit der Eidgenössischen Räte*. Bern: Verlag Paul Haupt.

Katz, Richard S.; Peter Mair (eds.) (1992). *Party organizations. A handbook on party organizations in Western democracies, 1960-1990*. London: Sage.

Kölz, Alfred (1992). *Neuere schweizerische Verfassungsgeschichte. Band 1: Ihre Grundlinien vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848*. Bern: Stämpfli.

Kölz, Alfred (1998). *Der Weg der Schweiz zum modernen Bundesstaat: 1789 - 1798 - 1848 - 1998. Historische Abhandlungen*. Chur/Zürich: Verlag Rüegger.

Krehbiel, Keith (1993). Where's the Party? *British Journal of Political Science* 23(2): 235-266.

Krehbiel, Keith (1998). *Pivotal Politics. A Theory of U.S. Lawmaking*. Chicago: University of Chicago Press.

Kriesi, Hanspeter (1995). *Le système politique Suisse*. Paris: Economica.

Kriesi, Hanspeter (2001). The Federal Parliament: The Limits of Institutional Reform. *West European Politics* 24(2): 59-76.

Lanfranchi, Prisca; Ruth Lüthi (1999). „Cohesion of Party Groups and Interparty Conflict in the Swiss Parliament: Roll Call Voting in the National Council“, in: Shaun Bowler; David M. Farrel; Richard S. Katz (eds.), *Party Discipline and Parliamentary Government*. Columbus: Ohio State University Press: 99-120.

Lauvaux, Philippe (1990). *Les grandes démocraties contemporaines*. Paris: Presses universitaires de France.

Laver, Michael; Kenneth A. Shepsle (1990). Government Coalitions and Intraparty Politics. *British Journal of Political Science* 20(4): 489-507.

Laver, Michael; Kenneth A. Shepsle (1996). *Making and Breaking Governments*. New York: Cambridge University Press.

Lawrence, Eric D.; Forrest Maltzman; Steven S. Smith (2006). "Who Wins? Party Effects in Legislative Voting." *Legislative Studies Quarterly* XXXI(1): 33-69.

Levmore, Saul (1992). Bicameralism: When are two decisions better than one? *International Review of Law and Economics* 12(2): 145-162.

Lijphart, Arend (1984). *Democracies. Patterns of majoritarian and consensus government in twenty-one countries*. New Haven/London: Yale University Press.

Lijphart, Arend (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press.

Linder, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Verlag Paul Haupt.

Luebbert, Gerhard (1986). *Comparative Democracy: Policy Making and Governing Coalitions in Europe and Israel*. New York: Columbia University Press.

Lüthi, Ruth; Luzius Meyer; Hans Hirter (1991). „Fraktionsdisziplin und die Vertretung von Partikulärinteressen im Nationalrat“, in: Parlamentsdienste (Hrsg.), *Das Parlament - „Oberste Gewalt des Bundes“? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt: 53-71.

Mackie, Gerry (2003). *Democracy Defended*. Cambridge: Cambridge University Press.

Mayhew, David (1974). *Congress: The Electoral Connection*. New Haven: Yale University Press.

Mayhew, David (1991). *Divided We Govern*. New Haven: Yale University Press.

Miller, Nicholas R. (2001). „Logrolling“, in: Paul Barry Clarke; Joe Foweraker (eds.), *The Encyclopedia of Democratic Thought*. London: Routledge: 421-424.

Nokken, Timothy P. (2000). Dynamics of Congressional Loyalty: Party Defection and Roll-Call Behavior, 1947-97. *Legislative Studies Quarterly* XXV(3): 417-444.

Powell, G. Bingham (1982). *Contemporary Democracies: Participation, Stability, and Violence*. Cambridge: Harvard University Press.

Pridham, Geoffrey (1986). „An inductive theoretical framework for coalitional behavior: political parties in multi-dimensional perspective in Western Europe“, in: *ibid.* (ed.), *Coalitional behavior in theory and practice: an inductive model for Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press: 1-31.

Rice, Stuart A. (1925). The Behavior of Legislative Groups: A Method of Measurement. *Political Science Quarterly* 40(1): 60-72.

Riker, William H. (1962). *The Theory of Political Coalitions*. New Haven: Yale University Press.

Riker, William H. (1980). Implication from the Disequilibrium of Majority Rule for the Study of Institutions. *American Political Science Review* 74(2): 432-446.

Riker, William H. (1992). The Justification of Bicameralism. *International Political Science Review* 13(1): 101-116.

Riker, William H.; Steven J. Brams (1973). The Paradox of Vote Trading. *American Political Science Review* 62(4): 1235-1247.

Schattschneider, E. E. (1935). *Politics, pressures and the tariff. A study of free private enterprise in pressure politics, as shown in the 1929-1930 revision of the tariff*. New York: Prentice-Hall.

Schmidt, Manfred G. (2000). *Demokratietheorien*. Opladen: Leske + Budrich.

Schmidt, Manfred G. (2004). „Vergleichende Analyse politischer Systeme“, in: Herfried Münkler (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt: 172-207.

Schwarz, Daniel (2005). *How representative are published votes for legislative voting behaviour?* Paper presented at the ECPR General Conference in Budapest, 8-10 September 2005. Berne: Institute of Political Science.

Senti, Martin (1998). Strategisches Abstimmungsverhalten in legislativen Entscheidungsprozessen. Ein Fallbeispiel. *Swiss Political Science Review* 4(2): 1-24.

Shepsle, Kenneth A. (1972). "The Paradox of Voting and Uncertainty", in: Richard G. Niemi; Herbert F. Weisberg (eds.), *Probability Models of Collective Decision-Making*. Ohio: Charles Merrill: 252-270.

Shepsle, Kenneth A. (1979). Institutional Arrangements and Equilibrium in Multidimensional Voting Models. *American Journal of Political Science* 23(1): 27-59.

Shepsle, Kenneth A. (1986). "Institutional Equilibrium and Equilibrium Institutions", in: Herbert F. Weisberg (ed.), *Political Science: The Science of Politics*. New York: Agathon Press: 51-81.

Shepsle, Kenneth A.; Barry R. Weingast (1981). *Political Preferences for the Pork Barrel: A Generalization*. *American Journal of Political Science* 25(1): 96-111.

Sjölin, Mats (1993). *Coalition Politics and Parliamentary Power*. Lund: Lund University Press.

Steffani, Winfried (1992). "Parlamentarisches und präsidentielles Regierungssystem", in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Die westlichen Länder*. München: C.H. Beck: 288-295.

Stein, Robert M.; Kenneth N. Bickers (1995). *Perpetuating the Pork Barrel. Policy subsystems and American democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Stokes, Donald E. (1963). Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review* 57(2): 368-377.

Strom, Gerald S. (1990). *The Logic of Lawmaking. A Spatial Theory Approach*. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.

Taylor, Michael; Michael Laver (1973). Government Coalition in Western Europe. *European Journal of Political Research* 1(2): 205-248.

Tsebelis, George (1995). Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism. *British Journal of Political Science* 25(3): 289-325.

Tsebelis, George (2000). Veto Players and Institutional Analysis. *Governance* 13(4): 441-474.

Tsebelis, George (2002). *Veto Players. How Political Institutions Work*. New York, Russell Sage Foundation.

Tullock, Gordon (1967). The General Irrelevance of the General Impossibility Theorem. *Quarterly Journal of Economics* 81(2): 256-270.

Tullock, Gordon (1981). Why So Much Stability? *Public Choice* 37(2): 189-202.

VanDoren, Peter M. (1990). Can We Learn the Causes Of Congressional Decisions From Roll-Call Data? *Legislative Studies Quarterly* 15(3): 311-340.

Vasella, Marco (1956). *Die Partei- und Fraktionsdisziplin als staatsrechtliches Problem*. Winterthur: Verlag P.G. Keller.

Vatter, Adrian (1994). *Eigennutz als Grundmaxime in der Politik? Eine Überprüfung des Eigennutzaxioms der Ökonomischen Theorie der Politik bei Stimmbürgern, Parlamentariern und der Verwaltung*. Bern: Verlag Paul Haupt.

Volden, Craig; Clifford J. Carrubba (2004). The Formation of Oversized Coalitions in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science* 48(3): 521-537.

Weingast, Barry R. (1979). A Rational Choice Perspective on Congressional Norms. *American Journal of Political Science* 23(2): 245-262.

7. Anhang

Tabelle 7-1 Sitzverteilung im National- und Ständerat nach Parteien 1975-2003

	1975	1979***	1983	1987	1991	1995	1999	2003
Nationalrat								
FDP	47	51	54	51	44	45	43	36
CVP	46	44	42	42	36	34	35	28
SPS	55	51	47	41	41	54	51	52
SVP	21	23	23	25	25	29	44	55
LPS	6	8	8	9	10	7	6	4
LdU	11	8	8	8	5	3	1	-
EVP	3	3	3	3	3	2	3	3
PDA	4	3	1	1	2	3	3	2
FGA*	0	2	3	4	1	2	-	-
GPS	0	1	3	9	14	8	9	13
Rep., SD	6	3	5	3	5	3	1	1
FPS	-	-	-	2	8	7	-	-
Übrige**	1	3	3	2	6	3	4	6
Total	200	200	200	200	200	200	200	200
Ständerat								
FDP	15	11	14	14	18	17	18	14
CVP	17	18	18	19	16	16	15	15
SPS	5	9	6	5	3	5	6	9
SVP	5	5	5	4	4	5	7	8
LPS	1	3	3	3	3	2	-	-
LdU	1	-	-	1	1	1	-	-
Übrige	-	-	-	-	1	-	-	-
Total	44	46	46	46	46	46	46	46

* Unter FGA sind aufgeführt: POCH, feministische, ökologische und grün-alternative Gruppierungen.

** 1999 sind unter Übrige aufgeführt: Lega dei Ticinesi, EDU, unabh. CSP.

*** Mit der Gründung des Kantons Jura erhöhte sich die Zahl der Sitze im Ständerat auf 46.

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), www.bfs.admin.ch

Tabelle 7-2 Ausgewählte Koalitionsmuster bei Bundesratsgeschäften: Erfolgsquote nach Abstimmungstyp

	Gesamt (alle BR-Geschäfte)			Eintreten/Rückweisung			Detailberatung			Gesamtabstimmung			Schlussabstimmung		
	N	n	in %	N	n	in %	N	n	in %	N	n	in %	N	n	in %
GP-SP	5'500	3'122	56.8	246	158	64.2	3'894	1'817	46.7	735	641	87.2	333	270	81.1
FDP-SVP	4'501	3'868	85.9	174	161	92.5	3'088	2'497	80.9	686	679	99.0	319	317	99.4
CVP-FDP	4'408	4'311	97.8	262	256	97.7	2'623	2'552	97.3	840	837	99.6	379	378	99.7
CVP-SVP	3'577	3'502	97.9	157	153	97.5	2'210	2'155	97.5	676	675	99.9	310	310	100.0
SP-CVP	2'955	2'890	97.8	172	171	99.4	1'515	1'462	96.5	716	715	99.9	297	297	100.0
GP-CVP	2'751	2'680	97.4	142	140	98.6	1'456	1'397	95.9	645	644	99.8	275	274	99.6
SP-FDP	2'136	2'134	99.9	148	148	100.0	793	793	100.0	686	686	100.0	281	281	100.0
GP-FDP	1'949	1'939	99.5	118	118	100.0	751	741	98.7	616	616	100.0	260	260	100.0
SP-SVP	1'378	1'371	99.5	53	53	100.0	419	415	99.0	539	538	99.8	218	218	100.0
GP-SVP	1'317	1'266	96.1	52	42	80.8	411	388	94.4	505	496	98.2	199	198	99.5
CVP-FDP-SVP	3'412	3'386	99.2	150	149	99.3	2'064	2'051	99.4	671	671	100.0	310	310	100.0
GP-SP-CVP	2'652	2'597	97.9	136	135	99.3	1'392	1'346	96.7	632	631	99.8	266	266	100.0
SP-CVP-FDP	1'989	1'987	99.9	140	140	100.0	663	663	100.0	682	682	100.0	279	279	100.0
GP-SP-FDP	1'853	1'853	100.0	113	113	100.0	685	685	100.0	604	604	100.0	252	252	100.0
GP-CVP-FDP	1'804	1'801	99.8	112	112	100.0	619	616	99.5	613	613	100.0	258	258	100.0
GP-SP-CVP-FDP	1'729	1'729	100.0	107	107	100.0	574	574	100.0	601	601	100.0	250	250	100.0
SP-CVP-FDP-SVP	1'139	1'138	99.9	42	42	100.0	205	205	100.0	533	533	100.0	217	217	100.0
GP-SP-CVP-FDP-SVP	976	976	100.0	27	27	100.0	148	148	100.0	483	483	100.0	191	191	100.0

Tabelle 7-3 Ausgewählte Koalitionsmuster: Häufigkeit nach Themenbereich

	Gesamt	04	0421	08	09	10	12	15	24	28	2811	2831	2841	2846	32	34	36	48	52	55	66
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
GP-SP	87.7	88.5	83.0	89.9	76.7	90.2	89.6	86.8	87.9	90.0	89.6	78.3	86.7	89.6	93.7	88.7	87.3	85.0	85.8	84.5	88.4
FDP-SVP	71.0	72.2	63.9	70.2	77.2	65.2	76.0	74.8	71.6	74.2	70.7	56.5	68.3	69.9	55.0	74.8	67.1	63.5	65.5	69.5	72.5
CVP-FDP	67.8	66.9	74.5	79.6	81.8	68.6	68.2	68.4	68.6	64.7	67.2	71.7	58.2	61.8	68.4	62.3	69.2	65.2	58.6	67.8	54.9
CVP-SVP	55.8	56.7	59.2	61.4	69.1	52.4	58.9	60.2	57.2	56.4	51.5	47.1	50.3	54.3	42.0	54.2	51.8	49.6	44.2	60.3	45.9
SP-CVP	45.4	41.6	51.4	71.6	30.7	56.7	45.1	46.0	43.9	42.4	39.9	65.2	45.1	45.7	71.1	46.6	56.5	52.4	50.4	45.9	40.4
GP-CVP	42.7	39.9	50.3	67.0	26.3	53.7	43.7	42.1	40.8	41.1	38.1	50.0	41.4	43.4	69.0	46.4	53.1	47.6	45.3	41.0	37.6
SP-FDP	32.1	26.2	43.9	61.1	26.4	44.2	29.8	31.4	30.8	26.0	24.3	52.9	31.2	24.4	53.0	28.5	43.5	36.5	32.5	36.9	20.2
GP-FDP	29.5	24.7	42.2	56.5	22.3	40.8	28.5	27.9	28.4	25.0	21.7	35.5	27.2	22.8	50.7	28.4	39.5	32.4	28.2	31.9	18.7
SP-SVP	20.6	17.4	29.9	44.7	17.6	25.9	20.9	24.1	20.1	18.3	8.8	26.8	20.1	14.7	25.3	22.0	25.5	20.7	18.7	25.7	11.2
GP-SVP	19.9	17.4	31.6	41.9	17.9	24.2	20.0	22.6	19.2	17.0	7.9	26.1	18.3	13.8	24.6	21.6	22.7	19.3	16.3	23.1	10.1
CVP-FDP-SVP	52.9	53.9	53.7	59.3	67.9	50.3	56.3	56.5	53.9	53.1	49.2	44.9	44.8	49.9	39.1	52.0	48.8	46.7	41.9	54.5	43.7
GP-SP-CVP	41.1	38.0	45.6	66.1	24.5	52.4	42.0	40.6	39.3	39.5	36.3	50.0	40.3	41.8	68.2	43.9	52.2	46.3	43.9	38.6	36.1
SP-CVP-FDP	29.7	24.2	41.5	60.0	23.6	41.2	27.7	29.5	28.5	23.5	23.6	49.3	25.5	22.5	51.1	26.5	40.8	34.0	29.3	32.6	18.2
GP-SP-FDP	28.0	23.0	38.4	55.7	20.3	39.7	26.9	26.3	26.7	23.4	20.5	35.5	26.0	21.1	49.9	26.1	38.6	31.1	26.8	29.5	16.9
GP-CVP-FDP	27.2	22.7	39.5	55.7	19.3	38.2	26.5	26.1	25.9	22.4	21.3	34.8	21.8	20.5	49.1	26.5	37.6	30.2	25.6	28.1	16.1
GP-SP-CVP-FDP	26.0	21.3	36.1	55.0	17.7	37.2	25.1	24.9	24.7	21.1	20.1	34.8	21.1	19.5	48.5	24.4	36.9	29.1	24.3	26.2	15.0
SP-CVP-FDP-SVP	17.0	13.9	24.5	42.4	13.1	24.0	17.5	19.9	16.1	14.1	6.9	23.2	14.1	11.2	22.2	17.4	21.4	17.5	14.7	20.0	8.1
GP-SP-CVP-FDP-SVP	14.7	12.2	21.8	38.7	10.3	21.4	15.3	16.8	13.8	12.1	4.2	15.9	11.2	8.7	20.8	15.8	18.7	14.3	11.0	15.3	5.5
N=	7'997	1942	294	573	632	471	2858	1917	2856	1466	567	138	596	565	491	631	471	827	563	580	545

Codes:

04 Politischer Rahmen	12 Recht	2831 Kultur und Religion	36 Wissenschaft/Forschung
0421 Parlament	15 Wirtschaft	2841 Gesundheit	48 Verkehr
08 Internationale Politik	24 Finanzwesen	2846 Raumplanung/Wohnungswesen	52 Umwelt
09 Sicherheitspolitik	28 Soziale Fragen	32 Bildung	55 Landwirtschaft
10 Europapolitik	2811 Migration, Ausländer- und Asylpolitik	34 Medien/Kommunikation	66 Energie

Tabelle 7-4 Ausgewählte Koalitionsmuster: Häufigkeit (in %) nach Themenbereich und Legislatur

	Politischer Rahmen			Parlament			Internationale Politik			Sicherheitspolitik			Europapolitik			Recht			Wirtschaft		
	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.
GP-SP	87.7	88.1	95.8	87.2	78.3	100.0	92.4	85.6	92.7	82.7	73.2	68.5	92.6	85.7	86.7	89.6	88.8	91.4	87.8	87.0	81.2
FDP-SVP	73.1	71.3	70.1	75.6	60.6	50.0	75.2	67.1	54.5	79.1	73.6	82.0	74.1	53.6	46.7	76.7	76.2	73.5	74.4	75.3	74.6
CVP-FDP	67.2	66.6	66.0	73.3	76.7	64.3	76.2	86.1	72.7	75.2	84.9	93.3	66.0	58.3	86.7	67.4	68.9	69.5	68.3	66.7	75.6
CVP-SVP	59.1	54.0	51.4	69.8	57.2	39.3	65.6	61.6	38.2	68.0	67.2	78.7	56.6	46.4	44.4	59.3	60.0	54.9	60.8	58.6	64.0
SP-CVP	40.1	43.0	45.8	54.7	47.8	64.3	70.5	74.5	65.5	34.2	29.8	22.5	53.2	52.4	72.2	42.5	47.2	48.4	48.1	44.4	42.1
SP-FDP	24.8	28.7	24.3	44.2	41.7	57.1	57.6	66.7	58.2	26.3	27.2	24.7	40.1	38.1	63.3	27.0	32.0	33.7	33.1	28.2	35.5
SP-SVP	17.7	17.7	13.2	41.9	22.8	39.3	45.7	46.3	32.7	18.3	15.1	22.5	27.6	22.6	23.3	19.7	24.5	16.0	24.7	23.7	22.8
CVP-FDP-SVP	56.2	51.1	50.0	64.0	51.7	35.7	62.6	60.2	38.2	66.2	66.0	78.7	53.9	44.0	44.4	56.8	56.9	53.2	57.2	54.7	60.9
GP-SP-CVP	36.9	38.5	44.4	53.5	38.9	64.3	66.6	67.1	60.0	30.2	23.4	10.1	50.5	45.2	65.6	39.6	43.6	45.6	44.4	38.7	30.5
SP-CVP-FDP	22.6	26.7	23.6	41.9	38.9	57.1	56.3	66.2	56.4	22.3	25.3	22.5	37.0	32.1	63.3	25.0	30.5	30.1	31.0	26.7	33.5
GP-SP-FDP	22.4	23.9	22.9	43.0	33.3	57.1	53.3	59.7	52.7	22.7	20.4	12.4	37.0	31.0	56.7	24.4	28.5	31.5	29.7	22.9	24.4
GP-SP-CVP-FDP	20.6	22.2	22.2	40.7	30.6	57.1	52.6	59.3	50.9	19.1	18.9	10.1	34.7	25.0	56.7	22.8	27.0	27.9	28.1	21.8	22.8
SP-CVP-FDP-SVP	14.1	14.4	10.4	34.9	18.3	32.1	43.0	45.4	27.3	14.7	10.9	14.6	25.3	21.4	22.2	16.1	20.5	14.3	21.2	18.1	20.8
N=	1'109	689	144	86	180	28	302	216	55	278	265	89	297	84	90	1'392	1'047	419	930	790	197
	Finanzwesen			Soziale Fragen			Migration u. Asylpol.			Kultur u. Religion			Gesundheit			Raumpl./Wohnungsw.			Bildung		
	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.
GP-SP	87.5	89.1	85.7	85.6	92.8	96.5	88.8	91.7	88.6	78.2	76.3	100.0	84.3	89.6	84.2	89.4	90.2	80.0	92.3	98.4	86.4
FDP-SVP	73.2	73.8	61.8	71.4	75.0	87.2	81.9	68.6	62.4	83.6	35.5	71.4	58.5	71.2	81.2	64.6	78.0	90.0	63.8	44.4	55.6
CVP-FDP	70.3	66.2	69.4	66.0	66.7	37.2	70.7	59.8	70.0	81.8	64.5	71.4	57.6	55.0	68.3	64.0	57.1	80.0	67.4	63.0	84.0
CVP-SVP	60.1	56.7	50.0	56.2	58.6	38.4	64.4	42.6	47.1	78.2	23.7	57.1	43.8	50.4	64.4	53.4	54.1	90.0	49.3	29.6	50.6
SP-CVP	45.4	42.9	42.6	40.4	43.2	50.0	26.1	43.2	49.5	47.3	75.0	100.0	46.5	42.4	49.5	50.3	39.0	20.0	69.2	76.2	64.2
SP-FDP	32.7	27.5	34.2	26.6	26.3	18.6	14.4	20.7	36.2	41.8	59.2	71.4	32.7	29.5	32.7	31.1	13.7	10.0	50.2	54.0	58.0
SP-SVP	22.8	18.4	16.5	15.2	20.7	18.6	8.0	5.3	12.4	36.4	17.1	57.1	12.9	21.6	31.7	17.4	9.8	20.0	30.3	18.5	27.2
CVP-FDP-SVP	57.2	53.4	45.5	52.9	55.2	34.9	62.8	40.8	43.8	74.5	22.4	57.1	38.2	44.6	59.4	48.0	51.7	80.0	45.7	27.5	48.1
GP-SP-CVP	41.0	37.7	38.4	35.9	41.3	48.8	23.4	41.4	43.8	32.7	57.9	100.0	41.0	38.8	42.6	44.9	37.6	20.0	65.6	75.1	59.3
SP-CVP-FDP	30.3	25.7	30.6	23.7	24.2	15.1	13.8	20.1	35.2	38.2	55.3	71.4	26.7	23.0	29.7	28.9	12.2	10.0	48.0	52.4	56.8
GP-SP-FDP	29.4	22.6	29.7	22.5	24.6	18.6	11.7	18.3	30.0	25.5	39.5	71.4	26.3	25.9	25.7	26.3	12.7	10.0	46.2	52.9	53.1
GP-SP-CVP-FDP	27.2	21.1	27.0	20.1	22.7	15.1	11.2	18.3	29.5	23.6	39.5	71.4	21.7	19.8	23.8	24.6	11.2	10.0	44.8	51.3	51.9
SP-CVP-FDP-SVP	19.4	14.7	10.0	12.4	15.6	12.8	6.4	3.6	10.0	30.9	14.5	57.1	9.2	14.0	24.8	13.4	7.3	10.0	26.7	16.9	22.2
N=	1'274	1'134	448	612	768	86	188	169	210	55	76	7	217	278	101	350	205	10	221	189	81

(Tabelle 7-4.: Fortsetzung)

	Medien/Kommunikat.			Wissensch./Forsch.			Verkehr			Umwelt			Landwirtschaft			Energie		
	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.	45.	46.	47.
GP-SP	88.0	88.0	90.4	86.0	90.2	75.0	85.4	82.1	92.3	83.7	90.0	86.0	83.6	85.6	84.7	87.7	89.1	89.8
FDP-SVP	78.9	79.9	64.5	73.2	54.9	50.0	60.7	72.8	48.7	60.7	79.3	60.0	71.8	69.0	59.3	63.7	83.2	78.0
CVP-FDP	69.1	66.8	50.3	70.7	66.0	75.0	64.9	63.8	71.8	50.5	60.0	82.0	68.9	60.6	88.1	53.9	55.4	57.6
CVP-SVP	60.0	59.8	41.6	60.8	34.0	25.0	45.7	57.1	47.4	38.0	51.3	53.0	65.2	56.0	50.8	38.7	55.0	49.2
SP-CVP	46.3	43.2	51.3	52.9	63.4	75.0	57.4	39.6	65.4	51.8	50.7	46.0	44.3	44.4	59.3	51.8	27.2	30.5
SP-FDP	27.4	34.4	21.8	39.5	51.0	75.0	39.1	26.9	53.8	25.9	37.3	46.0	29.2	42.1	57.6	29.6	7.4	18.6
SP-SVP	19.4	30.5	13.2	28.0	20.3	25.0	21.6	17.2	26.9	14.7	28.0	17.0	21.3	32.9	22.0	13.7	7.9	10.2
CVP-FDP-SVP	60.0	57.5	37.6	57.3	32.0	25.0	43.0	54.5	42.3	35.1	49.3	52.0	59.0	49.1	50.8	35.9	53.0	49.2
GP-SP-CVP	45.1	39.8	48.2	47.5	61.4	75.0	51.6	32.5	61.5	43.5	46.7	41.0	35.4	39.4	52.5	44.7	26.2	28.8
SP-CVP-FDP	26.9	31.7	19.3	36.9	47.7	75.0	36.4	24.3	52.6	23.3	33.3	42.0	26.9	33.8	57.6	26.8	6.4	16.9
GP-SP-FDP	26.3	30.5	20.3	33.1	49.0	75.0	34.3	19.4	51.3	20.1	31.3	41.0	20.7	36.1	50.8	23.9	6.9	16.9
GP-SP-CVP-FDP	26.3	28.2	17.8	31.8	46.4	75.0	32.2	17.5	50.0	17.9	29.3	37.0	19.0	29.6	50.8	21.5	5.9	15.3
SP-CVP-FDP-SVP	18.9	23.6	8.1	24.5	15.0	25.0	17.3	16.4	23.1	10.5	23.3	15.0	17.4	23.6	20.3	10.2	4.5	10.2
N=	175	259	197	314	153	4	481	268	78	313	150	100	305	216	59	284	202	59

Tabelle 7-5 Ausgewählte Koalitionsmuster in vom Bundesrat eingebrachten Geschäften: Erfolgswahrscheinlichkeit nach Themenbereich und Legislatur

		04	0421	08	09	10	12	15	24	28	2811	2831	2841	2846	32	34	36	48	52	55	66
	Leg..	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
GP-SP	45.	46.6	52.2	73.5	35.1	59.7	48.5	54.6	53.2	46.3	28.7	34.7	53.5	54.2	72.1	51.6	55.4	59.7	57.0	44.4	59.4
	46.	46.1	22.2	74.1	28.6	58.7	50.8	46.8	44.5	49.3	41.6	60.8	50.5	42.2	85.4	52.0	68.4	39.9	57.5	58.7	36.5
	47.	48.3		74.4	18.5	66.2	47.7	37.4	48.4	64.3	48.3	100.0	48.6	50.0	63.8	53.2	66.7	88.7	56.1	57.4	46.2
FDP-SVP	45.	61.2	69.6	66.8	75.4	63.4	62.7	61.9	60.3	58.9	73.7	81.6	47.1	52.7	50.0	64.6	62.2	47.9	39.0	61.8	42.5
	46.	60.0	58.3	64.9	71.0	50.8	65.8	63.5	62.8	64.2	58.4	15.7	58.0	60.0	32.3	78.9	44.9	67.3	64.6	60.3	65.1
	47.	60.8		51.3	81.5	48.1	59.8	67.7	51.9	57.1	53.7	100.0	68.6	75.0	53.6	52.1	66.7	39.6	50.0	46.8	61.5
CVP-FDP	45.	65.3	67.4	77.7	77.0	68.9	67.4	68.5	67.4	69.1	73.7	81.6	62.9	63.7	67.2	68.9	69.6	64.1	49.5	67.9	53.4
	46.	68.4	91.7	90.3	85.3	61.9	69.2	68.9	66.0	67.0	66.4	64.7	57.1	55.7	74.6	73.0	69.1	70.2	62.8	60.8	54.2
	47.	65.0		79.5	88.9	90.9	69.0	77.4	66.2	42.9	70.0	100.0	64.3	75.0	84.1	48.9	66.7	75.5	79.3	87.2	55.8
CVP-SVP	45.	56.7	60.9	67.5	68.1	59.0	58.5	59.2	56.1	56.1	66.1	75.5	45.3	50.9	48.5	59.6	58.1	44.5	36.1	61.4	36.1
	46.	55.1	61.1	63.2	65.6	50.8	61.6	60.1	55.4	59.9	44.8	9.8	51.9	52.4	30.0	69.7	36.0	60.6	55.8	51.3	56.3
	47.	50.8		46.2	80.2	48.1	53.1	62.6	46.7	42.9	46.8	100.0	65.7	100.0	50.7	41.5	33.3	37.7	47.6	42.6	46.2
SP-CVP	45.	38.8	41.3	71.4	31.9	54.2	41.9	49.6	47.2	41.1	24.0	44.9	49.4	50.6	68.1	46.0	53.7	57.0	52.3	44.4	53.4
	46.	44.3	33.3	80.0	30.8	55.6	47.7	46.6	42.3	42.7	40.0	82.4	40.6	35.7	80.8	45.4	61.8	42.8	54.0	45.5	25.5
	47.	45.0		69.2	21.0	72.7	44.7	47.1	42.0	46.4	49.3	100.0	47.1	50.0	63.8	47.3	66.7	86.8	50.0	61.7	32.7
GP-CVP	45.	37.2	43.5	68.2	29.0	53.1	40.6	47.4	44.5	38.6	24.6	28.6	44.7	47.0	65.7	47.2	49.0	52.8	44.4	37.9	47.4
	46.	40.0	22.2	73.5	25.0	50.8	45.5	41.3	38.1	42.2	38.4	60.8	38.7	35.7	80.0	43.4	59.6	36.5	50.4	43.9	26.0
	47.	45.0		61.5	9.9	64.9	42.3	33.5	37.8	46.4	44.3	100.0	38.6	75.0	58.0	46.8	66.7	84.9	48.8	53.2	34.6
SP-FDP	45.	24.6	34.8	59.4	27.0	40.7	27.7	35.9	34.4	29.3	14.0	42.9	35.9	32.1	50.0	27.3	40.9	39.9	25.6	29.7	30.5
	46.	28.2	27.8	74.6	30.8	31.7	32.8	31.6	28.6	27.8	25.6	64.7	27.4	11.9	67.7	40.1	53.7	28.8	44.2	46.0	5.7
	47.	26.7		69.2	22.2	66.2	32.9	41.3	34.3	28.6	36.0	100.0	34.3	25.0	59.4	22.3	66.7	71.7	51.2	59.6	21.2
GP-FDP	45.	23.6	37.0	55.5	25.0	38.8	26.5	33.6	32.9	26.6	14.6	24.5	29.4	28.6	47.1	28.6	35.5	36.5	20.6	23.2	26.3
	46.	23.7	16.7	68.6	25.4	27.0	30.6	26.4	24.4	27.3	24.0	39.2	25.5	12.4	66.9	37.5	51.5	22.1	38.1	42.3	6.8
	47.	26.7		61.5	11.1	58.4	30.7	29.0	30.4	32.1	30.5	100.0	25.7	50.0	53.6	22.9	66.7	69.8	48.8	51.1	25.0
SP-SVP	45.	17.1	28.3	48.1	18.1	29.7	19.8	26.7	23.7	16.1	7.0	36.7	15.3	17.9	30.4	19.3	28.7	22.3	15.2	21.2	13.9
	46.	17.3	13.9	53.5	17.0	23.8	26.7	25.5	18.4	22.2	6.4	5.9	21.2	7.6	20.8	39.5	21.3	19.7	35.4	33.9	8.3
	47.	14.2		38.5	21.0	24.7	14.3	25.2	15.8	25.0	12.3	100.0	37.1	50.0	29.0	13.8	33.3	34.0	17.1	17.0	11.5

(Tabelle 7-5: Fortsetzung)

	04	0421	08	09	10	12	15	24	28	2811	2831	2841	2846	32	34	36	48	52	55	66	
	Leg.	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	
GP-SVP	45.	16.9	30.4	45.6	16.5	29.3	19.0	25.3	22.8	14.6	7.6	18.4	12.9	15.8	29.4	19.9	25.7	21.2	10.8	17.1	10.9
	46.	15.7	11.1	48.6	16.1	17.5	24.7	22.9	16.5	21.0	4.8	3.9	21.2	7.6	20.0	36.8	18.4	15.4	31.0	31.2	8.3
	47.	13.3		30.8	17.3	20.8	13.2	18.7	13.8	28.6	9.4	100.0	28.6	75.0	27.5	13.8	33.3	30.2	18.3	14.9	15.4
CVP-FDP- SVP	45.	55.0	56.5	65.0	68.1	57.1	56.7	56.7	54.4	54.3	65.5	73.5	41.8	47.3	45.6	59.6	56.1	42.8	34.7	57.7	35.0
	46.	53.5	58.3	63.2	64.7	49.2	59.3	57.2	52.9	57.5	44.0	9.8	47.2	50.3	27.7	67.8	33.8	59.6	54.0	48.7	54.2
	47.	49.2		46.2	80.2	48.1	52.0	60.6	43.5	39.3	44.3	100.0	60.0	75.0	49.3	37.8	33.3	37.7	46.3	42.6	46.2
GP-SP-CVP	45.	35.8	41.3	67.5	27.4	51.6	39.0	45.7	42.7	36.2	21.1	28.6	42.9	45.5	64.7	44.7	48.0	51.2	43.3	35.5	46.6
	46.	39.4	22.2	73.0	23.2	49.2	43.9	40.2	37.0	40.7	37.6	60.8	37.7	34.1	80.0	43.4	59.6	35.1	48.7	40.7	24.5
	47.	44.2		61.5	8.6	64.9	42.0	32.9	37.5	46.4	43.8	100.0	38.6	50.0	58.0	44.7	66.7	84.9	45.1	53.2	30.8
SP-CVP-FDP	45.	22.3	30.4	58.3	22.6	38.8	25.6	33.6	32.0	26.0	13.5	38.8	30.0	29.8	47.5	26.7	38.2	37.4	23.1	27.3	27.8
	46.	26.9	27.8	74.1	28.6	31.7	31.2	29.8	26.9	25.3	25.6	58.8	22.6	10.3	65.4	36.8	50.0	27.9	38.9	37.0	4.7
	47.	25.8		66.7	21.0	66.2	29.4	38.7	31.1	21.4	35.5	100.0	30.0	25.0	58.0	19.7	66.7	69.8	46.3	59.6	19.2
GP-SP-FDP	45.	22.2	34.8	54.8	23.0	37.4	24.9	31.9	30.9	24.6	11.1	24.5	28.2	27.1	45.6	26.1	34.1	35.0	19.5	20.8	24.8
	46.	23.1	16.7	67.6	22.8	25.4	29.0	25.2	23.2	25.6	23.2	39.2	24.1	10.8	66.9	37.5	51.5	20.7	36.3	39.7	5.2
	47.	25.8		61.5	9.9	58.4	30.5	27.7	29.6	28.6	30.5	100.0	24.3	25.0	53.6	20.7	66.7	69.8	46.3	51.1	19.2
GP-CVP-FDP	45.	21.5	32.6	55.1	20.6	37.7	24.8	31.8	30.2	23.8	14.0	22.4	25.3	26.2	45.1	28.6	33.8	34.5	18.4	21.2	23.3
	46.	22.7	16.7	67.6	22.8	27.0	29.0	24.8	22.7	24.8	24.0	39.2	20.8	10.3	64.6	34.9	48.5	21.6	35.4	35.4	5.2
	47.	25.8		59.0	9.9	58.4	27.2	26.5	27.4	21.4	30.0	100.0	21.4	50.0	52.2	20.2	66.7	67.9	43.9	51.1	21.2
GP-SP-CVP- FDP	45.	20.3	30.4	54.4	19.0	36.3	23.3	30.3	28.7	22.0	10.5	22.4	24.1	25.3	44.1	26.1	32.8	33.2	17.3	19.1	22.6
	46.	22.0	16.7	67.0	21.0	25.4	27.5	23.9	21.8	23.3	23.2	39.2	19.8	9.2	64.6	34.9	48.5	20.2	33.6	32.8	4.2
	47.	25.0		59.0	8.6	58.4	27.0	25.8	27.2	21.4	30.0	100.0	21.4	25.0	52.2	18.1	66.7	67.9	41.5	51.1	17.3
SP-CVP- FDP-SVP	45.	13.7	19.6	45.6	14.9	27.5	16.1	22.8	20.0	13.0	5.8	30.6	11.2	14.0	26.5	18.6	25.3	18.0	10.5	17.4	10.2
	46.	14.9	11.1	52.4	12.5	22.2	22.3	20.0	14.8	16.6	4.8	5.9	12.7	4.9	18.5	31.6	15.4	18.8	30.1	25.4	4.7
	47.	10.8		33.3	13.6	23.4	12.4	23.2	9.1	17.9	9.9	100.0	27.1	25.0	23.2	8.5	33.3	32.1	14.6	14.9	11.5
GP-SP-CVP- FDP-SVP	45.	12.1	19.6	42.8	11.7	26.0	14.2	19.9	17.6	9.8	2.9	14.3	7.6	10.4	24.5	18.0	21.6	15.4	6.1	10.9	6.0
	46.	13.1	8.3	47.6	9.8	15.9	19.3	17.0	12.2	14.8	3.2	3.9	11.8	3.8	17.7	29.6	14.0	13.9	24.8	22.2	4.2
	47.	10.0		25.6	8.6	19.5	10.8	15.5	7.2	17.9	6.4	100.0	18.6	25.0	21.7	7.4	33.3	30.2	13.4	12.8	9.6

(Tabelle 7-5: Fortsetzung)

45. N=	1'014	46	283	248	273	1'240	806	1'073	492	171	49	170	336	204	161	296	449	277	293	266
46. N=	490	36	185	224	63	815	624	1'005	609	125	51	212	185	130	152	136	208	113	189	192
47. N=	120	0	39	81	77	371	155	405	28	203	4	70	4	69	188	3	53	82	47	52

Codes:

04 Politischer Rahmen	12 Recht	2831 Kultur und Religion	36 Wissenschaft/Forschung
0421 Parlament	15 Wirtschaft	2841 Gesundheit	48 Verkehr
08 Internationale Politik	24 Finanzwesen	2846 Raumplanung/Wohnungswesen	52 Umwelt
09 Sicherheitspolitik	28 Soziale Fragen	32 Bildung	55 Landwirtschaft
10 Europapolitik	2811 Migration, Ausländer- und Asylpolitik	34 Medien/Kommunikation	66 Energie